

Schon abgehakt? Zehn Jahre 4. Weltfrauenkonferenz – Zehn Jahre Pekinger Aktionsplattform



Dokumentation

Eine Veranstaltung des Deutschen Frauenrates – Lobby der Frauen e.V.

Inhalt

Geschlechtergleichstellung im Jahre Zehn nach Peking: Schon abgehakt? <i>Brunhilde Raiser</i>	Seite 4
Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden – Fortschritte und Blockaden auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie <i>Anne Stauffer</i>	Seite 7
Schwerpunkt: Weltwirtschaft, Handel und Frauen	
Weltwirtschaft, Handel und Frauen <i>Brigitte Young</i>	Seite 9
Die Workshops zu Weltwirtschaft, Handel und Frauen <i>Anne Stauffer</i>	Seite 13
Globalisierung und Frauen aus Sicht der Wirtschaftsethik <i>Bettina Hollstein</i>	Seite 14
Globalisierung, Korruption und Gender <i>Anke Martiny</i>	Seite 18
Globalisierung gestalten: Welche Aufgaben haben Unternehmen? <i>Claudia Wörmann</i>	Seite 20
Schwerpunkt: Körperkult – Alles unter Kontrolle	
„Mädchen Rosa, Jungen Blau – das weiß doch jeder ganz genau“ <i>Birgitta M. Schulte</i>	Seite 25
Weiblichkeit und ihre Inszenierung im Wandel der Moden <i>Inge v. Bönninghausen</i>	Seite 28
Alles unter Kontrolle? Der weibliche Körper zwischen Medikalisierung und Selbstbestimmungsrecht <i>Eva Schindele</i>	Seite 32
Schon abgehakt? Zehn Jahre 4. Weltfrauenkonferenz – Zehn Jahre Pekinger Aktionsplattform Deutscher Frauenrat	

Schwerpunkt: Fundamentalismen und Geschlechterordnung

Christlicher Fundamentalismus <i>Elfriede Harth</i>	Seite 40
Jüdischer Fundamentalismus <i>June Jacobs</i>	Seite 44
Ethnischer Fundamentalismus in Serbien <i>Staša Zajović</i>	Seite 46
Referentinnen und Expertinnen der Veranstaltung <i>Zusammengestellt von Anne Stauffer</i>	Seite 52
Impressum	Seite 56

Geschlechtergleichstellung im Jahre Zehn nach Peking: Schon abgehakt?

Brunhilde Raiser

Ich freue mich, Sie alle im Namen des Deutschen Frauenrates zu unserer Veranstaltung zu Peking + 10 „Schon abgehakt? Zehn Jahre 4. Weltfrauenkonferenz – Zehn Jahre Pekinger Aktionsplattform“ begrüßen zu können. Diese dreitägige Veranstaltung ist ein Beitrag des Deutschen Frauenrates, die Errungenschaften der 4. Weltfrauenkonferenz, die 1995 in Peking stattfand, zu aktualisieren und ihre Umsetzung neu einzufordern. Im Bündnis mit einigen der politischen Stiftungen, mit WOMNET, dem NRO-Frauenforum und der BAG der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen hat der Deutsche Frauenrat die Pekinger Erklärung und Aktionsplattform im Jahr 2005 auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Die Terminüberschneidung unserer Veranstaltung mit der Bundestagswahl war nicht geplant. Vielen hat dies ihre Teilnahme und ihre aktive Mitwirkung nicht ermöglicht. Offizielle VertreterInnen aus der Politik sind daher nur sehr spärlich anwesend. Trotz dieser Überschneidungsprobleme ist aber positiv zu werten, dass in Deutschland nahezu zeitgleich mit dem Beginn einer neuen Regierung die Gelegenheit besteht, die Verwirklichung der Pekinger Ziele und Maßnahmen bei der aktuellen Politik einzufordern. Alle 189 Staaten, die 1995 an der 4. Weltfrauenkonferenz teilgenommen haben, haben sich verpflichtet, diese in nationales Handeln umzusetzen.

Die Wirklichkeit zeigt aber, dass dies in Deutschland und auf der ganzen Welt nicht ausreichend geschehen ist. Das Ziel, alle Hindernisse zu beseitigen, die der aktiven Teilhabe von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens entgegenstehen, und ihre volle und gleichberechtigte Teilhabe an wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entscheidungsprozessen sicherzustellen, ist bei weitem nicht erreicht. Darauf hat der Deutsche Frauenrat unter anderem in seinem Kommentar zum Bericht der deut-

schen Regierung anlässlich der Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen im März 2005 verwiesen. Auf dieser Zusammenkunft wurde die Pekinger Plattform uneingeschränkt bestätigt und bekräftigt. Es ist gelungen, Versuche zur „Entschärfung“ der Plattform zu unterbinden; diese kamen vor allem von Seiten der USA und des Vatikans. Aber es bedurfte heftiger Auseinandersetzungen und großer Zähigkeit. Die Pekinger Aktionsplattform, das weitest gehende Dokument zur Gleichstellung von Frauen und Männern mit dem Ziel der gleichen Partizipation von Frauen, ist erst recht in der Umsetzung noch immer gefährdet.

In der Bundesrepublik ist der Nationale Aktionsplan, der im Anschluss an Peking aufgestellt wurde, in der Versenkung verschwunden. Lohngerechtigkeit von Frauen und Männern, der erhebliche Mehranteil von Frauen in Teilzeit, Niedriglohn und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, mangelnde Kinderbetreuung und Benachteiligung von Frauen im Zusammenhang mit den Sozialreformen sind nur wenige Beispiele, die verdeutlichen, dass die Pekinger Erklärung und ihre Aktionsplattform nicht überholt sind, sondern dass sie vielmehr verstärkt eingefordert werden müssen.

Dies ist ein Appell an alle organisierten Frauen. Es ist strategisch notwendig, sich bei Kritik und bei politischen Forderungen gezielt auf bestehende Vereinbarungen und Verpflichtungen zu berufen. Forderungen können so weniger leicht verdrängt werden und gewinnen eine größere Bedeutung und Autorität. Daher will ich auch deutlich das CEDAW-Übereinkommen ins Bewusstsein rufen. Dieses 1979 von der UNO verabschiedete „Übereinkunft zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegen Frauen“ ist das einzig rechtsverbindliche Dokument auf internationaler Ebene. Über seine nationale Umsetzung müssen Staaten alle vier Jahre Re-

chenschaftsberichte bei der UNO vorlegen. CEDAW wurde 1980 von der DDR und 1985 von der BRD ratifiziert – das Fakultativprotokoll im Jahre 2000. Damit existiert ein geeignetes Instrument, Frauenrechte einzufordern.

Peking+10 und die Millenniums-Entwicklungsziele

Dieses Einfordern ist umso nötiger, als ein äußerst problematischer Trend in Deutschland, aber auch weit darüber hinaus, festzustellen ist. Es hat ungemein intensiver Bemühungen bedurft, selbst im „Jubiläumsjahr“ 2005 die Pekinger Erklärung und Aktionsplattform wieder ins Bewusstsein zu rufen. Die Millenniums-Entwicklungsziele, abgekürzt MDGs (Millennium Development Goals) haben die Pekinger Beschlüsse zurückgedrängt. Sie halten als drittes Ziel die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beteiligung von Frauen, besonders im Bereich der Ausbildung, fest. Das fünfte Ziel ist die Verbesserung der Gesundheit der Mütter.

Dies sind durchaus geeignete Ansatzpunkte für Forderungen von Frauenseite. Massiv zu kritisieren ist jedoch, dass die anderen sechs Ziele nicht gegendert sind. Die MDGs stellen damit gegenüber CEDAW und Peking 1995 einen erheblichen Rückschritt dar. Dass es nun auf dem UN-Weltgipfel, der nahezu zeitgleich mit unserer Veranstaltung stattgefunden hat, nicht einmal geglückt ist, die MDGs zu sichern, ist eine absolute Katastrophe. Die Schwerpunktsetzung „Kampf gegen Terrorismus“ zulasten von Armutsbekämpfung und Entwicklungshilfe ist in meinen Augen eine gefährliche Fehlentscheidung. Ich werte es als Alarmzeichen – gerade auch für die Durchsetzung von Frauenrechten –, dass es nur zu einer Absichtserklärung hinsichtlich des geplanten Menschenrechtsrates gekommen ist.

In den 1980er und 1990er Jahren hatten Frauen weltweit Allianzen gebildet, um eine einfache und eigentlich selbstverständliche Formel durchzusetzen: „Frauenrechte gleich Menschenrechte“. 1993 wurde die Formulierung „Women’s Rights are Human Rights“ in

die Abschlussdeklaration der Wiener Menschenrechtskonferenz aufgenommen. Sie wurde durch die Anerkennung in der Pekinger Erklärung 1995 unter Punkt 31 verstärkt: „Wir sind entschlossen, alle Menschenrechte von Frauen und Mädchen zu fördern und zu schützen!“ Im Teil I der Aktionsplattform steht zu lesen: „Die Menschenrechte aller Frauen und Mädchen müssen ein integraler Bestandteil der Menschenrechtsarbeit der UN sein.“ Hier wird insbesondere auf CEDAW verwiesen.

Charlotte Bunch, Professorin am Institut für Women’s and Gender Studies New Jersey hat bereits 1996 auf einer Konferenz der Europäischen Frauenlobby formuliert: „Seitdem sich die so einfache und doch bahnbrechende Erkenntnis durchsetzt, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, lassen sich viele schon lange und ermüdend diskutierte Themen plötzlich mit innovativen Argumenten neu beleben. Viele Frauen haben, nachdem sie verstanden haben, dass ihr Kampf um die Anerkennung und Durchsetzung von Frauenrechten Menschenrechtsarbeit ist, neue Energie gewonnen. Die Kraft, die von diesem neuen Konzept ausgeht, ist sowohl auf der internationalen Ebene, als auch für viele Frauen außergewöhnlich.“

Es gilt, diese Kraft zu nutzen, da die Rechte von Frauen und Mädchen nicht gesichert sind. Verletzungen ihrer Rechte zeigen sich verstärkt in Bereichen, die auf der 4. Weltfrauenkonferenz zwar benannt, aber nicht vorrangig behandelt wurden oder deren Entwicklung besonders brisant ist.

Neue Herausforderungen seit Peking

Der Deutsche Frauenrat hat sich daher entschlossen, auf dieser Veranstaltung vor allem die „neueren“ Themenbereiche in den Blick zu nehmen. In der Aktionsplattform wurden in den Bereichen A „Frauen und Arbeit“ und F „Frauen und Wirtschaft“ die Auswirkungen einer globalisierten geschlechtsspezifischen Wirtschaft bereits benannt und Forderungen gestellt. Das Tempo der Globalisierung ist allerdings rasant. Privatisierung und Liberalisierung haben sich enorm beschleunigt. Weltweit steigt die Erwerbsrate von Frauen

schneller als die von Männern, dennoch besteht ein gravierendes geschlechtsspezifisches Gefälle. Daher hat dieses Thema eine ungemeine Brisanz bekommen. Frauen müssen sich in die Zusammenhänge von Weltwirtschaft, Handel und Geschlechterfragen einbringen!

Die Aktionsplattform entfächert unter C „Frauen und Gesundheit“ zwar gezielt Forderungen, die eine gerechte Gesundheitsvorsorge und -versorgung ermöglichen und die Autonomie von Frauen und Mädchen über ihren Körper sicherstellen sollen. Nicht abzusehen war 1995 allerdings die keineswegs auf Deutschland begrenzte Zunahme der Instrumentalisierung des weiblichen Körpers (die USA, Mexiko und Spanien nehmen hier eine Spitzenstellung ein). Schönheitswahn, Reproduktionsdruck, Körperkult sind hier Schlagworte für ein Phänomen, dem wir uns auf dieser Veranstaltung nähern wollen. Enorm verschärft haben sich in den letzten zehn Jahren fundamentalistische Tendenzen in Weltanschauungen und Religionen. Fundamentalismus wird als eine der größten Bedrohungen verstanden. Vielfach unbeachtet bleibt jedoch, dass diese fundamentalistischen Tendenzen patriarchale, Frauen entrechtende und entwürdigende Geschlechterordnungen abbilden oder verstärken. Daher werden wir uns mit diesem Phänomen und seinen Konsequenzen befassen.

Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik

Ein Kapitel sucht frau/man in der Pekinger Aktionsplattform erfreulicherweise vergeblich: „Frau und Familie“. Es war eine große Errungenschaft, sich weltweit darüber zu verständigen, dass eine Frau nicht über beziehungsweise durch Familie definiert werden kann und darf. Die Familie ist nur eine Lebensform von Frauen, Familie damit ein Bezugsrahmen neben anderen, auf den sich die Zielforde-

rungen der Aktionsplattform beziehen. Dies ist in der Plattform beispielsweise so festgehalten: „Obwohl sich Armut auf die Haushalte als Ganzes auswirkt, tragen Frauen aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Verantwortlichkeit für das Wohl des Haushaltes eine ungleich höhere Last, insofern sie versuchen, unter Bedingungen zunehmender Knappheit Konsum und Produktion des Haushaltes miteinander zu vereinbaren. Besonders akut ist das Armutsproblem für Frauen in ländlichen Haushalten.“ (Paragraph 52)

Entwicklungen in unserer Gesellschaft sowie jüngste politische Entscheidungen und Aussagen über eine künftige Politik lassen deutlich erkennen, dass wir in Deutschland dieser Errungenschaft verlustig gehen. Zunehmend wird Frauenpolitik unter Familienpolitik subsumiert, werden Frauen über Familie definiert. Diese Veranstaltung hat diese Problematik nicht zum eigenen Thema gemacht. Allerdings muss dieses Problem entschieden angegangen werden.

Heute und an den beiden folgenden Tagen treffen wir uns im TIPI, im Zelt am Bundeskanzleramt. Wir erinnern damit an die Zeltstadt von Huairou außerhalb Pekings, in der sich 1995 etwa 35.000 Frauen aus Nichtregierungsorganisationen getroffen haben. Diese Erinnerungen und ihr Weiterwirken in frauenpolitischem Handeln werden heute Raum finden. Wir als Veranstalterinnen freuen uns, mit Ihnen in Workshops und Diskussionen ins Gespräch zu kommen, Meinungen auszutauschen und Ideen und Pläne zu entwickeln, mit denen es gelingt, die Pekinger Erklärung und Aktionsplattform ganz oben auf die Agenda politischen Handelns zu setzen.

Brunhilde Raiser ist 1. Vorsitzende des Deutschen Frauenrates.

Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden – Fortschritte und Blockaden auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie

Anne Stauffer

Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht erst seit der Pekinger Weltfrauenkonferenz ein Thema auf UN- und internationaler Ebene. Das Engagement für Frauenrechte ist den Vereinten Nationen in die Wiege gelegt. Es wurde jedoch erst 1975 mit der Ausrufung des Jahres der Frau und der daran anschließenden Dekade intensiver auf die politische Tagesordnung gesetzt. Seit damals steht das frauenpolitische Engagement der UN unter dem Motto „Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden“. Auf der Veranstaltung „Schon abgehakt“ wurde in zwei Gesprächsrunden am Freitag die Bedeutung der Pekinger Beschlüsse und die Schwierigkeiten bei der Herstellung der Geschlechtergleichheit diskutiert.

Erfolge und Hindernisse seit der 4. Weltfrauenkonferenz

Zur ersten Gesprächsrunde waren Expertinnen geladen, die an der 4. Weltfrauenkonferenz als Mitglied der Regierungsdelegation oder als Vertreterin der Zivilgesellschaft teilgenommen hatten. Edith Niehuis, Hanne Pollmann, Marlene Parenzan, Brigitte Triems, Margot Papenheim und Barbara Lochbihler sprachen mit Inge v. Bönninghausen über die Bedeutung von Peking für ihre Arbeit und die Fortschritte bei der Verwirklichung der Pekinger Beschlüsse.

Alle Frauen verbinden mit Peking viele bewegende Erfahrungen und Momente. Sie hatten jedoch unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob die 4. Weltfrauenkonferenz zu neuen frauenpolitischen Impulsen geführt hat oder ob viele sie als Abschluss ihres Engagements ansahen. Kritisiert wurde, dass nicht genügend Forderungen in die Regierungskonferenz hinein getragen werden konnten.

Ein unterschiedliches Bild zeigt sich auch in Bezug auf die Fortschritte mit der Umsetzung der Aktionsplattform. So ist zwar das Bewusstsein, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, heute stärker. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass Vergewaltigung als Kriegsverbrechen beim Internationalen Strafgerichtshof anerkannt ist. Dennoch werden weiterhin tagtäglich die Menschenrechte von Frauen verletzt, ohne dass dies in der Öffentlichkeit ausreichend zur Kenntnis genommen wird. Die internationalen Vereinbarungen zur Gleichstellung, von denen Pekinger Beschlüsse ein wichtiger Teil sind, sind bedauerlicherweise im deutschsprachigen Raum kaum bekannt und werden selten für die politische Arbeit genutzt. Hier sind Frauenorganisationen gefordert, diese Abkommen stärker in ihr Engagement einzubeziehen.

Frauenrechte in Kriegs- und Krisengebieten

In einer zweiten Gesprächsrunde am Abend beleuchteten Monika Hauser, Irene Plank und Annette Weber unter Moderation von Henny Engels die Schwierigkeiten – gerade für westliche Organisationen – in Kriegs- und Nachkriegsgebieten wie beispielsweise in Afghanistan oder im Niger die von der UN propagierten Ziele umzusetzen. Am Beispiel Afghanistan werden sehr gut die großen Schwierigkeiten, aber auch die kleinen Erfolge deutlich. Die Mehrzahl der Frauen kann ihr Menschenrecht auf freie Lebensgestaltung nicht ausüben. Zwangsheiraten sind an der Tagesordnung – mit der Hochzeit endet dann in der Regel der Schulbesuch von Frauen.

Die geringen Bildungschancen von Frauen erschweren ihre Bemühungen, durch Erwerbsarbeit ihre eigenständige Existenz zu sichern. In der afghanischen Polizei sind mittlerweile 54 Frauen ausgebildet – von insgesamt 60.000. Der schriftliche Eingangstest und der notwendige höhere Schulabschluss

sind für Frauen das größte Hindernis zum Einstieg und Aufstieg.

Für die Arbeit internationaler Organisationen ist es wichtig, sich sowohl der eigenen als auch der landesspezifischen Kultur bewusst zu sein. Es ist von Bedeutung, die kulturelle Praxis von Frauen und die kulturellen Eigenheiten zu beachten und diese mit westlichen Werten in Einklang zu bringen. Dazu gehört auch, die vor Ort vorhandene Expertise im Genderbereich mit einzubeziehen. Gleichzeitig müssen westliche Mitarbeiterinnen die geschlechtsspezifischen, ethnischen und

sozialen Unterschiede in diesen Ländern berücksichtigen und ihre eigenen kulturellen Blindheiten hinterfragen. In der Diskussion wurde auch herausgestellt, dass Frauen nicht nur als Opfer gesehen werden können. Sie befinden sich in einem täglichen (Überlebens) Kampf und hinterlassen positive Errungenschaften. Umgekehrt können sie beispielsweise durch die Erziehung ihrer Kinder aktiv dazu beitragen, Feindbilder zu erschaffen und aufrechtzuerhalten.

Anne Stauffer ist Projektleiterin für Peking+10 beim Deutschen Frauenrat.

Schwerpunkt: Weltwirtschaft, Handel und Frauen

Weltwirtschaft, Handel und Frauen

Brigitte Young

Milleniums-Ziele

- Jahr 2000
- 184 Staats- und Regierungschefs haben die MDG im Sinne der menschlichen Sicherheit beschlossen
- Menschliche Sicherheit: „Freiheit von Angst und Freiheit von Not“

UN-Millennium (2000): 8 Ziele für 2015

1. Halbierung der Armut
2. Universelle Grundschulausbildung
3. Geschlechtergerechtigkeit
4. Reduzierung von Kindersterblichkeit
5. Bekämpfung von Aids/Malaria etc.
6. Kindersterblichkeit reduzieren
7. Nachhaltige umweltfreundliche Entwicklung
8. Globale Partnerschaft für Entwicklung zu erarbeiten

Millennium+5-Gipfel: 14.-16. September 2005, New York

- 170 Staatschefs – Zwischenbilanz der UN-MDGs
- „UN-Bericht zur Entwicklung der Menschheit 2005“: „Extreme Ungleichheit bremst den Fortschritt“
- UN-Gipfel droht Fehlschlag – Gipfel sucht nach Geld und Weg
- USA blockiert – Korruption ist Problem

Neuorientierung der MDGs

- Jeffrey Sachs, Harvard Prof. und Leiter des MDG-Projekts
- Neuorientierung – Sachs-Bericht:
- Armutsbekämpfung (Beschäftigungsprogramme)
- Steigerung der produktiven Potenziale der armen Bevölkerung
- Stärkung der dynamischen Sektoren der Wirtschaft durch Investitionen in Entwicklungsländern

= weniger Investitionen in Gesundheit und Bildung

Ungleichheit als globales Risiko?

- Konsequenzen der Armut (Drogen, AIDS, Umweltrisiken, staatlicher und nicht-staatlicher Terror; Repressionen)
- Im Zentrum stehen alltägliche Bedrohungen durch Krankheiten, Hunger, Arbeitslosigkeit, Verbrechen, soziale Konflikte, politische Repression und Umweltschäden, Vertreibungen, Menschenhandel.

Globaler Widerspruch

- UN-Millennium Goals (internationaler Konsens 2000) versus:
- Neoliberale Globalisierung
- Liberalisierung, Privatisierung:
- Welthandelsorganisation (WTO)
- EU-Binnenmarktprogramm
- Strukturanpassungsprogramme des IWF

Komplementäre Strategien

- WTO Liberalisierung
- EU-Binnenmarktprogramm (vier Freiheiten: Waren, Dienstleistungen, Kapital, Personen)
- Strukturanpassungsprogramme (SAP)

= müssen als Ganzes gesehen werden

Neoliberale Globalisierung

- Deregulierung (Kernarbeitsnormen, Umweltstandards)
- Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen
- Liberalisierung (Öffnung der Märkte, weltweite Konkurrenz)
- Flexibilisierung/flexibler Mensch

Institutionalisierung der neoliberalen Ideologie

- Internationaler Währungsfonds (IWF)
- Weltbank
- EU
- WTO
- Medien

- Universitäten
- Konservative Think Tanks

WTO

- Ist das erste multilaterale Handelsabkommen mit dem Anspruch der Verrechtlichung der gesamten Welthandelsordnung
- Nicht nur klassischen Warenhandel, sondern auch Handel mit Dienstleistungen (GATS), Geistigem Eigentum (TRIPS), Landwirtschaft

Zweck der WTO

- Abbau von Beschränkungen des Handels
- Liberalisierung des Marktzugangs
- Annahme: Freier Handel führt zu einer Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt für alle Handelspartner.

Welthandelsorganisation und Frauen

- 1995 Gründung der WTO (81 Mitglieder)
- 1999 3. Ministerkonferenz Seattle, gescheitert
- 2001 4. Ministerkonferenz Doha, Katar („Entwicklungsrunde“)
- 2003 5. Ministerkonferenz – Cancun, Mexiko, gescheitert
- 2005 6. Ministerkonferenz – Hongkong (Dezember)
- 2005 hätten die Verhandlungen beendet werden sollen.

WTO-Verhandlungen

- General Agreement on Trade in Services (GATS)
- Agreement on Agriculture (AoA)
- Agreement on Trade-Related Investment Measures (TRIMS)
- Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS)
- Singapur Themen

GATS-Dienstleistungen

- bisher geschützt durch innerstaatliche Regelungen (Gesetze, Verordnungen, soziale Standards)
- Dienstleistungen keine Güter im klassischen Sinne (Zollabbau)

Kategorien von Dienstleistungen

- Traditionelle Dienste (Gesundheit, Bildung)

- Moderne Dienste (Finanz-, Versicherungs-, Marketing-, Informationsdienstleistungen)
- Essentielle Dienstleistungen (Daseinsvorsorge – Wasser, Mobilität, Energie)

GATS – Allgemein

- Erstes Multilaterale Handelsabkommen zu Dienstleistungen (12 Sektoren – 160 Dienstleistungen)
 1. Finanzdienstleistungen
 2. Kommunikations-,
 3. Transport-, Umweltdienstleistungen
 4. Bildungswesen und Gesundheit
 5. Energie- und Wasserwesen
 6. Freizügigkeit von Personen u.v.a.

Abbau von Handelshemmnissen

- Bestehen im Dienstleistungshandel nicht in Form von Zöllen und Quoten wie bei Gütern, sondern v.a. im Abbau von innerstaatlichen Regulierungen
- Unklar nicht-ökonomische Ziele: Umweltschutz, Sozialklauseln, Frauenförderung – sind das Handelshemmnisse?

GATS – Hoheitliche Gewalt

- Ausgenommen von der Liberalisierung sind nur Dienstleistungen, die in Ausübung von hoheitlicher Gewalt erbracht werden.
- Problematisch: nur erlaubt, wenn keine privaten Anbieter mit öffentlichen konkurrieren.

GATS – Wichtige Prinzipien

1. Allgemeine Verpflichtungen
 - Meistbegünstigungsprinzip (Handelsvergünstigungen allen Mitgliedsstaaten in gleichem Maße zugestehen)
2. Spezifische Verpflichtungen
 - Marktzugang
 - Inländerbehandlung (wenn WTO-Staaten Liberalisierungsverpflichtungen übernommen haben)

GATS-Erbringungsarten – Modes

- 1: Grenzüberschreitende Erbringung – Dienstleistung übertritt die Grenze (Internet)
- 2: Nutzung im Ausland – Tourismus – NutzerIn überquert die Grenzen

- 3: Kommerz. Präsenz – Ausländische Niederlassungen
- 4: Präsenz natürlicher Personen

Fortschreitende Liberalisierung

- GATS versteht sich als vorläufiges Abkommen mit dem Ziel der fortschreitenden Liberalisierung.
- Im Vertrag ist nicht nur das Ziel festgeschrieben, sondern auch Fristen für weitere Verhandlungen, z.B. über öffentliches Beschaffungswesen, Subvention.

GATS – Prinzipien

- Innerstaatliche Regulierungen sind nach Art.VI erlaubt, dürfen den Handel aber nicht „unnötig“ beschränken.
- Das Regelwerk sieht Notwendigkeitstests vor – wer definiert, was notwendig ist?

Liberalisierung und Privatisierung

- GATS enthält keine Verpflichtungen zur Privatisierung.
- Aber: Einmal gemachte Zugeständnisse (Marktzugang, Inländerbehandlung) sind nur unter hohen Kosten wieder rückgängig zu machen.

GATS – Zeitrahmen

- Ende Juni 2002 länderbezogene Liberalisierungsforderungen („requests“): EU hat 109 Forderungen an WTO-Länder gestellt; 23 Staaten stellten Forderungen an die EU
- Ende März 2003 erste Liberalisierungsangebote „Initial draft offers“ – verlängert bis Juni 2005
- EU will neue Regeln für GATS (Juni 2005).
- Bisher Liberalisierungsangebote waren freiwillig.
- Fast keine Offerten gingen bis Juni 2005 ein.
- EU – „Non-Paper“ Peter Mandelsson

= Durch benchmarking sollen Staaten gezwungen werden, ein Mindestangebot vorzulegen, d.h. ein Mindestangebot von Sektoren muss liberalisiert werden.

Wie ist die Daseinsvorsorge von GATS betroffen?

- In fast allen EU-Staaten werden diese Dienstleistungen in Konkurrenz zu Privat Anbietern angeboten.
- EU hat Ausnahmen für Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung und audiovisuelle DL erwirkt.
- Es ist aber unklar, inwieweit diese DL nicht doch zur Verhandlungsmasse werden.

EU-Dienstleistungsrichtlinie

- Bolkestein-Richtlinie
- Beseitigung „rechtlicher und bürokratischer Schranken“ im tertiären Sektor
- Lissabon-Strategie 2000: die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt bis zum Jahre 2010 zu machen

Streng vertraulich!

- Verhandlungen hinter verschlossenen Türen
- Demokratiedefizit
- Parlamente kaum konsultiert: Bundestag: Vorbehalt März 2003
- Texte: „unzumutbar sperrig“
- Süden: LDC's kaum Vertretung in Genf

Dienstleistungssektor und Frauen

Dreifache Verknüpfung:

1. Als Arbeitnehmerinnen im öffentlichen und privaten Sektor (pos./neg. betroffen)
2. Als Konsumentinnen (angewiesen auf staatliche Daseinsvorsorge) – negativ betroffen
3. Als Entrepreneurinnen, die DL in KMU anbieten (positive Auswirkungen)

Nexus zwischen Handel und Gender

- Handel hat unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer (negative und positive)
- Gender-Verhältnisse beeinflussen den Handel bzw. die Handelsposition eines Landes.

Gender-Einfluss auf Handelsposition der Länder

- Diskriminierung von Frauen auf dem Ar-

beitsmarkt hat zu einer Verbesserung der Wettbewerbsposition in 4 Tiger Staaten (Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong) geführt.

- Gender-Ungleichheit subventioniert somit den Welthandel.

Finanzdienstleistungen und Frauen

- FDL kann Zugang von Frauen zu Krediten und Kauf von Anlagen erhöhen (Stärkung der ökonomischen Rolle/Verhandlungsmacht in den Familien).
- Kann aber auch den Zugang zu lokalen Kreditmärkten und Spareinlagen begrenzen. Was passiert mit Quersubventionen von Kleinkrediten von Staaten an Frauen?

Finanzdienstleistungen

- Kommerzielle Präsenz von ausländischen Banken, Versicherungen können Arbeitsplätze schaffen.
- Wenn aber öffentliche Güter unter den Druck geraten, privatisiert zu werden, dann sind Leidtragende vielfach Frauen.
- Führt Liberalisierung der Finanzdienstleistungen zu mehr Instabilität auf den Finanzmärkten: Asien-Krise, Argentinien, Brasilien – negative Auswirkungen v.a. auf Frauen und Kinder.

Fragen:

- Perpetuiert die Liberalisierung der DL (GATS) die Geschlechterungleichheiten eher, akzentuiert oder erodiert sie sie?
- Brauchen wir eine Gender-Agenda für die WTO?

Antworten

- Wir wissen wenig über den Zusammenhang von Handel und Gender: „anekdotische“ Erzählungen, keine systematische Studien, nur einzelne „Horrorberichte“
- Problem: keine gender-disaggregierten Daten
- Neoklassische Theoretiker: Genderungleichheiten müssen auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden
- UNCTAD-Report: Befürchtung, dass Gender-Thema von IL für protektionistische Maßnahmen missbraucht werden könnte
- Frauen NGOs: Skepsis bis Ablehnung

Frauen-NGOs

- WTO ist nicht reformierbar
- Mitwirken von Frauen in der WTO würde WTO legitimieren/Kooptation
- WTO verkörpert nur nördliche Interessen
- Integration durch WTO-Gender-Desk
- Gender Mainstreaming von Handelsverträgen

WTO und Menschenrechtsverträge

- UN – Universelle Deklaration der Menschenrechte
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
- Human Development Report 2000

Menschenrechte vor Handelsrechten

Pekinger Aktionsplattform:

1. Frauenrechte sind Menschenrechte
2. „To ensure that national policies related to international and regional trade agreements do not adversely impact women’s new and traditional economic activities“

Pekinger Aktionsplattform

- Ziel der Forderung ist, Gender Mainstreaming in das Regelwerk der Handels- und Investmentverträge aufzunehmen und Menschenrechte als Anspruch zu verankern: „as a set of social arrangements – norms, institutions, laws, an enabling economic environment – that can best secure enjoyment of these rights“

Forderung: Gleichrangigkeit der Internationalen Abkommen

Denn es sind die gleichen Regierungen, die in der WTO, an Diskussion zu Gender Mainstreaming und an fünf Weltfrauenkonferenzen teilnehmen, Umweltabkommen unterzeichnen und in der UN über Menschenrechte diskutieren.

Prof. Dr. Brigitte Young PhD ist Professorin für Internationale/Vergleichende und Feministische Politische Ökonomie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Die Workshops zu Weltwirtschaft, Handel und Frauen

Anne Stauffer

Zur Vertiefung des Vortrages von Prof. Dr. Young und des Schwerpunktes wurden fünf Workshops angeboten. Sie dienten dazu, zu den Themen „WTO und GATS“, „Weltbank und IWF“, „EU-Binnenmarkt“, „Unternehmensverantwortung und Menschenrechte“ und „Frauen und Arbeit“ spezielle Informationen zu vermitteln. In allen Workshops ist es gelungen, die Expertise der Referentinnen optimal zu nutzen und den unterschiedlichen Wissensstand zwischen den Teilnehmerinnen auszugleichen.

WTO und GATS

Claudia Meyer, Referatsleiterin für europäische und internationale Wirtschaftspolitik beim DGB Bundesvorstand erläuterte die Zielsetzungen, Struktur und den Aufbau der WTO. Insbesondere ging sie auf das Handelsabkommen zu Dienstleistungen GATS ein und machte anhand von GATS deutlich, wie Frauen von Regularien zum Welthandel betroffen sind. Aufschlussreich war für die Teilnehmerinnen, die Abkommen und Aktivitäten der WTO sowohl aus der Perspektive eines Industrielandes als auch von der Interessenslage eines Entwicklungslandes zu analysieren.

Weltbank und IWF

Unter der Leitung von Daniela Setton, Referentin für internationale Finanzinstitutionen bei WEED, diskutierten die Teilnehmerinnen über die Rolle von Weltbank und IWF im Prozess der Globalisierung. Diese beiden mächtigen internationalen Institutionen greifen mittlerweile umfassend in die politischen Angelegenheiten fast aller Schwellen- und Entwicklungsländer ein. KritikerInnen werfen Weltbank und IWF vor, mit ihrer Politik der Liberalisierung und Deregulierung krisenverschärfend zu wirken und die Interessen der ärmsten Menschen außen vor zu lassen.

EU-Binnenmarkt

In den meisten EU-Ländern entfällt mehr als die Hälfte des Bruttoninlandsproduktes und der Beschäftigung auf Dienstleistungen. Die

DF-Rechtsreferentin, Christel Riedel, stellte im Workshop die Grundlagen der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie vor, mit der die EU-Kommission rechtliche Hindernisse für die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit beseitigen will. Ergänzt wurden diese Diskussionen durch den Vortrag von Susanne Rätz vom Bund Deutscher Hebammen, die auf die EU-weite Anerkennung von Mindeststandards zur beruflichen Qualifizierung und die Verbindungen zur Dienstleistungsrichtlinie einging.

Unternehmensverantwortung und Menschenrechte

In diesem Workshop wurden die Zusammenhänge zwischen Menschenrechtsverletzungen, ökonomischen Strukturen in Kriegs- und Krisengebieten und Unternehmensverantwortung aufgezeigt. Annette Weber vom Ökumenischen Netz Zentralafrika stellte anhand der Beispiele Demokratische Republik Kongo und Sudan dar, welche Verantwortung Unternehmen für die Einhaltung von Menschenrechten haben, wie sich die ökonomischen Strukturen in Kriegsgebieten in den globalisierten Markt einfügen und wie kritisches KonsumentInnenbewusstsein auf Unternehmensverantwortung Einfluss nehmen kann. Anhand von drei exemplarischen Instrumenten, die der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf Unternehmensverantwortung zur Verfügung stehen, wurden Probleme und Möglichkeiten unternehmerischer Verantwortung aufgezeigt.

Frauen und Arbeit: Made in Osteuropa. Die neuen Fashion-Kolonien

Gegenstand des Workshops unter der Leitung von Dr. Eva Schäfer, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Dr. Bettina Musiolek von der Clean Clothes Campaign waren die Bedingungen der Textilindustrie in Osteuropa. Die Teilnehmerinnen machten sich mit den Zielen der Kampagne für Saubere Kleidung vertraut und diskutierten darüber, wie VerbraucherInnen zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie beitragen können.

Globalisierung und Frauen aus Sicht der Wirtschaftsethik

Bettina Hollstein

Ich wurde zu der heutigen Veranstaltung eingeladen, um von wissenschaftlicher Seite die Diskussion zu „Weltwirtschaft, Handel und Frauen“ zu beleuchten. Das klingt so, als könne die Wissenschaft einen objektiven Standpunkt oder eine vernünftige Perspektive zur Beurteilung politischer Fragen, die sich um Weltwirtschaft, Handel und Frauen ranken, zur Verfügung stellen. Leider muss ich diese Erwartung enttäuschen. Nicht etwa, weil ich als Wissenschaftlerin keinen Standpunkt hätte, aber weil dieser nicht wirklich objektiv sein kann. Trotzdem sollen natürlich meine Argumente objektivierbar sein, in dem Sinne, dass ich versuche, meine Perspektive und meine Grundannahmen deutlich zu machen und meine Ansichten mit vernünftigen Gründen zu verteidigen. Dabei werde ich mich zunächst von der traditionellen Ökonomie abgrenzen sowie dann mit Bezug auf Wirtschaftsethik und feministische Ökonomie meine Position genauer darlegen.

Abgrenzung von klassischen ökonomischen Theorien

Die Wirtschaftswissenschaften sind speziell in Deutschland sehr stark vom so genannten ökonomischen „Mainstream“ geprägt. Diese traditionelle ökonomische Theorie basiert im Wesentlichen auf den normativen Grundlagen des Utilitarismus, der das größte Glück der größten Zahl verwirklichen will. Noch bei Adam Smith, dem Begründer der Wirtschaftswissenschaften, war klar, dass eine liberale Politische Ökonomie, wie er sie 1776 in *Wealth of Nations* („*Der Wohlstand der Nationen*“) entwickelte, nur ein Teilsystem ist, das der Ergänzung durch die *Theory of Moral Sentiments* („*Theorie der moralischen Gefühle*“), also einer ethischen und politischen Einbettung, bedarf. Im Zuge der Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie wurde allerdings das „Glück“ zu beliebigen Präferenzen der Individuen umdefiniert. Alle ökonomischen Aktivitäten lassen sich in diesem Verständnis auf rationale eigennutzorientierte

Entscheidungskalküle von Individuen angesichts knapper Mittel zurückführen. Dadurch werden die Autonomie der „reinen Ökonomie“¹ und ihre Unabhängigkeit von politischen oder religiösen Überlegungen bekräftigt. Diese traditionelle ökonomische Handlungstheorie und das ihr zugrunde liegende neoklassische Paradigma sind insbesondere aus soziologischer Perspektive vielfach als unrealistisch, unproduktiv und amoralisch kritisiert worden. Dies hat ihr aber in der eigenen Zunft bisher keinen Abbruch getan. Ökonomen betrachten weiterhin häufig die Ökonomie als ein System, das nach eigenen Gesetzen, nämlich denen des Marktes, funktioniert und auf das lediglich durch Veränderung der gesetzlichen Rahmenordnung, z.B. Monopolgesetzgebung, Arbeitsrecht, Steuergesetze, Einfluss genommen werden kann. Ich betrachte die Ökonomie als in eine soziale und natürliche Umwelt, die in Werte- und Deutungskontexte eingebettet ist (embedded economy). Als Wirtschaftsethikerin interessieren mich dabei in besonderer Weise die normativen und ethischen Implikationen dieser Grundannahme.

Die so genannte „reine“, angeblich wertfreie Ökonomie basiert auf bestimmten normativen Hintergrundannahmen (Individualismus, Nutzenmaximierung, gegenseitiger Vorteilsaustausch). Dabei übersieht die neoklassische Ökonomie, dass mündige BürgerInnen zur „rationalen Kritik ihrer eigenen und fremder gegebener Präferenzen fähig sind“. Demge-

¹ Damit einher geht ein szientistisches Verständnis von Wirtschaftswissenschaften, wie es z.B. durch Carl Christian von Weizsäcker formuliert wurde: „(...) Ökonomie ist Wissenschaft im Sinne des englischen Begriffs von *science*; sie ist keine politische Rhetorik. Das bedeutet, sie findet statt, wo präzise und gründlich nachgedacht wird, wo empirische Befunde und nicht vorgefasste Meinungen zählen, wo exakte, insbesondere mathematische Methoden angewendet werden.“ (Die Zeit, Nr. 45, 30.10. 1987, zitiert bei (Biervert/ Wieland 1990: 7)).

genüber gehe ich mit Peter Ulrich, einem führenden Wirtschaftsethiker, davon aus, dass die Wirtschaftssubjekte nicht nur homo oeconomici, sondern Menschen mit mehr oder weniger viel Gemeinsinn sind, die das Wirtschaften als Beitrag zum guten Leben auffassen und dieses in Bezug setzen zu ihren eigenen Lebensentwürfen und zu Vorstellungen vom gesellschaftlichen Zusammenleben.

Wirtschaftsethische Ansätze

Insgesamt hat sich die deutschsprachige Wirtschafts- und Unternehmensethik in den letzten 25 Jahren enorm entwickelt und ausdifferenziert. Sie ist dabei überwiegend grundlagenkritisch interessiert und begreift sich in der Regel weniger als anwendungsorientierte Ethik und schon gar nicht als Rezeptkasten oder Reparaturbetrieb für ökonomische Probleme. Die Wirtschaftsethik ist deshalb so grundlagenkritisch eingestellt, weil sie sich zunächst mit der eben beschriebenen Mainstream-Ökonomie auseinander setzen muss, die neoklassisch orientiert ist und auf dieser Basis neoliberale Politikempfehlungen gibt.

Dennoch gibt es Versuche, praxisorientierte Ansätze zu entwickeln. Hierzu gehören die Ansätze, die sich unter den Oberbegriffen Corporate Citizenship (CC) oder Corporate Social Responsibility (CSR) versammeln. Im ersten Fall geht es darum, Unternehmen als Akteure der Zivilgesellschaft zu verstehen, die nicht nur mit Shareholdern (AnteilseignerInnen), sondern auch mit Stakeholdern (Anspruchsberechtigten wie KonsumentInnen, MitarbeiterInnen, AnwohnerInnen usw.) interagieren. Im zweiten Fall geht es um die soziale Verantwortung von Unternehmen in der Gesellschaft. Diese Ansätze werden allerdings von zwei gegensätzlichen Seiten kritisiert. Von „links“ wird ihr vorgeworfen, dass freiwilligen Alibiaktivitäten von Unternehmen im Rahmen von CC/CSR nur der sozialen Beruhigung dienen und eine berechtigte Auseinandersetzung um die Rechte und Pflichten von Unternehmen verhindern. Von „rechts“ wird eingewandt, dass solche Aktivitäten die Unternehmen von ihrem eigentlichen Kerngeschäft, der effizienten Bereitstel-

lung von Gütern und Dienstleistungen, abhalten und letztlich nur Wettbewerbsnachteile bringen, die schließlich sowohl ArbeitnehmerInnen als auch VerbraucherInnen schaden.

Feministische Ökonomie

Die Mainstream-Ökonomie wird nicht nur von der Soziologie oder der Wirtschaftsethik hinterfragt. Auch die seit den 80er Jahren im Aufwind befindliche feministische Ökonomie stellt aus einem geschlechtsspezifischen Blickwinkel Fragen an die traditionelle Ökonomie. Die feministische Ökonomie hat sich vor allem in den USA stark entwickelt und verfügt mit dem feministischen Ökonomiejournal *Feminist Economics* über eine angesehenen Fachzeitschrift. Sie beschäftigt sich sowohl mit der Mikroökonomie, also dem Wirtschaften von Haushalten und Unternehmen unter Berücksichtigung der speziellen Situation von Frauen, als auch (neuerdings) mit der Makroökonomie, also Aggregaten wie z.B. dem Bruttosozialprodukt, Investitionen oder Importen und Exporten. In diesem Zusammenhang fordern feministische Ökonominen beispielsweise, die Berechnung des Wohlstandes einer Gesellschaft auf vier Wirtschaftsbereiche zu stützen, nämlich auf a) die Warenwirtschaft des privaten Sektors, b) die staatliche Dienstleistungsökonomie, c) die „care economy“ und d) einen überwiegend unbezahlten und auf Volontärsarbeit basierenden Sektor, der NGOs enthält. Feministische Ökonominen haben dabei immer wieder auf die Bedeutung der Körperlichkeit und des Geschlechts für ökonomische Fragen hingewiesen.

Im Jahr 2004 haben Jochimsen, Knobloch und Kesting den Begriff „Lebensweltökonomie“ geprägt, um unterschiedliche Ansätze, die sich kritisch mit der traditionellen Ökonomie auseinander setzen, zusammenzufassen. Die Lebensweltökonomie will „das Zusammenspiel von Lebenswelt und Ökonomie im Hinblick auf die Gestaltung einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise“ erforschen. Zum Gegenstandsbereich dieses Ansatzes gehört dabei die gesamte Wirtschafts- und Lebenswelt, wobei die Ökonomie als eingebettet in soziale und kulturelle Gegebenheiten ver-

standen wird. Grundlegend für diesen Ansatz ist dabei neben der Berücksichtigung feministischer und ökologischer Theoriebildung auch die Reflexion auf die normativen Grundlagen des Wirtschaftens.

Zusammenfassend möchte ich somit meine Position charakterisieren als eine Position, die (1) die Wirtschaft als in soziale und kulturelle Kontexte eingebettete Wirtschaft versteht, (2) Werte und Normen für die Handlungsorientierung von Menschen für bedeutsam erachtet und (3) die Körperlichkeit und das Geschlecht der Wirtschaftssubjekte angemessen berücksichtigt.

Reaktionen und Ängste auf die Globalisierung

Die Globalisierung – verstanden als Verdichtung und Beschleunigung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Verflechtungen aufgrund der weltweiten Öffnung der Märkte und der informationstechnischen Fortschritte einerseits sowie als Zunahme an Vernetzung und Berührung mit fremden Kulturen, Menschen, Weltbildern, Wertsystemen andererseits – löst vielfach diffuse wie auch ganz konkrete Ängste aus.

In Bezug auf konkrete Befürchtungen um Arbeitsplätze, Lohndumping, Steuerwettbewerb oder globale Umweltprobleme kann man versuchen, mit konkreten ordnungspolitischen und wirtschaftsethischen Maßnahmen auf supranationaler Ebene zu reagieren und auf Kompensationsmöglichkeiten wie verbesserte Konsummöglichkeiten verweisen. In diesem Zusammenhang wird einerseits aufgrund des abnehmenden nationalstaatlichen Einflusses eine Bedeutungszunahme von Unternehmensethik diagnostiziert. In diesem Fall wird den Unternehmen eine besondere Verantwortung im Sinne von CSR zugesprochen. Auf der anderen Seite nehmen die Bemühungen zu, auf supranationaler Ebene (wie z.B. durch die UN) freiwillige Verpflichtungserklärungen auf bestimmte Werte oder gemeinsame Rahmenregelwerke zu entwickeln. Ein Beispiel für eine weltweite Initiative zur Achtung der Menschenrechte und der Nachhaltigkeit ist der Global Com-

compact², der als freiwillige Selbstverpflichtung ausgestaltet ist. Ein Beispiel für die Vorarbeit zu einer gemeinsamen Konvention stellt die „Norm on the Responsibility of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights“³ dar. Die UN-Konferenzen, wie beispielsweise die von Peking, sind dabei Foren, die neben der weltweiten Verständigung über geteilte Werte – bei unterschiedlichen Wertbegründungen – der Vorbereitung zur Verabredung institutioneller Regeln zur Durchsetzung dieser Werte dienen sollen.

In Bezug auf eher diffuse Ängste, wie sie beispielsweise in Formulierungen wie „Kampf der Kulturen“ ausgedrückt werden, scheinen Antworten weitaus schwieriger zu finden zu sein. Auf der einen Seite scheint die potenzielle Gefahr einer „globalen Gleichschaltung“ unter der Dominanz westlicher Kultur („McDonaldisierung“) zu stehen. Auf der anderen Seite erschüttern der Verlust der „großen Erzählungen“, die Abnahme des „Sozialkapitals“, die Zunahme fundamentaler „Unsicherheit“ in der „Risikogesellschaft“ den Glauben an eine ökonomisch und gesellschaftlich fortschrittliche Entwicklung im Sinne modernisierungstheoretischer Ansätze. Vor diesem Hintergrund stellt die Suche nach einer gemeinsamen Wertewelt, die bei Belassung pluraler Weltbezüge und Begründungsweisen ein „Verfassungshandeln“ begründen kann, eine besondere Herausforderung dar. Eine solche gemeinsame Wertewelt lässt sich im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr auf einer gemeinsamen kulturellen Grundlage definieren. Umso bedeutsamer sind daher die Verständigungsversuche im Rahmen von Veranstal-

² Der Global Compact, eine Initiative von UN-Generalsekretär Kofi Annan, stützt sich auf zehn Grundprinzipien, die die Bereiche Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung betreffen (Mediengruppe.macondo 2004: 20).

³ Vgl. Commentary on the Norms on the Responsibility of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights, U.N. Doc. E/CN.4/Sub.2/2003/38/Rev.2 (2003), <http://www1.umn.edu/humanrts/links/commentary-Aug2003.html>.

tungen wie den UN-Großkonferenzen, bei denen konkrete konsensfähige Ziele unabhängig vom jeweiligen kulturellen und wertbezogenen Hintergrund erarbeitet werden.

Auswirkungen der Globalisierung auf Frauen

Die Auswirkungen der Globalisierung auf Frauen sollen anhand von zwei Themenkomplexen beleuchtet werden, die Teil der Pekinger Erklärung waren, nämlich „Frauen und Armut“ und „Frauen und Wirtschaft“. In Bezug auf „Frauen und Armut“ kann man festhalten, dass die Feminisierung der Armut ein Topos ist, der mehr und mehr Aufmerksamkeit bekommt – sicherlich eine positive Entwicklung. Die Gender-Perspektive findet somit bei der Armutsbekämpfung immer deutlicher Berücksichtigung, denn obwohl sich die Armut in westlichen Ländern von der in südlichen Ländern deutlich unterscheidet, ist das Armutsrisiko für Frauen⁴ überall besonders groß.

Diese Woche haben sich 176 Staats- und Regierungschefs in New York getroffen, um über die Millenniums-Ziele der UN, wie beispielsweise die Halbierung des Hungers bis 2015, zu sprechen – auch das ist eine globale Unternehmung. Die Globalisierung hat auch zur Verdopplung des Bruttoweltsozialprodukts zwischen 1992 und 2002 geführt, wovon besonders Indien und China profitiert haben. Auf dem Gebiet der Armutsforschung hat es einige Fortschritte gegeben, z.B. positive Folgen von Kleinstkrediten an Frauen, die Strategien für die Armutsbekämpfung in ärmeren Ländern eröffnen. Allerdings gibt es hier auch gegensätzliche Meinungen. Die Aufmerksamkeit, die die Gender-Perspektive auf Armut genießt, ist sicherlich auch eine Folge der globalen Informationspolitik, wie sie zum Beispiel durch NGOs – u.a. mit Hilfe moderner Medien – betrieben wird. Allerdings ist zu beachten, dass die modernen Kommunikationstechniken von vielen Männern und

⁴ In Deutschland sind besonders Alleinerziehende von Armut betroffen. Diese sind zu 80% Frauen.

Frauen mangels Zugang noch nicht genutzt werden können.

Auf der anderen Seite führen konjunkturelle Krisen, die sich nun weltweit auswirken, bewaffnete Konflikte oder auch Terrorismus etc. zu neuen Armutsrisiken, die in besonderer Weise Frauen betreffen. Die Armut ist insgesamt gestiegen und der Hunger in der Welt ist auch größer geworden. Von dem Ziel, 0,7% des BSP der entwickelten Länder für die globale Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, sind wir noch sehr weit entfernt. Unterschiedliche Verteilungen von wirtschaftlicher und politischer Macht zwischen Männern und Frauen führen auch weiterhin dazu, dass die Ressourcen für die Armutsbekämpfung viel zu wenig genderbewusst aufgeteilt werden.

Die Folgen der Globalisierung auf die „Frauen in der Wirtschaft“, lassen sich so einfach nicht beantworten. Denn es ist ein großer Unterschied, ob man dabei Frauen betrachtet, die im formalen Sektor in Arbeitsverhältnissen stehen, Sozialversicherungsabgaben und Steuern zahlen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familienpflichten als besondere Herausforderung empfinden, oder ob man die Situation von Frauen in den Blick nimmt, die im Rahmen einer Subsistenzwirtschaft durch Eigenarbeit außerhalb des formalen Sektors die Reproduktion ihrer Familie sichern. Auf der einen Seite kann man sagen, dass immer mehr Frauen im formalen Sektor Arbeit finden⁵; allerdings sind ihre Arbeitsverhältnisse in der Regel prekärer als die von Männern. Das Problem der Vereinbarkeit wird in den westlichen Ländern zunehmend wahrgenommen, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, die die Sozialversicherungssysteme westlicher Industrienationen vor erhebliche Probleme stellt. Auch in diesem Bereich gibt es unterstützende Forschung. Allerdings ist die reale Umsetzung entsprechender Politiken (zum Beispiel

⁵ Die Erwerbstätigenquote von Frauen hat sich in Deutschland kontinuierlich erhöht auf 58,8% in 2002. Im Jahr 2002 lag die Arbeitslosenquote von Frauen (9,5%) erstmals unter der der Männer (9,9%).

Elternzeit für Männer) eher zögerlich. Auf der anderen Seite sind Frauen immer noch in großem Ausmaß als Selbstversorgerinnen in ländlichen Gebieten tätig und außerhalb jeglicher sozialer Sicherungssysteme. Die Diskriminierung von Frauen in Bezug auf Entlohnung, Aufstiegsmöglichkeiten, Einstellung, Eigentums- und Erbschaftsrechte ist weiterhin in nennenswertem Umfang vorhanden. Frauen sind insgesamt diejenigen, die weiterhin den Großteil nicht bezahlter Arbeit leisten.

Die Auswirkungen der Globalisierung auf Frauen wurden bisher noch nicht systematisch evaluiert. Allerdings hat sie in einigen Ländern zur verstärkten Privatisierung und Senkung der Staatsausgaben geführt, was tendenziell sozial Schwache (also insbesondere Frauen und Kinder) in besonderer Wei-

Globalisierung, Korruption und Gender

Anke Martiny

Im Juni 1995 versammelte die Friedrich-Ebert-Stiftung, für die ich damals in Tel Aviv arbeitete, ihre weiblichen Büroleiter aus den Hauptstädten der Welt und aus Bonn, um im Rahmen eines Schulungsseminars in New York und Washington die Vorbereitungen, Aussichten und möglichen Folgen der Weltfrauenkonferenz in Peking zu studieren und deren Anwendbarkeit auf die Genderpolitik der Ebert-Stiftung zu überprüfen. Drei Dinge von diesem Seminar habe ich vor allem in Erinnerung behalten. Zum Ersten: Mit dem Internet ist den Frauen weltweit ein kostengünstiges Kommunikationsnetz geschenkt worden, das es ihnen weltweit ermöglicht, sich zu vernetzen und den teuren männlichen Informationsströmen etwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Peking konnte überhaupt nur zustande kommen, weil über das Internet die Frauen überall auf der Welt zu erreichen waren und sich organisieren konnten.

Zum Zweiten: Nur unter den nicht-weißen Frauen herrschte bei der UN damals noch so etwas wie Optimismus, dass eine Frauen-Gleichstellungspolitik tatsächlich gelingen kann. Die weißen Frauen aus Europa und Nordamerika hatten die Hoffnung auf weitere substanzielle Fortschritte inzwischen längst aufgegeben. Zum Dritten: Wir Frauen aus Deutschland, die wir zwischen Neu Delhi,

se tangiert hat. Die Arbeitsbedingungen für Frauen vor allem im ländlichen Raum haben sich überwiegend verschlechtert, Finanzkrisen haben die Wachstumsaussichten verändert und wirtschaftliche Instabilitäten verursacht, die Frauen in besonderer Weise treffen, da sie die Ersten sind, die in Rezessionszeiten ihre Arbeitsplätze verlieren. Insgesamt ist also das Urteil über die Folgen der Globalisierung für Frauen ambivalent und muss für die je spezifische Situation differenziert werden. Anlass zum Zurücklehnen besteht aber keinesfalls.

Dr. Bettina Hollstein ist wissenschaftliche Kollegreferentin des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt.

Johannesburg, Tel Aviv, Bukarest, Bonn und Lateinamerika arbeiteten, lernten mit Freude, dass Entwicklungsprojekte dann besonders erfolgreich sind, wenn an ihrer Erarbeitung und Durchführung Frauen paritätisch mitwirken können. Die Projekte werden dann innerhalb des sozialen Umfelds, in dem sie angesiedelt sind, besser akzeptiert. Und sie sind deshalb erfolgreicher, weil es sich nicht um männliche Prestigeprojekte handelt, sondern um solche, die die Entwicklung innerhalb dieses sozialen Umfelds vorantreiben, weil sie von allen getragen werden.

Korruption und Gender

Vor zehn Jahren redete in der Entwicklungspolitik noch kaum jemand von Korruption. Transparency International (TI) war gerade zwei Jahre alt, und sein Gründer Peter Eigen hatte seinen Arbeitsplatz bei der Weltbank 1993 aufgeben müssen, weil sich sein Ansatz, vor allem die grassierende Korruption bekämpfen zu wollen, nicht mit der offiziellen Politik der Weltbank vertragen. Inzwischen arbeitet Transparency International in annähernd hundert Ländern auf der ganzen Welt, und die Weltbank unterstützt TI nach Kräften. Der Fokus hat sich von rein entwicklungspolitischen Ansätzen inzwischen sehr erweitert.

Das bekannteste Instrument ist nach wie vor der CPI (Corruption Perception Index). In ihm schlägt sich die Einschätzung nieder, für wie korrupt auf Grund bestimmter Kriterien Universitätsinstitute, Länderstudien und MeinungsforscherInnen ein Land halten. Führend in ihrer Unbestechlichkeit agieren die skandinavischen Länder, Kanada, Neuseeland und Singapur. Die Länder des früheren Sowjetimperiums und afrikanische wie südostasiatische Länder gelten als die korruptesten.

Hauptfelder der Korruption sind die Energiewirtschaft, der Handel mit Bodenschätzen und Rohstoffen, die Bauwirtschaft, der Gesundheitsmarkt und die Erziehung. Man darf aber nicht vergessen, dass aus Drogenhandel, Waffenhandel, Menschenhandel und Organhandel ein Markt gespeist wird, dessen Geldumlauf als höher eingeschätzt wird als der reguläre Weltmarkt. Geldwäsche ist daher überall eng mit Korruptionsdelikten verbunden.

Alle Zahlen, die Sie aus dem Korruptionsmarkt hören, sind nur Schätzungen. Die Gesamtsumme der durch Korruption angerichteten Schäden liegt sicher eher im drei- statt im zweistelligen Milliardenbereich. Korruption untergräbt den Rechtsstaat und die Demokratie und das Vertrauen der Menschen in ihre Regierungen. Die Globalisierung fördert korruptive Strukturen, weil Entscheidungsprozesse intransparenter werden und Verantwortlichkeiten schwerer zuzuordnen sind. Weltweit sind inzwischen Abkommen geschlossen worden, um die Korruption einzudämmen. Am deutlichsten wird die UN-Konvention, die im Oktober 2003 in Mexiko unterzeichnet wurde und nach der Ratifikation durch Frankreich vor wenigen Wochen im Dezember 2005 in Kraft treten kann. Die Ratifikation durch Deutschland steht noch aus.

Frauen sind an Korruptionsdelikten weniger beteiligt als Männer. Dies liegt zum einen daran, dass sie weniger mächtig sind und seltener an Positionen sitzen, die ihnen ermöglichen, sich an Bestechungstaten zu beteiligen, ungerechtfertigt Vorteile zu gewäh-

ren oder in Anspruch zu nehmen. Es ist eine Aufgabe der großen internationalen Organisationen, die den Vereinten Nationen zuzuordnen sind, aber auch der Industrieländer, sich für eine korruptionsfreie Wirtschaft einzusetzen. Nur in ihr haben Frauen und die wirtschaftlich schwachen Gruppen der Gesellschaften faire Chancen auf Partizipation.

Auswirkungen der Globalisierung auf Frauen

Hat sich durch die Globalisierung die Situation der Frauen verbessert oder verschlechtert? Man muss das differenziert sehen. Einerseits folgt der globalisierten Wirtschaft ein globalisierter Arbeitsmarkt, in welchem Frauen aus Entwicklungsländern überhaupt Chancen erhalten, sich zu qualifizieren und zu arbeiten, Geld zu verdienen und sich am Lebensunterhalt für ihre Familien zu beteiligen: Frauen aus den Schwellenländern erhalten weltweit größere Chancen. Andererseits haben Frauen in den westlichen Ökonomien viele Chancen nicht mehr, zum Beispiel Billigarbeiten oder Leichtlöhne in Positionen, die nur niedrige Qualifikationen erfordern. Frauen erweisen sich aber weltweit als flexibler, weniger statusorientiert und haben von daher im Arbeitsmarkt oft bessere Chancen als Männer. Vielfach haben sie dann aber übergroße Lasten zu tragen, denn sie erhalten die ganze Familie, erziehen die Kinder, pflegen die Kranken und Alten und gehen einer Erwerbstätigkeit nach.

Nicht zu vergessen ist auch, dass Frauen oft selbst zum Handelsobjekt werden. Die Einnahmequelle „Menschenhandel“ ist vor allem Mädchen- und Frauenhandel. Die Globalisierung leistet dem Menschenhandel Vorschub. Der materielle Erlös kommt aber nicht den Frauen zugute. Auch hier ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

Dr. Anke Martiny ist Vorstandsmitglied von Transparency International Deutschland.

Globalisierung gestalten: Welche Aufgaben haben Unternehmen?

Claudia Wörmann

Die Globalisierung ist ein von Menschen gestalteter und auch in Zukunft zu gestaltender Prozess. Den Erfolg der Globalisierung macht einerseits die Stärkung der wirtschaftlichen Freiheiten aus. Andererseits liegt er in der Verbindung von marktwirtschaftlichen Strukturen mit Rechtsstaatlichkeit.

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Freiheit zeigen sich am deutlichsten in der Öffnung der Märkte: Je größer und offener die Märkte, desto größer der Anreiz, individuelle Fähigkeiten zu entfalten und durch Innovationen neue Produkte und Verfahren zu entwickeln. Dieser technische Fortschritt erhöht die Produktivität und damit das Wachstum und den Wohlstand. Über die Verbilligung von Kommunikation und Transport verstärken sich technischer Fortschritt und Globalisierung gegenseitig. Entsprechend konnten gerade diejenigen Länder, die sich durch Deregulierung und Handelsliberalisierung der Globalisierung gestellt haben, die dynamischste Entwicklung durchlaufen. Dies gilt für Entwicklungsländer noch mehr als für Industriestaaten: Die Wachstumsraten offener Entwicklungsländer liegen weit über denen der Industriestaaten. Analysen der WTO belegen: Diejenigen Entwicklungsländer, die sich in den vergangenen vier Jahrzehnten wirtschaftlich am stärksten geöffnet haben, konnten bei Wachstum und Wohlstand die stärksten Fortschritte erzielen. So haben beispielsweise marktwirtschaftliche Reformen und die Öffnung der Märkte in ostasiatischen Ländern bewirkt, dass der Wirtschaftsraum im Durchschnitt der 1990er Jahre trotz der zwischenzeitlichen Finanzmarktkrise um 7% pro Jahr gewachsen ist. Dies führt zu einem Aufholprozess, der Entwicklungsländer zu Schwellenländern werden lässt; Transformationsstaaten können ihre Entwicklungsdefizite schnell nachholen. Internationale Handelsbeziehungen können also einen wesentlichen Entwicklungsbeitrag leisten.

Wirtschaftliche Freiheit heißt auch, dass jeder das Recht hat zu investieren, in der Hoffnung,

damit Gewinn zu erwirtschaften. Entsprechend hat die Globalisierung in den vergangenen Jahrzehnten die Direktinvestitionen im Ausland kräftig vorangetrieben. Nach Berechnungen der UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD⁶ gibt es weltweit 61.000 multinationale Unternehmen mit über 900.000 Tochterunternehmen. Die 100 größten von ihnen unterhalten im Durchschnitt in 35 Ländern Tochterunternehmen. Auch deutsche Unternehmen sind weltweit aktiv und treiben so den Globalisierungsprozess entscheidend mit voran. Weltweit unterhalten sie mehr als 22.000 Auslandsstandorte; über 4,5 Mio. Arbeitnehmer sind dort beschäftigt, ein Sechstel davon in Entwicklungsländern. Mit ihren Auslandsinvestitionen bringen multinationale Unternehmen nicht nur dringend benötigtes Kapital in die Gastländer. Sie transferieren auch technisches Know-how sowie Managementfähigkeiten und vermitteln Prinzipien wie Selbständigkeit, Verantwortung und Eigeninitiative. Dadurch werden die Bedingungen für zusätzliche Arbeitsplätze verbessert. Die Löhne, welche von ausländischen Unternehmen in Entwicklungsländern gezahlt werden, sind 1,6 bis acht Mal höher als das Durchschnittseinkommen. So können es sich immer mehr Eltern leisten, ihr Kind zur Schule anstatt zur Arbeit zu schicken. Qualifiziertere Arbeit führt dann wieder zu höheren Löhnen.

Wirtschaftliche Freiheit kann nur bestehen, wenn es einen Ordnungsrahmen gibt. Die Schaffung von Wohlstand in Schwellen- und Entwicklungsländern geht daher einher mit größerer politischer Stabilität und der Entwicklung von rechtsstaatlichen Prinzipien. Durch die Integration vieler Länder in das moderne internationale Kommunikationssystem entsteht Transparenz und zugleich die

6 Vgl. United Nations Conference on Trade and Development, World Investment Report: The Shift Towards Services, New York/Geneva. UNCTAD (2004).

Chance zu stärkerer Partizipation des Einzelnen. So führt die Globalisierung auf internationaler Ebene fort, was wir in Deutschland als ordnungspolitische Regeln seit vielen Jahren für selbstverständlich halten. In Entwicklungsländern beginnt dies jedoch bei grundlegenden Dingen wie der Achtung von Menschenrechten. Fehlt die Achtung der Menschenrechte, dann kommt es zu Ausbeutung und Gewalt. Fehlt die Rechtsstaatlichkeit, dann gibt es keinen fairen Ausgleich zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Prioritäten, wie zum Beispiel soziale Sicherheit, Wirtschaftswachstum oder Umweltschutz. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Globalisierung lassen sich letztlich nur dann wirklich nutzen, wenn für alle Marktteilnehmer die gleichen Regeln und Grundsätze gelten. Bestehende internationale Organisationen stellen wichtige Elemente dieses Ordnungsrahmens dar. Aufgabe der WTO ist es beispielsweise, Chancengleichheit für den freien internationalen Austausch von Gütern und Dienstleistungen sicherzustellen. Durch die Regeln der WTO herrscht im Welthandel die „Rule of Law“ statt dem Gesetz des Stärkeren.

Wirtschaftliche Freiheit und unternehmerische Verantwortung

Neben Rechtsstaatlichkeit braucht eine freiheitlich orientierte Weltordnung auch die Bereitschaft jedes Einzelnen, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Eigenverantwortung ist daher ein zentrales Leitprinzip der Globalisierung. Entsprechend leisten multinationale Unternehmen nicht nur wichtige wirtschaftliche Beiträge in Entwicklungsländern. Sie engagieren sich zugleich auch für die soziale und ökologische Entwicklung ihrer Gastländer. In der Regel geht dieses Engagement weit über das gesetzlich geforderte Mindestmaß hinaus. Sozial- und umweltverträgliches Handeln ist im wohlverstandenen Eigeninteresse der Unternehmen.

Zum einen haben multinationale Unternehmen in ihren Gastländern meistens ein längerfristiges strategisches Interesse. Ein funktionierendes Gemeinwesen spielt dabei eine wichtige Rolle. Als lokale Partner engagieren

sich die Unternehmen für die Gesellschaft am Investitionsstandort. So versuchen sie, auf stabile politische Verhältnisse, solide wirtschafts- und sozialpolitische Rahmenbedingungen sowie Rechtssicherheit hinzuwirken. Zugleich wissen sie, dass freiwillige Leistungen innerhalb des Unternehmens die Motivation der Mitarbeiter und damit auch die Qualität der Produkte steigern.

Zum anderen stehen multinationale Unternehmen in ihren Heimatländern unter der kritischen Beobachtung von Politik und Öffentlichkeit. Neue, global vernetzte Kommunikationswege sorgen für eine immer raschere Verbreitung von Informationen, auch über soziale und ökologische Missstände. Dies gilt nicht nur für die eigene Produktion, sondern auch für die oft weit verzweigten Zuliefererketten. Die internationalen Aktivitäten eines Unternehmens rücken so immer stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit und prägen damit das Image des Unternehmens. Dies kann konkrete wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen: Imageprobleme können sich gerade bei Markenherstellern über das Verhalten der Konsumenten deutlich im Umsatz niederschlagen. Außerdem legen auch Investoren zunehmend Wert auf Unternehmen, die auf soziale und ökologische Belange achten und so das Investment langfristig erfolgreich und tragfähig machen. Shareholder-Value und unternehmerische Verantwortung (CSR) sind kein Widerspruch, denn Unternehmen, die ihr gesellschaftliches Umfeld im Blick haben, verfügen oft über ein besseres Risikomanagement als ihre Wettbewerber. Inzwischen gibt es eine Reihe von Indizes, die aus verschiedenen Branchen diejenigen Unternehmen auswählen, die besonders sparsam mit Ressourcen umgehen oder bestimmte ethische Grundsätze einhalten. Hierzu gehören die Dow-Jones-Sustainability-Indizes sowie die FTSE4Good-Serie der Londoner Börse.

Märkte sind also durchaus in der Lage, Wertvorstellungen einer Gesellschaft abzubilden. Wettbewerb ist somit auch ein Wettbewerb um die nachhaltigsten Unternehmenspraktiken und führt zu einer ständigen Verbesserung der jeweiligen Strategien. Auch gibt es eine Reihe von Referenztexten und Instru-

menten, mit denen Regierungen und internationale Organisationen ihre Erwartungen an multinationale Unternehmen formulieren und einen Rahmen für den Wettbewerb abstecken. Diese Referenztexte richten sich meist direkt an Unternehmen, wie zum Beispiel die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die dreigliedrige Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO oder der UN Global Compact. Sie finden auch bei der Erstellung eigener Unternehmenskodizes Anwendung. Manche Unternehmen bauen ihre Aktivitäten explizit auf solchen Referenztexten auf, beispielsweise diejenigen, die den Global Compact unterzeichnet haben und so ihren Anspruch als „front-runner“ im Bereich der nachhaltigen Entwicklung unterstreichen.

Leitsätze und Vereinbarungen für unternehmerische Verantwortung

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sind das umfassendste Beispiel für einen solchen, auf multilateraler Ebene abgestimmten Orientierungsrahmen. Sie bieten den Unternehmen zahlreiche Vorteile:

- Die Leitsätze richten sich an alle im Ausland aktiven Unternehmen und deren Tochtergesellschaften.
- Die Leitsätze sollen ausdrücklich nicht als Ersatz für nationales Recht dienen. Vielmehr fordern sie die Unternehmen auf, freiwillig zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der jeweiligen Gastländer beizutragen.
- Die Leitsätze erhalten besonderen Status, weil sich die Regierungen von 36 Industrieländern, aus denen gut 90 % der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen stammen, zu ihrer Förderung verpflichtet haben.
- Die Leitsätze sind kein zahnloser Tiger. Ihre Anwendung wird durch nationale Kontaktstellen kontrolliert. In Deutschland ist die nationale Kontaktstelle beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Referat Auslandsinvestitionen angesiedelt.
- Die Arbeit mit den Leitsätzen in den nationalen Kontaktstellen zeigt, dass sie von den multinationalen Unternehmen ernst genommen werden. Einerseits ist die Zahl

der Beschwerden gemessen an der Gesamtzahl der deutschen Auslandsunternehmen gering. Andererseits zeigt sich, dass die Unternehmen an einer gütlichen Beilegung der Verfahren interessiert und gewillt sind, bestehende Missstände zu beseitigen.

Aus diesen Gründen empfiehlt auch der BDI den deutschen Unternehmen, sich bei ihrem Auslandsengagement an den OECD-Leitsätzen zu orientieren, um die ökologische und soziale Entwicklung ihrer Gastländer zusätzlich zu fördern.

Neben den OECD-Leitsätzen hat sich in den letzten Jahren eine Vielzahl von Vereinbarungen zur Unterstützung des gesellschaftlichen Engagements der Unternehmen entwickelt. Beispielsweise bieten CSR-Kodizes einzelner Sektoren den Unternehmen bei der Formulierung ihrer CSR-Strategie im Hinblick auf die branchenspezifischen Herausforderungen eine Orientierung. Ein solches Regelwerk zielt meist auf die Einhaltung sozialer Mindeststandards und grundlegender Umweltschutzmaßnahmen. Bei der Festlegung dieser Standards und Maßnahmen werden branchenspezifische Kriterien und Anforderungen berücksichtigt. Mit einem Branchenkodex gehen die vertretenen Unternehmen freiwillig die Verpflichtung ein, sich an beschlossene Prinzipien des sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftens zu halten. Mithin befördern Branchenkodizes in Sozial- und Umweltfragen Regeln, die alle am Branchenwettbewerb beteiligten Unternehmen betreffen.

Gespräche zur Aufstellung eines gemeinsamen Kodex finden in verschiedenen Branchen, wie beispielsweise in der Kaffee-Industrie, statt. Folgende Branchenkodizes sind bereits beschlossen worden:

- „Code of Business Practices“ des International Council of Toy Industries (ICTI) zu Arbeitsbedingungen und Umweltschutz in der internationalen Spielzeug-Industrie von 1995 (2001 überarbeitet),
- „Code of Conduct“ des Comité Européen des Fabricants de Sucre (CEFS) und der European Federation of Trade Unions in the Food, Agriculture and Tourism sectors

and allied branches (EFFAT) zu sozialen Mindeststandards in der europäischen Zucker-Industrie von 2003,

- „Code of Conduct“ der European Apparel and Textile Organisation (Euratex) und der European Trade Union Federation of Textiles, Clothing and Leather (ETUF: TCL) zu Kernarbeitsnormen in der europäischen Textil- und Bekleidungsindustrie von 1997, und
- „Responsible Care“ des International Council of Chemical Associations (ICCA) zu Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz in der internationalen Chemischen Industrie seit 1985.

Die Umsetzung solcher Leitlinien muss freiwillig bleiben. Eine Verknüpfung mit Förderinstrumenten, wie z.B. Exportkreditversicherungen, ist abzulehnen. Es muss gewährleistet sein, dass die Förderung der Anwendung von Leitlinien mit Augenmaß betrieben wird und bei der Behandlung von Problemfällen stets entsprechend den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und Praxisorientiertheit verfahren wird. Ansonsten erzeugen Leitlinien für multinationale Unternehmen lediglich mehr Bürokratie ohne praktischen Nutzen im Vergleich zu internen Kodizes oder freiwilligen Selbstverpflichtungen. Vielmehr bleiben Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung durch die Verabschiedung neuer, die Wettbewerbsfähigkeit erschwerende Leitlinien und die permanente Steigerung der Bürokratie auf der Strecke. Dies widerspricht der Vorstellung, dass die wirtschaftliche Entwicklung eine gleichwertige Säule der Nachhaltigkeit ist.

Globalisierung gestalten: Aufgaben für die Zukunft

Die Erfolge der Globalisierung setzen vor allem entsprechende politische Rahmenbedingungen voraus. Nur dann können Unternehmen ihren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung in der Dritten Welt leisten. Gerade das Fehlen der Rahmenbedingungen erweist sich immer mehr als gewaltige Entwicklungsbarriere: Arme Länder haben schwache oder überhaupt keine staatlichen Strukturen. Die Konsequenzen, welche sich daraus für

multinationale Unternehmen ergeben, liegen auf der Hand. Erstens werden Rechte der Unternehmen, insbesondere Eigentumsrechte, nicht durchgesetzt. Dadurch fehlen die wichtigsten Rahmenbedingungen für Märkte, auf denen Unternehmen aktiv werden können. Zweitens werden öffentliche Dienstleistungen und andere öffentliche Güter nicht bereitgestellt. Davon betroffen ist insbesondere der soziale Bereich von Bildung bis Gesundheit, die Bereitstellung von Infrastruktur oder die öffentliche Sicherheit. Außerdem führt die ineffiziente Bürokratie in diesen Ländern zu langen Genehmigungsverfahren. Letztlich führt das Versagen von Regierungen aber nicht nur zum Versagen von wirtschaftlichen, sondern auch von politischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen und Institutionen. Unter solchen Bedingungen kann auch Entwicklungszusammenarbeit nur schwer funktionieren. Die dafür eventuell bereitgestellten Mittel fließen in die falschen Kassen und bringen den Problemkreislauf nur wieder von neuem in Schwung, mit allen negativen Folgen auch für die Versorgung der Menschen. Nicht ohne Grund fließen weit mehr als 80 % unserer Auslandsinvestitionen in entwickelte Länder mit sicheren politischen Rahmenbedingungen und ausgefeilten Rechtssystemen. Das Problem ist weniger das mangelnde Interesse der deutschen Unternehmen an einem Engagement auf den Märkten der Dritten Welt. Oftmals sind die Risiken einfach zu hoch und die Unsicherheiten zu groß.

Daher muss die Politik darauf hinwirken, dass in Entwicklungsländern Märkte existieren, die diesen Namen verdienen. Dazu ist ein ordnungspolitischer Rahmen notwendig, der die Grundlage für Wettbewerb, unternehmerisches Handeln und wirtschaftliche Entwicklung bietet. Hierzu gehören die Schaffung einer rechtsstaatlichen Ordnung, funktionierende Wettbewerbsaufsicht, partizipative Entscheidungsstrukturen sowie die effektive Durchsetzung der Menschenrechte und grundlegender Sozial- und Umweltstandards. Unternehmen können diese politische Verantwortung höchstens ergänzen, aber nicht ersetzen. Privatwirtschaftliches Engagement und unternehmerische Verantwortung kön-

nen sich nicht in einem Vakuum, sondern nur im Zusammenhang mit einem effektiven ordnungspolitischen Rahmen entfalten.

Darüber hinaus muss multinationalen Unternehmen der Zugang zu diesen Märkten eröffnet werden. Neben Investitionen ist Handel ein wichtiger Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch der Armutsbekämpfung. Die Doha-Development-Agenda hat sich die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft zum Ziel gesetzt. Um dies zu erreichen, müssen sowohl die Märkte der Entwicklungsländer als auch der Industrieländer weiter geöffnet werden. Dies gilt auch für den oft nicht ausreichend gewürdigten Süd-Süd-Handel. Hier liegen große Potenziale brach, weshalb die gegenseitige Abschottung der Entwicklungsländer möglichst rasch abgebaut werden sollte. Auf der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005 in Hongkong müssen dafür die Weichen gestellt werden.

Außerdem sollten Partnerschaften zwischen dem öffentlichem Sektor und der Privatwirtschaft vorangebracht werden, da globale Entwicklungsprobleme oftmals nur durch gemeinsame Anstrengungen von Politik und Wirtschaft gelöst werden können. Auch wenn diese Public-Private-Partnership-Projekte meist noch in ihren Kinderschuhen stecken, sind die Erfahrungen mit diesem Modell der

Zusammenarbeit überaus positiv. Die Projekte greifen die spezifischen Stärken beider Partner auf: Auf der einen Seite die Dynamik, Kompetenz und die finanziellen Ressourcen der Unternehmen, auf der anderen Seite das regionale Know-how der Entwicklungsorganisationen sowie der Regierungen. Somit können Überschneidungen zwischen öffentlichen und privaten Interessen besser identifiziert, Synergien genutzt und Projekte verwirklicht werden, in denen beide Seiten ihre Ziele effizienter, schneller und kostengünstiger erreichen. Die Reichweite und Wirksamkeit der für Entwicklungszusammenarbeit eingesetzten Ressourcen können dadurch erheblich vergrößert werden. Von Entwicklungspartnerschaft profitieren also alle Beteiligten.

Globalisierung gestalten darf keine Frage der Weltanschauung sein. Es geht darum, alle vorhandenen Kräfte zu bündeln. Hier spielen multinationale Unternehmen eine wichtige Rolle.

Dr. Claudia Wörmann ist Leiterin der Abteilung Außenwirtschaftspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik der Deutschen Wirtschaft (AGE).

Schwerpunkt: Körperkult – Alles unter Kontrolle

„Mädchen Rosa, Jungen Blau – das weiß doch jeder ganz genau“

Birgitta M. Schulte

Sie erinnern sich an eine solche Situation: Sie saßen in der U-Bahn und rätselten, ob ein Mann oder eine Frau Ihnen gegenüber saß. Die Person stieg aus, aber die Gedanken blieben. Männlich oder weiblich? Wenn wir das Geschlecht eines Gegenübers nicht sofort bestimmen können, werden wir unruhig. Schlimmer war es auf der Einladung im Freundeskreis, es waren nicht so viele Leute im Raum, und Sie wurden nervös. Sie wussten, Die müssten mit ihr sprechen. Der Person. Der Frau oder dem Mann. Jemanden anzusprechen, dessen Geschlecht wir nicht bestimmen können, fällt uns sehr schwer. Noch schlimmer: Es gibt immer mehr von diesen nicht eindeutig zuzuordnenden Menschen.

Die Irritation, die wir erleben, wenn wir jemanden nicht als eindeutig männlich oder weiblich zuordnen können, weist uns darauf hin: „Geschlecht“ scheint eine wichtige, auch für den Alltag lebenswichtige Kategorie zu sein. „Geschlecht“, das hieß für uns lange Zeit: Mann oder Frau. Anscheinend gibt es aber inzwischen vieles dazwischen. Zu unterscheiden sind

- das biologische Geschlecht, einerseits, „wie die Natur uns gemacht hat“
- das soziale Geschlecht - andererseits: wie wir uns verhalten: als braves Mädchen, als mutiger Junge, wie die Kultur und Geschichte den Menschen Rollen zugewiesen haben. Natürlich ist, dass Frauen Kinder gebären – kulturell ist, dass sie für ihre Erziehung und den Haushalt zuständig sind.

So weit, so einfach. Von Biologie einerseits und Geschlechterrollen andererseits, von Sex und Gender haben wir schon oft gehört. Die Bilder aber haben gezeigt: Die Vielfalt ist größer und das hat mit dem zu tun, wie die Men-

Menschen sich fühlen: als mutiges Mädchen oder vorsichtiger Junge. Als junge Frau, die äußerlich nicht zu unterscheiden ist von anderen Frauen, die ihren Körper aber als männlich empfindet. „Geh doch nicht immer wie ein Seemann!“ hat ihre Mutter zu ihr gesagt. Und sie hat geantwortet: „Ich gehe nicht wie ein Seemann. Ich gehe überhaupt nicht wie ein Mann. Ich gehe wie ich.“ Ihre Tante ärgert sich schon lange, dass sie sich immer so unvoreilhaft anzieht. Die Männer in der Familie halten sie für „burschikos“. Und schließlich stellt sich heraus, dass sie Frauen liebt. Wenn sie unter Lesben ist, kann es sein, dass sie als kesser Vater eingeordnet wird, als eine Frau, die die Männerrolle spielt. Vermutlich aber wird sie sich gar nicht so fühlen. Und es kann sein, dass sie eines Tages einen Mann heiratet.

Biologisches Geschlecht und individuelle Wahrnehmung

Nichts ist sicher im Bereich von Sex und Gender, nichts eindeutig und nichts dauerhaft. Schon die Natur spielt mit dem Geschlecht. Jährlich wird eines von tausend Kindern intersexuell geboren. Solche Babys haben weder eindeutig Hoden und Penis oder Eierstöcke und Vagina, sondern von beidem etwas – mehr oder weniger. Sie haben die Anlagen, das eine oder das andere zu sein. Früher wurden solche Kinder sofort nach der Geburt operiert. Man glaubte, ihnen ein eindeutiges Geschlecht zuweisen zu müssen, damit sie glücklich werden können. Heute ist klar, sie selbst wissen am besten, in welchem Geschlecht sie leben. Irgendwann können sie es artikulieren und sie haben auch keine Schwierigkeiten, damit zu spielen, sich je nach Situation so oder so zu verhalten.

Nicht nur für solche biologisch besonderen Menschen, für uns alle gilt: Wir haben eine höchst persönliche Wahrnehmung von uns selbst. „Ich mit mir, ich bin.“ Da sagen viele: Ich bin ein Mann, ganz klar; ich bin eine Frau, wieso? Manche sagen: Ich bin Frau, ich war das auch schon als Mädchen, obwohl ich auf Bäume geklettert bin. Andere betonen, Frau zu sein, und leben ausschließlich in einem Frauenumfeld und fühlen sich doch eher männlich.

Menschen geben zunächst einmal unbewusst dem Ausdruck, wie sie sich fühlen. So sehen wir einen Mann auf der Straße und schauen genauer hin. Er kommt von der Arbeit – seiner Aktentasche und seinen Schuhen nach zu urteilen – ist sicher anerkannt in seinem Job, und doch können wir uns vorstellen, dass hinter seinem Rücken ein Detlef-Witz erzählt wird. Er dreht beim Gehen so sehr die Hüften, dass er einfach nicht wirklich männlich aussieht. Er drückt durch einen Verhaltensstil aus, wie er sich fühlt.

Es ist eine eigene Dimension: das Fühlen. Sie hat etwas mit der Leib-Seele-Einheit zu tun, die wir sind. Für manche Menschen ist der Widerspruch zwischen dem, wie sie sich fühlen, und dem, wie sie äußerlich aussehen, unerträglich, so dass sie Hormone nehmen, um ihr Erscheinungsbild zu verändern und sich einen anderen Namen geben. Und einige kommen so unter Druck, dass sie ein Begutachtungsverfahren und die Kosten für eine Operation auf sich nehmen, um das andere Geschlecht zu werden. Aber nicht alle müssen sich operieren lassen. Andere machen das durch Frisuren oder Make-up und vor allem durch Kleidung. Es gibt sehr ernste, lebensprägende neue Selbstverständnisse. Wie bei dem Polizisten Frank, der schweres Mobbing zu erleiden hatte, nachdem er sich als Bianca eine neue Identität gegeben hatte.

Sehr beeindruckend ist die Autobiografie von Leslie Feinberg, die deutlich macht, wie quälend die Differenz zwischen innen und außen erlebt wird. Der Weg von der Frau zum Mann – eine Wandlung, die Leslie Feinberg öffentlich gemacht hat, weil im Amerika der 50/60er Jahre die Polizei brutal durchgegriffen hat,

wenn eine Frau nicht drei feminine Kleider vorweisen konnte. Das war strafbar. (Mal er, mal sie, s/he: fühlt sich nicht als Mann, der in dem Körper einer Frau eingesperrt ist: „Ich fühl mich nur eingesperrt“). Das Aussehen des Fotografen Mapplethorpe (1946-1989) – der berühmt war für die Ästhetik seiner homoerotischen Aktfotos – ist weniger spielerisch. Es hat viel damit zu tun, wie – feminin – er sich fühlt. Dennoch ist es eine Inszenierung. Es ist nicht zufällig, dass hier ein Begriff aus der Theaterwelt auftaucht. Geschlecht wird in Szene gesetzt, Geschlecht ist konstruiert. Es ist wie ein Theaterspiel. Und manchmal auch eine Vortäuschung. Wie, wenn ein Schüler den Blick auf den Lehrer heftet und Aufmerksamkeit demonstriert.

Doing Gender: Geschlecht als Handlung

Geschlecht wird gesellschaftlich gemacht, indem die Menschen handeln und sich dabei aufeinander beziehen: Man nennt es „Doing Gender“. Geschlecht ist insofern etwas Abwesendes, das durch etwas Anwesendes – durch Kleidung oder Verhaltensstile – vergegenwärtigt wird. Geschlecht ist wie auf einer Scala das, was zwischen den beiden Polen männlich und weiblich variiert.

Da gibt es inzwischen viel Buntes. Eine Ursache ist die gesellschaftliche Tendenz zur Individualisierung. Mit der Aufhebung von Klassenschranken ging die Auflösung von Gruppenzugehörigkeiten einher. Es entstand ein Zwang, sich selbst zu gestalten. Heute ist nicht einmal die Mode für bestimmte Altersgruppen festgelegt. Jede darf die Rocklänge tragen, die ihr steht, aber sie muss sie auch selbst wählen. Und auch die Männer sind inzwischen gezwungen, sich einen Stil zu geben. Dazu gehört heute eben nicht nur, welches Auto man fährt oder welche Uhr man trägt, nicht nur, welche Musik man hört und welche Marke man trägt, sondern auch, wie der Körper geformt ist. Die Geschlechtergrenzen dürfen und sollen dabei verwischen.

Es gibt die Freiheit zum Selbstentwurf und den Zwang dazu. Die Loveparade war eine Demonstration derjenigen, die den Zwang offensiv gewendet haben. Ihre Bilder gingen

über die Fernseher in alle Wohnzimmer. Die Medien haben einen großen Anteil daran, dass wir von all den Geschlechterinszenierungen wissen. Und zugleich ist die medientechnologische Entwicklung eine weitere Ursache für die Zunahme von Uneindeutigkeiten. Das Internet erlaubt, als Mann aufzutreten und eine Frau zu sein.

Von der Möglichkeit zum Geschlechterversteckspiel wissen inzwischen auch die, die nicht surfen oder chatten. Die kursierenden Bilder haben die Vorstellungswelten erweitert und damit auch die Akzeptanz verändert. Die intersexuellen Kinder zum Beispiel profitieren davon. Als ich jung war, wurde ihre Existenz absolut tabuisiert, heute gibt es Fernsehsendungen, in denen junge Eltern gegen die MedizinerInnen auf die Möglichkeit zur Selbstbestimmung für ihr Kind pochen. Und das Recht, das nicht vorher da ist, sondern immer erst formuliert wird, wenn es gesellschaftlichen Bedarf gibt, erweitert die Grenzen. Schwule und Lesben dürfen sich verpartnern, ein Bio-Mann darf als Neo-Frau eine Bio-Frau als Neo-Mann heiraten. Zwei Menschen können sich zu einem neu designten heterosexuellen Paar machen und das standesamtlich besiegeln lassen.

Zwang zur Zweigeschlechtlichkeit

„Es ist alles so schön bunt hier“ und eben doch nicht. Hinter allen Veränderungen liegt die Erwartung, dass wir Mann sind oder Frau. Gesellschaftlich wird eine eindeutige Zuordnung verlangt und zwar lebenslänglich. Neugeborene werden bei der Vermutung Mädchen mit heller Stimme angesprochen und bei der Vermutung Junge mit dunkler. Es gibt die Geburtsklassifikation und die soll beibehalten werden. Die Geschlechtszugehörigkeit erhält in unserer Gesellschaft eine moralische Aufladung. Dass jemand ein Mann ist oder dass eine eine Frau ist, macht ihn und sie zum glaubwürdigen Mitglied unserer Gesellschaft. Uneindeutigkeit, so war mein Einstiegsbeispiel, bringt die Glaubwürdigkeit ins Schwanken.

Es passiert immer wieder, dass Leute sehr vehement einfordern, das Geschlecht einer Person zu wissen zu bekommen. So ist es

zum Beispiel einer Forscherin (Damaris Güting) gegangen, die Schulklassen beobachtete. Sie schrieb in ihre Protokolle „L“ für Lehrende, Lehrer und Lehrerin hat sie nicht unterschieden. Aber alle, die ihre Protokolle lasen, wollten es genau wissen. Erst wenn Personen ein Geschlecht haben, werden sie als Menschen vorstellbar, erst dann können wir auf uns beziehen, was über sie berichtet wird.

Und die Gesellschaft tut einiges dafür, dass die eindeutige Zuordnung immer wieder hergestellt wird. Toiletten erhalten Türen für Männer und andere Türen für Frauen. Da bleibt auch den Bunten nichts anderes übrig als durch die eine oder die andere zu gehen. Es braucht aber gar nicht unbedingt solch materielle Schranken. Es reicht einfach die Erwartung. Eine Transsexuelle, ein Mensch, der sich operieren ließ, wird in einer Frauenklinik für eine Frau gehalten, auf einer Männerstation für einen Mann. In männlicher Begleitung erscheint eine Transsexuelle wie eine Frau, in weiblicher Begleitung wie ein Mann.

Geschlechtsdarstellung und Geschlechtswahrnehmung sind zwei miteinander verwobene Aspekte des „Doing Gender“, der Herstellung von Geschlechtszugehörigkeit. Die Geschlechtswahrnehmung ist variabel. Wichtig aber ist, dass Eindeutigkeit erzielt wird. Im Alltagsverständnis gibt es nur zwei, und zwar zwei eindeutige Geschlechter.

Vor diesem Hintergrund versuchen Jugendliche zu glaubwürdigen Mitgliedern der Gesellschaft zu werden. Geschlechtsdarstellungen werden von Jugendlichen kollektiv konstruiert und experimentell inszeniert. Schminken, Frisuren, Kleidung – Tussy oder Macho – betont lässig gehen, betont sexualisiert gehen. Das Bild, das da in Szene gesetzt wird, ist sehr mächtig. Es ist da und gilt, sofort und erstmal unverrückbar. Lacherfolg erzielen, nachgehakt werden. Lächerlich machen – Abwertung. Eingrenzung, Ausgrenzung. Und es wird sofort sanktioniert, wenn es nicht der Anforderung an Eindeutigkeit genügt. Mädchen, die pfeifen und Hähne, die krähen - das haben wir in unserer Kindheit durchaus ge-

lernt. Und die Jungen? „Schwul!“, „Schwuler!“ gehört schon im Kindergarten zum Schlimmsten, was einem nachgerufen werden kann. Und wie erst bei erwachsenen Männern: Weichei, Warmduscher, Frauenversther – was abweicht vom Bild viriler Männlichkeit wird zur verletzenden Verbalinjurie. Das Neueste: Duschgel-Anwärmer.

Das hat damit zu tun, dass Geschlecht eine Kategorie der symbolischen Ordnung ist. Denkmuster, Sprache, Bilder, machen den Rahmen, innerhalb dessen wir uns bewegen. Symbolisch wird die historische – kollektive – Erfahrung gefasst und ergibt eine Verfahrensordnung. Sie ist notwendig für unser Zusammenleben. Aber das schafft auch Ordnung im Sinne von Ordentlichkeit. Die durch Symbole und auf einer Symbolebene hergestellte Ordnung ist für uns wie ein Gelände. Sie gibt Orientierung. Deswegen sind die Sanktionen so heftig, wenn die Ordnung gestört ist. Für die Einzelnen aber, vor allem für Kinder und Jugendliche, ist es nicht einfach sich zuzuordnen. Sie brauchen Toleranz. Sie stehen unter Druck, jemand Bestimmtes zu werden und müssten doch eigentlich erst mal

gucken können, wer sie sind – als was sie sich fühlen.

Unsere Geschlechteridentität hängt uns an wie eine zweite Haut. Und sie ist nicht immer auf den ersten Blick sichtbar, wie bei dem Mädchen, das ging wie ein Seemann. Jeder und jede ist sehr verletzlich an dieser Stelle. Das ist mein Appell. Wir sollten sensibel und respektvoll miteinander sein, genau hinschauen, vor allem bei den Jugendlichen. Wir sollten unsere eigene Beunruhigung mal anschauen, wenn wir wieder unsicher sind, ob wir einen Mann oder eine Frau vor uns haben. Wir brauchen viel Achtsamkeit im Umgang miteinander, Hellhörigkeit und Toleranz.

Die aber wird oft nicht gewährt. Im Gegenteil. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Geschlechterinszenierung, zwischen der Politik und den Geschlechterbildern auf der öffentlichen Bühne.

Birgitta M. Schulte ist freie Journalistin und stellvertretende Vorsitzende des Journalistinnenbundes.

Weiblichkeit und ihre Inszenierung im Wandel der Moden

Inge v. Bönninghausen

(Vorbemerkung: Dieser Vortrag wurde über Powerpoint durch zahlreiche Bilder ergänzt, auf die sich der Text teilweise direkt bezieht.)

Birgitta Schulte hat die Buntscheckigkeit der Geschlechterrollen und -bilder geschildert und darauf hingewiesen, dass es gleichzeitig offenbar ein starkes Bedürfnis gibt, Geschlecht eindeutig zu erkennen, weil es „eine Ordnung schafft“. Mich interessiert nun, wie diese Ordnung zustande kommt, welche historischen Wurzeln sie hat und in welchem gesellschaftlichen Zusammenhang sie steht. Das kann ich natürlich nur an wenigen Beispielen darstellen und auch nur für den europäischen Kulturkreis.

„Mädchen Rosa, Jungen Blau, das weiß doch jeder ganz genau!“ Es sind aber nicht die Mädchen rosa, sondern ihre Strampler, und auch nicht die Jungen blau, sondern das, was ihnen angezogen wurde. Was da bekleidet – und also nicht mehr sichtbar ist – der Körper und das Geschlecht des Kindes, wird durch die Farbe der Kleidung symbolisiert. Auch wer heute sein Baby vielleicht lieber weiß oder gelb anzieht, nimmt indirekt Bezug auf Rosa und Blau. Die Botschaft heißt: „Wir wollen unser Kind nicht gleich auf Stereotype festlegen.“ Dieses kleine Beispiel zeigt, dass Kleidung immer mehr ist als Schutz vor Kälte, Hitze, Regen, Wind. Sie weist auf das Geschlecht hin, aber nicht nur.

Status und Gruppenzugehörigkeit können durch Kleidung signalisiert werden oder auch – ganz im Gegenteil – Regelverletzung und Opposition zu gültigen gesellschaftlichen Normen. Birgitta Schulte hat von der Theaterbühne gesprochen, auf der Geschlecht inszeniert wird. Auf dieser Bühne sind zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Stücke aufgeführt worden. Ich möchte meinen Blick auf die äußerliche Erscheinung der Akteurinnen und Akteure richten. Sie ist nicht zufällig, sondern gehört zur Darstellung und Selbstdarstellung von Menschen in ihrer Gesellschaft, die geprägt wird von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhängen. Ich gehe zurück bis zur europäischen Aufklärung im 18. Jahrhundert, weil sie den wichtigsten Wandel der Geschlechterrollen mit sich bringt.

Vorhang auf: Der Geschlechtscharakter im Zeitalter der Aufklärung

Zuvor waren Frauen wie Männer fest eingebunden in eine als gottgegeben angesehene Ordnung, die ihnen von Geburt an einen festen Platz in der Ständeordnung zuwies. Wer wo hingehört, war klar geregelt und nicht zuletzt durch Kleidervorschriften sichtbar abgesichert. Weder durften die Stoffe noch die Schnitte und Verzierungen des jeweils höheren Standes benutzt werden, weil niemand begehren sollte, was ihm nicht zustand.

Die Geschlechtszugehörigkeit spielte eine weit weniger wichtige Rolle als die Standeszugehörigkeit, und so unterschied sich die Kleidung von Frauen und Männern desselben Standes über lange Zeit nicht wesentlich. Portraits adliger Damen wie Herren aus dem 17. Jahrhundert zum Beispiel zeigen die gleichen weit ausladenden Spitzenkrägen und den sogenannten Gänsebauch, ein nach unten spitz zulaufendes enges Korsett. Der Prozess der Aufklärung brachte das im Glauben begründete Weltbild mit all seinen politischen und gesellschaftlichen Ausformungen ins Wanken. Die Vernunft trat an die Stelle des Glaubens. Nicht von ihm, sondern vom Wissen sollte der Mensch sich leiten lassen. Die Entdeckung fremder Kontinente revolutionierte die Wahrnehmung der Welt und Er-

findungen wie die Dampfmaschine und der mechanische Webstuhl die Wirtschaft. Geistige Orientierung suchte man in dieser Umbruchphase vor allem in der Antike und übernahm neben vielen anderen Ideen die Trennung von Natur und Kultur, von Körper und Geist. Die Aufklärer gingen noch einen Schritt weiter und ordneten diese Gegensatzpaare den Geschlechtern zu: Mann gleich Kultur, Geist, Verstand, Aktivität. Frau gleich Natur, Körper, Gefühl, Passivität. Und so, wie der Geist den Körper beherrscht, die Kultur die Natur, der Verstand das Gefühl – so beherrscht auch der Mann die Frau. Beide werden jetzt als von Innen heraus unterschiedlich – ja gegensätzlich gesehen. Es entstehen der weibliche und der männliche Geschlechtscharakter als innere Bestimmung für diejenigen Aufgaben, die beide in einer sich neu herausbildenden Gesellschaftsordnung übernehmen sollten. Vor allem das Bürgertum musste sicherstellen, dass die Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern gerade beim Übergang von der Agrar- zur Industrieproduktion funktionierte. Was sie tun sollen, soll ihnen zur Natur werden. Dieser Prozess der Verinnerlichung sozialer Rollen hin zum Geschlechtscharakter brauchte ungefähr hundert Jahre.

In diesem neuen Bühnenstück inszenieren sich Weiblichkeit und Männlichkeit deutlich unterscheidbar: die Männermode wird schlichter, die Frauenmode immer prunkvoller. Denn: der Geist braucht sich nicht nach außen zu beweisen. Was Mann an Reichtümern besitzt, repräsentiert seine Frau. Die Mode unterstreicht, ja stellt die Geschlechterordnung optisch geradezu her. Der weibliche Körper wird geformt von Korsettstangen aus Fischbein, Holz- oder Metallplatten. Reich verziert stecken sie in einer Stoffschleife und gelten bei Männern als beliebte Trophäe.

„Die Frau ist frei geboren“

Bis zur französischen Revolution waren die Geschlechtscharaktere schon so weit verinnerlicht, dass der politische Gleichheitsanspruch von Frauen mit dem Argument erledigt werden konnte, dass die Unterwerfung von Töchtern und Ehefrauen in der Natur

begründet liege und deshalb nicht dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen widerspreche. Dem setzte Olympe de Gouges die „Rechte der Frau und Bürgerin“ entgegen: „Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne ebenbürtig in allen Rechten“ (Art.I der „Rechte der Frau und Bürgerin“ von 1791). Für den Mann steht die Revolution im Zeichen von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, für die Frau heißt die Losung „Zurück zur Natur“. Demokratische Gesinnung zeigten Männer in langen Hosen, die bis dahin nur Matrosen und Arbeiter getragen hatten. „Weibliche Natürlichkeit“ drückte sich vor allem in fließenden weißen Stoffen aus. Kein Korsett, oft genug gar keine Wäsche darunter oder ein hautfarbenes Trikot. Kaum zu einer anderen Zeit aber wird der Zusammenhang zwischen Politik und Geschlechterinszenierung so sichtbar wie im Wechsel der Mode schon knapp 30 Jahre später.

Die Restauration setzte alles daran, die vorrevolutionären Verhältnisse wieder herzustellen. Zwar regierte der Adel weiter, aber das Bürgertum übernahm die wirtschaftliche und kulturelle Leitfunktion. Die Inszenierung von Weiblichkeit – oder vielmehr die Zurichtung zu einem „Schmuckstück“ – mag nicht für jede Bürgersfrau Alltag gewesen sein, aber gerade als Ideal entfaltete sie ihre Wirkungsmacht.

Und dennoch ließen sich die Ideen der Revolution nicht mehr gänzlich unterdrücken. Aus den vielfältigen Aktivitäten der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstehenden Frauenbewegung greife ich hier nur den Kampf um Bildung auf, weil er die heftigste Debatte über „die Natur des Weibes“ auslöste. Hatte nicht der große Aufklärer Immanuel Kant gesagt: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Warum sollte das nicht für Frauen genauso gelten wie für Männer?

„Die Frauen sind nicht oberflächlich und trivial von Natur, sondern die Erziehung behaftet sie mit diesem Makel, indem sie ihnen diejenigen Beschäftigungen, diejenigen Studien und Gebiete der Thätigkeit vorenthält, an denen selbständiges Denken sich entwickelt.

Wenn sie Vorurtheile den Gründen der Vernunft vorziehen, so geschieht das in der Folge ihrer Erziehung.“ (Hedwig Dohm, Schriftstellerin, 1876)

„Der Mann ist mutig, kühn, heftig, trotzig, rau, verschlossen; das Weib furchtsam, nachgiebig, sanft, zärtlich, guthmütig, geschwätzig, verschmitzt. Der Mann besitzt mehr Festigkeit, das Weib ist wandelbar und inconsequent. Der Mann handelt nach Überzeugungen, das Weib nach Gefühlen. Die Vernunft beherrscht bei jenem das Gefühl, bei diesem umgekehrt das Gefühl die Vernunft. Der wahre Geist der Naturwissenschaften wird daher stets dem Weibe verschlossen bleiben.“ (Prof. Dr. T.L. Bischoff, 1872)

Der Kampf um Bildung, in dem es viel tiefer um die Definitionsmacht über die „Natur“ des Weibes geht, beweist die enorme Wirkungsmacht des Geschlechtscharakters. Hunderte Wissenschaftler, Mediziner, Politiker, usw. ließen sich zitieren, gegen deren „Argumente“ die Frauen zu kämpfen hatten. In ihrer Mehrheit hegte aber auch die bürgerliche Frauenbewegung wenig Zweifel an der wesensmäßigen Differenz zwischen den Geschlechtern. Ihren Anspruch auf Bildung leitete sie gerade hieraus ab. „Frauentum“ und „Frauenkraft“ sollen sich entfalten können und „aus der Welt des Mannes eine Welt schaffen, die das Gepräge beider Geschlechter trägt“, so Helene Lange. Was die Frau einbringt, sind „geistige Mütterlichkeit“ und eine „höhere Sittlichkeit“, die Lange u.a. in der „geistigeren Auffassung des sexuellen Lebens“ begründet sieht. Auf diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Kleidung verknüpft wird mit Moral. Eingeschnürt und zugeknöpft bis oben.

Ich kann hier leider nicht alle Aktionsfelder der ersten Frauenbewegung von der Bildung bis zum Wahlrecht ausbreiten, aber ganz ohne Zweifel hat sie einen immensen Emanzipationsschub erkämpft. 1900 bekam sie eine deftige Ohrfeige verpasst: das Bürgerliche Gesetzbuch, das die patriarchale Ordnung wie in Granit gemeißelt hat. Der Ehemann hat das Entscheidungsrecht in allen das gemeinschaftliche Leben betreffenden

Angelegenheiten, auch in der Erziehung der Kinder. Er verfügt über das Vermögen seiner Frau und entscheidet über ihre Berufstätigkeit. Und auch von anderer Seite wird die Dominanz des männlichen über das weibliche Geschlecht noch tiefer verankert. Nahezu zeitgleich zum BGB veröffentlichte Sigmund Freud die „Abhandlungen zur Sexualtheorie“. Er verknüpfte das Sexuelle mit der Psyche. Wie ein Mensch denkt, empfindet und handelt – kurz die persönliche Identität – entsteht aus ihrem/seinem Geschlecht. Die weibliche Geschlechtsidentität entsteht für Freud aus dem Penisneid. Es ist ihr „Schicksal“, ein misslungener Mann zu sein. Einem Schicksal kann man kaum entinnen.

Von Bubikopf und „nordischem Schönheitsideal“

Welche Inszenierung der Geschlechter sehen wir auf der Bühne des neuen Jahrtausends? Es ist eine Drehbühne geworden, auf der die Szenen in schneller Folge wechseln. Der 1. Weltkrieg zerrüttete alles Bestehende. Frauen hatten im Krieg jenseits aller Regeln ihre Selbständigkeit „bewiesen“ und wollten vor allem in den großen Städten nicht mehr zurückstecken. Es entstand das Bild der „modernen Frau“: jung, berufstätig, sportlich. Und zum ersten Mal in der Geschichte der Mode rutschte der Saum hoch bis ans Knie. Bubikopf, Zigarette und Charleston wurden geradezu die Symbole der neuen Freiheit. Ich wage die These, dass diese größere Freiheit im Lebensstil und in der Kleidung gerade deshalb möglich wurde, weil die Geschlechtsidentität so fest im Inneren verortet war und auch noch viele Jahre blieb.

Der Nationalsozialismus fügte allen anderen „Wesensarten“ der Frau noch eine weitere hinzu: die deutsche. Das sollte sich auch in ihrer Kleidung ausdrücken. Sie ist aus deutschem Stoff und die Schnitte entsprechen dem „nordischen Schönheitsideal“. Die Kleidung soll die „Volksgemeinschaft“ demonstrieren. Als die Trümmer des 2. Weltkriegs weggeräumt waren, wurde auf der Geschlechterbühne das Stück „Normalität“ gegeben. Eine Normalität, die im wahrsten Sinn des Wortes alte Normen wieder zum Leben

erweckte. Wie schon im Biedermeier kommen die Wespentaille und weite Röcke zurück – und keineswegs nur für die Schönen und Reichen. Es ist, als ob man Faschismus und Krieg leichter vergessen könnte, wenn nur die Geschlechterordnung wieder hergestellt ist und „Weiblichkeit“ gelebt und repräsentiert werden kann.

Ab hier muss ich eigentlich zwei Geschichten erzählen, die der alten BRD und die der DDR, gerade weil Politik, Wirtschaft und Gesellschaft so eng verknüpft sind mit der Vorstellung von Weiblichkeit und Männlichkeit. Mein Problem ist, dass es zu dieser Frage für die DDR kaum Vorarbeiten gibt und der Zugang zu Bildmaterial – noch – sehr schwierig ist. Ich muss um Verständnis bitten, dass ich mich erst einmal auf die Bundesrepublik beziehen kann.

Vom Weiblichkeitswahn zum Körperkult

„Meine Frau braucht nicht zu arbeiten“ war der beste Beweis für die Leistung des Mannes im Wirtschaftswunderland. Außerdem musste die Hausfrau im Kalten Krieg auch erhalten als ideologisches Antibild zur sozialistischen Traktorfahrerin. Dann endlich rebellieren die Frauen – zuerst die Studentinnen. Simone de Beauvoir öffnet dem „Anderen Geschlecht“ die Augen: „Man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht.“ Ihr Buch wird genau so verschlungen wie Betty Friedans „Weiblichkeitswahn“ in dem die Amerikanerin Freuds Lehre entthront. Und 1961 war die Pille in Deutschland zugelassen worden nach ideologischen Kämpfen, die nicht minder heftig waren als diejenigen um das Frauenstudium.

Die Debatte über die biologisch, psychisch und sozial geprägten Geschlechterrollen ist jetzt eröffnet. Körper, Sexualität, Gewalt werden thematisiert, aber auch die hierarchische Arbeitsteilung und ungleiche Löhne. Frauen wollen nicht mehr – wie ihre Ahninnen – eine Ergänzung sein zum Männlichen. Sie wollen sie selbst sein. Das heißt auch, den Körper, über den sie selbst bestimmen wollen, kennen und lieben lernen.

„Stark, schön, mutig“ zeugt von einem neuen Selbstbewusstsein, dessen Inbegriff in den achtziger Jahren die „Powerfrau“ wird. Sie entscheidet und repräsentiert sich selbst. Sie profiliert sich im Beruf und gibt ihrem Körper Profil. Fischbein, Stahl und Schnüre wären Freiheitsberaubung. Also wird der Körper selbst geformt – und er wird gezeigt.

Ein nächster Schritt ist die Rundum-Erneuerung. Der Körper ist eine Baustelle. Und hier schlägt Stärke in Schwäche um. Ohne jegliche medizinische Notwendigkeit wird der Körper verletzt – freiwillig. Die Brustvergrößerung ist die am häufigsten gewünschte Operation und von immer jüngeren Frauen. Auf der Webseite einer Klinik lese ich: „Vor zehn Jahren haben die Frauen eine Größe von 150 ml gewählt, heute geht der Trend zu größeren Einlagen. Bis zu 290 ml pro Busen.“

Dieses Phänomen ist zu gegenwärtig und zu komplex, als dass ich mir eine Deutung

schon zutrauen würde. Aber eine Vermutung: Frauen lassen sich nicht mehr im Namen einer wo auch immer angesiedelten „Weiblichkeit“ davon abhalten, in den Welt- raum zu fliegen, Fußballweltmeisterinnen oder Physiknobelpreisträgerinnen zu werden. Und längst haben sie sich Anzug, Hose und Jacke in allen Variationen anverwandelt. Wenn es aber stimmt, das die eindeutige Geschlechtszugehörigkeit einem Bedürfnis nach Ordnung entspricht, was liegt dann näher, als das Geschlecht des Körpers sichtbar zu demonstrieren? Und so ist es wohl auch kein Zufall, dass noch nie zuvor Schwangerschaft so inszeniert wurde wie derzeit von Hollywoodstars, Models und wie in diesem Beispiel von einer Politikerin. „Dressed to win“ oder besser „Undressed to win“?

Dr. Inge v. Bönninghausen ist Journalistin und war von 2000 bis 2004 Vorsitzende des Deutschen Frauenrates.

Alles unter Kontrolle? Der weibliche Körper zwischen Medikalisierung und Selbstbestimmungsrecht

Eva Schindele

Ich möchte die These von Inge v. Bönninghausen aufgreifen und zeigen, wie sich inzwischen die Selbstgestaltung nicht mehr allein auf das Aussehen bezieht, sondern auch unsere körperlich-reproduktive Geschlechtlichkeit erfasst, also vor allem unsere zyklische Realität, wie den monatlichen Menstruationszyklus, den Lebenszyklus, der uns mit einem bestimmten Alter in die Pubertät und in die Wechseljahre bringt, Gebären, Stillen.

Frauen meiner Generation haben schon als kleines Mädchen gehört, dass es unsere „Natur“ ist, die uns zur gesellschaftlichen „Zweit-rangigkeit“ verdammt. Liegt es dann nicht nahe, unsere Biologie zu verändern, in der Hoffnung, eine machtvollere Rolle in der Ge-

sellschaft spielen zu können? Erscheint Frauen dies vielleicht sogar einfacher als soziale oder politische Veränderungen durchzusetzen?

Meine These ist, dass Frauen heute versuchen, ihrer „Biologie“ zu entrinnen (die Herr Freud vor rund 100 Jahren unser „Schicksal“ nannte), und sie sich dadurch in neue Abhängigkeiten und Zwänge begeben. Die Medizin spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie bietet ihre Hilfe an, um Frauen von den Lasten des körperlich-geschlechtlichen „Rests“ zu befreien. Sie verspricht Kontrolle über das Zyklische des weiblichen Lebens. Sie gibt vor, dass Frauen mit medizinischer Hilfe ihr Leben selbstbestimmt planen können – die

Kehrseite ist die Medikalisierung nicht nur des weiblichen Körpers, sondern ihres gesamten Lebens: Frauen (und Männer) können ihren Körper und seine Rhythmen abhängig von der Kultur unterschiedlich bewerten; sie können ihrem (gespürten) Körper aber nicht wirklich entfliehen. Alles andere ist Illusion, die die Gefahr emotionaler Abstürze in sich birgt – und gesundheitliche Risiken.

Sind wir Auslaufmodelle?

Bei der Vorbereitung des Vortrages habe ich mich gefragt, ob wir (Inge v. Bönninghausen, Birgitta Schulte und ich – zwischen 50 und 65 Jahre alt) eigentlich „Auslaufmodelle“ sind. Wir kennen noch eine Zeit ohne „Pille“ eine Zeit, in der Frauen nach Holland zu einem Schwangerschaftsabbruch fahren mussten, weil er in Deutschland verboten war. Wir haben den warnenden Aufschrei in der Öffentlichkeit erlebt, als 1978 die Geburt von Louisa Brown, dem ersten „Retortenbaby“ (so hießen sie damals), bekannt gegeben wurde. Heute ist die Reproduktionsmedizin Normalität. 2003 waren in Deutschland 63.111 Frauen bei Fortpflanzungsmedizinern in Behandlung. Mit der Reproduktionsmedizin wurde auch der Embryo außerhalb der Frau „erschaffen“. Anfang der 80er Jahre wurden die normalen, also im sexuellen Miteinander entstandenen Schwangerschaften als Risikozustand definiert, die der permanenten gynäkologischen Kontrolle bedürfen. Das Durchchecken des Ungeborenen in der Schwangerschaft setzte sich als vorsorgend sinnvoll und als neue Verpflichtung durch. Seit einigen Jahren wissen wir, dass unsere Eizellen nicht nur gut für die Zeugung eines Kindes sind, sondern auch wertvolles Rohmaterial für die Forschung. In unserer Generation spielten sich also viele Veränderungen ab, in die junge Frauen heute selbstverständlich hineinwachsen. Diese Veränderungen haben die Wahrnehmung der Körperlichkeit nachhaltig verändert, und sie hinterlassen Spuren im weiblichen Körper.

Menstruieren im Zeitalter der Pille

Handelsblatt vom 21.9. 2004: „Die Antibaby-Pille schützt nicht nur vor einer Schwanger-

schaft, sie macht auch das Leben von Frauen komfortabler. Immer mehr Frauen – vor allem junge Frauen – nutzen die Pille, um die Menstruation zu unterdrücken.“

Fast jede zweite Frau (46 Prozent) zwischen 15 und 49 Jahren will, (einer Untersuchung der Frankfurter Uniklinik zufolge) ihre Tage gerne für immer los sein und drei von vier Frauen würden zumindest zeitweise die Blutungen aussetzen wollen. Warum? Ist es die Werbung für Binden oder Tampons, die die Menstruation in erster Linie als Hygieneproblem darstellt? Oder ist es die Medizin, die es inzwischen für ungesund hält, zu viele Monatsblutungen zu haben, weil dies angeblich den Brustkrebs fördern könnte? Jedenfalls diskutieren dies vor allem amerikanische WissenschaftlerInnen. In Deutschland schrieb die Wochenzeitung *Die Zeit* am 21.6.2000: „Das neue Periodensystem. 450 Monatsblutungen sind zu viel. Forscher wollen die Menstruation abschaffen.“

Oder stört die Blutung, weil sie Frauen an ihre „Natur“ als Frau erinnert, manchmal schmerzt und lästig ist und sich nicht einpasst in Berufsalltag oder Freizeitaktivitäten? Die *Bildzeitung* titelte am 29.7. 2000: „Neue Pille. Regel nur 4 Mal im Jahr.“

Inzwischen lassen sich Frauen Dreimonats-spritzen, Hormonspiralen, Pillen im so genannten Langzyklus (84 Tage) verschreiben, die nicht nur eine Schwangerschaft verhüten, sondern auch die Monatsblutung gänzlich unterdrücken. Gleichzeitig diskutieren Frauen im Netz (zum Beispiel unter noperiod.com) ihre Haltung zur Abschaffung der Menstruation.

Bis jetzt täuschten gängige Anti-Baby-Pillen noch einen natürlichen Rhythmus vor. Doch die Monatsblutung wird medikamentös verursacht, indem die Frau eine Pillenpause einlegt oder sieben Tage Zuckerpillen schluckt. Dieses Ordnungsregime der „Natürlichkeit“ galt bisher als verkaufsfördernd. Wie lange noch?

Zur Geschichte der Pille: 1961 kam die „Anti-Baby-Pille“ auf den deutschen Markt. Lange

kannten nicht einmal Gynäkologen dieses Präparat, weil Schering, der erste deutsche Pillenhersteller, um seinen guten Ruf fürchtete. Sicherlich fürchtete man einerseits, die Unmoral zu befördern, in dem man die Empfängnisverhütung in die Hände der Frauen legte. Andererseits zeugen Aussagen des damaligen Forschungsleiters von einer gewissen Scheu, so manipulativ in den gesunden Körper der Frau einzugreifen. Die Pille war eine völlig neue Art von Medikament, denn sie half weder gegen eine Krankheit, noch enthielt sie einen zusätzlichen Nährstoff. Sie griff (und greift) chemisch in die Physiologie der gesunden Frau ein und gaukelt ihrem Körper eine permanente Schwangerschaft vor.

Die Verhütungs-Pille hat in den letzten 35 Jahren einen Siegeszug in der westlichen Welt angetreten. Sie ist nach wie vor das am häufigsten genutzte Verhütungsmittel. In dieser Zeit sind auch die Lebensentwürfe von Frauen vielfältiger geworden. Ist dies auch der Pille zu verdanken? Immerhin hat die Pille den Frauen ermöglicht, unerwünschte Schwangerschaften zu verhindern. Viele Frauen haben dies als einen Zuwachs von Freiheit begrüßt. So ist verständlich, dass die Pille zum Symbol der Befreiung geworden ist. Aber Befreiung von was? Hier zeigt sich die Kehrseite, die Janusköpfigkeit dieser pharmakologischen Erfindung: Die Pille hat Frauen ermöglicht, ihre eigene Biologie besser und bedarfsgerechter mit Hilfe der Medizin zu managen und damit das Leben besser zu planen. Andererseits birgt sie als Langzeitmedikament auch gesundheitliche Risiken. Sie macht deshalb medizinische Kontrolle notwendig und auch hoffähig. Mit der Pille wurde die Verhütung zur Sache der Medizin, und die Gynäkologie verdankt ihren Aufstieg der Pille. Insofern habe die Gewöhnung an die Pille „symbolische Pionierarbeit“ geleistet, schreibt die Körperhistorikerin Barbara Duden. Unser Verhältnis zum Körper wurde ein instrumentelles. Viele Frauen glauben inzwischen, dass sie die Ärzte und Medikamente brauchen, um ihr eigenes Leben in die Hand nehmen und um den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden zu können. Sie glauben dem Versprechen der Pharmaindust-

rie und Gynäkologie, dass ihnen dabei ein lebenslanges hormonelles Styling helfen kann: Angefangen mit der Pille für das junge Mädchen, die gleichzeitig schlank macht und die Akne verscheucht. bis hin zur Hormontherapie in und nach den Wechseljahren. Am Beispiel der Wechseljahrhormone lässt sich zeigen, wie sich gesellschaftliche Rollenbilder, die Selbstwahrnehmung der Frauen und ökonomische Interessen des pharmazeutisch-medizinischen Komplexes miteinander verschränken.

Feminin forever: Die Wechseljahrhormone

„Wir müssen der unverdaulichen Wahrheit ins Auge sehen, dass alle Frauen nach der Menopause geschlechtslos sind, so als wären sie kastriert... Ein Mann bleibt dagegen ein Mann bis zu seinem Ende“, schrieb Robert A. Wilson in seinem Bestseller, „Feminin forever“. „Weiblichkeit für immer“ versprach der Mediziner den Frauen, die gewillt waren, bis zu ihrem Tod Östrogene zu schlucken. Das war 1966 und überzeugte viele Amerikanerinnen. Welche Frau will schließlich so sein wie die beiden älteren Damen, die der Mediziner durch sein Buch huschen lässt – mit Handtäschchen, Hut, Brille und klobigen Schuhen. Die Bildunterschrift: „Typisch für die geschlechtslose menopausale Frau, wie wir sie heute auf unseren Straßen sehen können. Sie fallen kaum auf und bekommen selbst wenig mit. Sie existieren eher, als dass sie leben.“

Übrigens erfährt der amerikanische Östrogenkult mit Ende der 70er Jahre ein erstes jähes Ende, da die Östrogenpillen Frauen nicht sexy, sondern krank gemacht haben: Die Zahl der Frauen, die an Gebärmutter-schleimhautkrebs litten, war sprunghaft in die Höhe geschneilt. In den 80er Jahren kamen dann neue Hormonpräparate auf den Markt, die angeblich „sicher“ seien. Dass auch sie riskant sind, ist spätestens seit der großen amerikanischen WHI-Studie (Women-Health-Initiative, 2002) bekannt. Das Image der „Hormonersatztherapie“, wie sie jetzt hieß, wurde auch verändert. Mit Hilfe der Hormonpillen sollten die Frauen gesund, faltentfrei

und fit altern. Nicht mehr alte Jungfern tapern durchs Bild, sondern attraktive Karrierefrauen schreiten, joggen oder radeln durch die Reklame. Ihre Botschaft: Wir nehmen unser Leben selbst in die Hand!

Nun ist es so, dass die Medizin natürlich Krankheiten therapiert. Wenn es sie noch nicht als solche gibt, werden sie einfach erfunden. So wurde die Zeit der Menopause (ab 40 bis zum Tod) zu einer Östrogenmangelkrankheit erklärt, unabhängig davon, ob Frauen nun Beschwerden haben oder nicht. Die Östrogene sollten dieses Defizit ausgleichen. Auf Ärztagungen konnte man dann hören, wie Experten die Ersatztherapie als Segen propagierten, da ja eigentlich langlebige Frauen (also Frauen nach dem gebärfähigen Alter) von der „Natur“ gar nicht vorgesehen sind. Obwohl dieses Argument auf statistische Irrtümer der Fachmänner zurückzuführen ist, scheint es doch viele Frauen beeindruckt zu haben. Immerhin schluckte, cremte oder klebte im Jahr 2000 jede zweite Frau zwischen 50 und 60 Jahren Hormonpräparate, und auch 2004 schlucken vor allem Frauen über 60 weiterhin die Hormonpillen. Die Medizin kuriert nicht nur, sie verbessert uns Frauen sogar! Sind wir also nicht gut genug?

Die Geschichte der Hormontherapie zeigt, wie leicht Frauen in ihrem Sosein irritiert werden können. Untersuchungen belegen, dass das kollektive Schlechtreden der Wechseljahre einen großen Einfluss auf das Wohlbefinden von älter werdenden Frauen hat. Ebenso wie die Propaganda für die Hormonpillen schon Frauen überzeugt und ihnen hilft. Doppel-Blind-Studien zeigen, dass die Zuckerpillen oft genauso gut helfen wie die Hormonpräparate.

Reproduktionsmedizin als Sozialstrategie

Gefeiert wurde die Pille als eine Möglichkeit, Sex und Fortpflanzung voneinander zu trennen: Frauen können ihre Kinder planen, wie sie in ihr Leben passen! Diese Sichtweise blendet aus, dass die Pille zwar Kinder verhindern, aber nicht gezielt erschaffen kann. Auch die Reproduktionsmedizin kann dies

trotz hohen technischen Aufwands nur sehr bedingt. Laut Verbundstudie des Bundesforschungsministeriums aus dem Jahr 2000 führt die Reagenzglasbefruchtung bei zwei Dritteln der Paare zu keinem Kind. Optimistischere Zahlen kommen von den Reproduktionsmedizinern: Danach kommen knapp die Hälfte der Paare mit medizintechnischer Hilfe nach mehreren Behandlungszyklen zu einem Kind. Dabei gilt: Je älter die Frau ist, umso schwieriger ist es, mit Hilfe der Invitro-Fertilisation (IVF) schwanger zu werden. Bei 40-jährigen Frauen liegt die Chance bei etwa zehn Prozent. Diese geringe Erfolgsquote schreckt allerdings viele Frauen nicht: Von 1999 bis 2003 hat sich die Zahl der Behandlungen fast verdoppelt! (Laut IVF-Register 2003: 105.854 Zyklen) Im vergangenen Jahr sind die IVF-Behandlungen allerdings stark zurückgegangen. Der Grund: Die Behandlungskosten werden nur noch zur Hälfte von den Kassen übernommen.

Ich möchte an dieser Stelle die Geschichte von Ute erzählen, weil sie typisch für unsere „modernen“ Lebensläufe ist. Ich habe Ute vor kurzem im Rahmen meiner Recherchen für einen Artikel kennen gelernt. Ute ist 40, hat für das Lehramt studiert, wo sie dann keine Stelle fand. Sie machte eine Umschulung zur Krankenschwester. Sie sagt von sich, sie packe ihr Leben an. Sie will auf eigenen Füßen stehen, d.h. vor allem auch finanziell unabhängig sein. Als sehr junge Frau hatte sie mehrere Schwangerschaftsabbrüche, danach hat sie konsequent verhütet. Mit 32 lernte sie ihren jetzigen Mann kennen. Damals waren beide dabei, sich beruflich neu zu orientieren bzw. zu etablieren. Sie kauften ein Haus und nach einigen Jahren war das Nest so weit gerichtet, dass das Paar zu einer Familie werden wollte. Ute setzte die Pille ab. Doch der Nachwuchs blieb aus. Innerhalb weniger Monate wurde aus der gewollten Kinderlosigkeit eine ungewollte. Ute suchte nach etwa einem Jahr Hilfe bei einem Reproduktionsmediziner. Sie fühlte sich bis dahin noch so jung. Plötzlich sollte sie schon in den Wechseljahren und ihre Eizellen verschrumpelt sein, obwohl sie selbst noch so jugendlich aussieht? Ute ignorierte bis dahin völlig, dass ihre Fruchtbarkeitsuhr anders tickt, und

hofft nun, dass sie ihre „Biologie“ technisch austricksen kann.

Ute sagt: „Ich muss einen Weg immer zu Ende gehen. Ich will meinem Körper ein Kind mit Hilfe der Medizin abtrotzen.“ Dafür bietet die Reproduktionsmedizin ungewollt Kinderlosen immer ausgefeiltere Methoden an. Funktioniert die Hormonstimulation nicht, dann gibt es noch die Chance mit IVF oder mit ICSI, eine Methode, bei der der Samen direkt in die Eizelle injiziert wird. Klappt es dann auch nicht, dann richtet sich die Hoffnung auf eine gute Eizelle – egal woher.

In Internetforen dokumentieren Frauen den Kampf mit ihrem Körper, der nicht schwanger werden will. Es ist ein Kampf, der oft über viele Jahre geht, dem die eigene Gesundheit geopfert wird und der Frauen in einen Strudel von Hoffnung und Enttäuschung mitreißt. Manche Frauen hoffen, ihre eigenen Chancen auf ein Kind durch Eizellen einer anderen Frau um einige Prozentpunkte zu verbessern. Unter welchen Bedingungen die weiblichen Keimzellen produziert und auf den „Markt“ geworfen werden – das ist allerdings oft ein blinder Fleck in den Diskussionen der Forumsmitglieder. Frauen instrumentalisieren also nicht nur ihren eigenen Körper, sondern auch den anderer Frauen. An dieser Stelle sei angemerkt, dass Eizellen nur mit Unannehmlichkeiten, verbunden mit gesundheitlichen Risiken für die Spenderin, zu gewinnen sind. (Daran schließt sich natürlich auch eine Vielzahl ethischer Fragen an: Soll überhaupt die Eizellspende zugelassen sein? Unter welchen Bedingungen sollen Spenderinnen gesucht werden, die selbst nicht von dem Eingriff profitieren?) In Deutschland ist die Eizellspende verboten. Ute ist deshalb vor einigen Monaten gemeinsam mit ihrem Mann nach Polen gefahren und hat sich drei Eizellen einer fremden Frau einsetzen lassen. Für 5.500 Euro. Schätzungen zufolge fahren mehrere Tausend Frauen jährlich deshalb ins Ausland. Ute beschreibt, wie sie mit ihrem Körper kämpft, wie ihr Körper plötzlich zum Feind wird, weil er trotz ausgefeilter Technik nicht funktioniert. Was für eine Kränkung! Heilt sie die Reproduktionsmedizin? Ute ist jetzt im vierten Monat mit Zwillingen schwanger. Hat sie Phantasien über die Spenderin?

Sie sagt, sie träumt manchmal, sie würde ein hässliches Kind gebären mit roten Haaren.

Losgelöst vom hier und jetzt

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass ich Utes Weg nachvollziehen kann und dass ich sie nicht verurteile. Trotzdem zeigt ihr Beispiel eine erschreckende Tendenz: Diese Loslösung vom Körperlichen beinhaltet auch eine Löslösung von der eigenen Geschichte (und der eigenen Herkunft). Kinder sind im Baukastensystem herzustellen, und Frauen greifen auch auf fremde Erbgutgeberinnen zurück, um ihren Körper zu besiegen. Frauen wollen den Vorgaben ihres Körpers, d.h. dem weiblich-zyklischem Lebenslauf nicht länger „unterliegen“. Sie orientieren sich an gesellschaftlichen Vorgaben, die die männliche Normalbiografie zum Maßstab nimmt, das heißt: zwischen 25 und 35 Jahren Ausbildung und Berufstätigkeit, sich finanziell einrichten und danach ans Kinderkriegen denken - in einer Phase, in der es körperlich einfach schwieriger wird, schwanger zu werden. Zwischen 35 und 44 wünschen sich immerhin 74 Prozent der kinderlosen Frauen noch ein Kind, nur 20 Prozent sind mit ihrer Kinderlosigkeit in diesem Alter zufrieden (Stöbel-Richter, 2004). Viele erhoffen sich dann Hilfe von der Reproduktionsmedizin, anstatt sozialpolitische Lösungen zu fordern.

„Fragt die Frauen!“ – war vor kurzem ein Gutachten zur nachhaltigen Familienpolitik überschrieben. Aber leider halten es viele Frauen für selbstverständlich, ihren Körper zu instrumentalisieren, um sich in eine Gesellschaft einzupassen, die es nicht schafft, kreative soziale Lösungen für die Vereinbarkeit von Kindern und Familie zu entwickeln.

Manche, wie z.B. der Biochemiker Carl Djerrassi, einer der Väter der Verhütungspille propagieren, das Kinderkriegen völlig vom reproduktiven Zyklus abzukoppeln. Erst dann sind Frauen gleichberechtigt! Seine Idee sind Eizell-Konten, die sich junge Frauen anlegen, um dann mit 45 oder 50 Jahren darauf zurückzugreifen. Die Voraussetzung ist das Lagern von Eizellen, allerdings gibt es da

noch einige technische Probleme. In Kanada wurde im Frühjahr 2005 ein Verfahren gefeiert, in dem die Eizellen schockgefroren werden. Die kanadische Tageszeitung *Vancouver Sun* zitierte die Wissenschaftler, die durch ihre „Erfindung“ jetzt das Zeitalter wahrer Gleichberechtigung eingeläutet sahen.

Schwangerschaft und Geburt: keine gute Hoffnung mehr!

Eine Geburt, was für eine Barbarei, die uns in die Niederungen unseres Körpers sinken lässt. Ist es nicht besser, die Geburt von vornherein per Kaiserschnitt zu planen? Immer öfter tauchen in der Fach- und Laienpresse Artikel auf, die die Ängste vor den seelischen und körperlichen Folgen einer vaginalen Geburt in den Mittelpunkt stellen. Es gibt einige – auch deutsche – Gynäkologen, die Schmerzen und Ängste betonen und die Schnittentbindung als eine mögliche Lösung anbieten. Gleichzeitig lesen Frauen in der Presse, wie Prominente, z.B. Claudia Schiffer oder Britney Spears, ihre Geburt per Kaiserschnitt planen und damit vielleicht zum Vorbild für eine neue Bewegung werden. Meine Hebammen-Freundin, die nach zehn Jahren anderweitiger Beschäftigung wieder in ihren Beruf zurückgekehrt ist, erzählte mir gerade, dass inzwischen häufiger Frauen anrufen, die einen Termin für einen Kaiserschnitt verabreden wollen, und zwar ohne dass es eine medizinische Indikation dafür gibt. Wenn sie nachfragt, pochen die Schwangeren auf ihr „Recht auf Selbstbestimmung“. Damit ist oft schon das Gespräch abgeblockt und die Hintergründe dieser Wünsche spielen keine Rolle mehr. Dabei zeigen neue Untersuchungen, dass oft Angst und Unsicherheit vor dem Gebären dahinter stehen und völlig falsche Vorstellungen von den Einschränkungen und Risiken einer operativen Geburt.

Neun Monate schwanger sein und dann Gebären – all dies sind Prozesse, die nicht gänzlich geplant werden können. Sie haben diesen Rest von Unkalkulierbarem in sich, der Frauen in ihrem Wunsch nach Selbstbestimmung in Grenzen verweist. Vielleicht erklärt das, warum die Vereinnahmung der

Schwangerschaft durch die Medizin in den letzten 25 Jahren so vollkommen gelungen ist. Gleichzeitig hat dies die Selbstkompetenz der Frauen enorm geschwächt.

Schwangerschaft wurde zu einem Risikozustand erklärt, der permanenter gynäkologischer Kontrolle bedarf. Viele Schwangere hangeln sich mittlerweile von Vorsorge- zu Vorsorge-Termin. Expertinnen kritisieren inzwischen die medizinische „Interventionskaskade“ (Schücking, 2004), in der viele Diagnoseverfahren durchgeführt werden, die jeden wissenschaftlichen Nachweises ihrer Nützlichkeit entbehren. Im Sprechzimmer des Gynäkologen findet eine merkwürdige Entkörperung statt: Schwangere Frauen misstrauen den Zeichen ihres Körpers und vertrauen dafür den Messdaten ihres Gynäkologen.

Dies verunsichert, schwächt das Selbstvertrauen und macht Angst. Wen wundert, dass 74 Prozent (Niedersachsen, 1999) der Schwangerschaften Risikoschwangerschaften sind und dass inzwischen die Kaiserschnittquote bei 25 Prozent liegt. 1993 waren es noch 16,9 Prozent.

Auch wenn Frauen nicht von vornherein einen Kaiserschnitt planen, so trauen sie sich oft keine Geburt mehr zu. 40 Prozent der befragten Frauen wünschen sich die permanente Anwesenheit des Gynäkologen bei der Geburt. Und auch die Bereitschaft zu stillen, hat in den letzten zehn Jahren weiter abgenommen, auf inzwischen 56 Prozent.

Ich finde das sehr schade, weil immer weniger Frauen das Kraftvolle und Einzigartige einer Schwangerschaft und Geburt erleben. Für mich jedenfalls waren dies Lebensereignisse, die ich nicht missen möchte. Sie haben mich gestärkt und meine Sicht auf die Welt verändert.

Familienplanung heißt heute nicht nur zu planen, wann das Kind kommen soll, sondern auch, wie es beschaffen sein soll. In manchen Ländern ist die Geschlechtsbestimmung bereits heute möglich, möglicherweise kann morgen auch auf die genetische Ausstattung

Einfluss genommen werden. Heute schon sucht die vorgeburtliche Diagnostik mit Ultraschall, Fruchtwasseruntersuchung oder Triple-Test nach möglichen Abweichlern im Mutterleib.

Als ich 1984 und 1987 meine Kinder bekommen habe, sprachen Frauen (damals noch ab 35) nur mit Zögern über die Pränatale Diagnostik, heute werden Frauen, die ihr Ungeborenes nicht medizinisch durchchecken lassen, schief angesehen. Die Pränataldiagnostik ist in den letzten 15 Jahren zur neuen Norm geworden, und die Frauen sehen sich verpflichtet, ein gesundes Kind in die Welt zu setzen. Neue Verantwortlichkeiten und gesellschaftliche Schuldzuweisungen sind entstanden.

Dabei bleibt eine PD den Frauen nicht äußerlich. Sie wird an ihrem Körper durchgeführt, und sie sind es letzten Endes, die dann ein Kind, das vielleicht behindert ist, im 4. oder 5. Schwangerschaftsmonat zu Tode gebären müssen. Für viele Frauen ein Trauma, das sich tief in die Biografie eingräbt. Trotzdem entsteht in der Öffentlichkeit das Bild, als wären gesunde Kinder machbar.

Studien zeigen, dass das Wahrnehmen der Diagnostik in der Schwangerschaft nur vordergründig medizinisch begründet ist. Vielmehr nutzen sie Frauen als ein Mittel gegen die Angst, und zwar nicht nur vor einem behinderten Kind, sondern vor einem Kind an sich. Schließlich sind Kinder eines der größten biografischen Risiken für Frauen. Darüber sollten wir öffentlich sprechen und nicht individuell diese Probleme mit Hilfe der Medizin zu lösen versuchen.

Selbstbestimmung als Verkaufsargument

Manchmal denke ich, dass Selbstbestimmung heute die Freiheit der Konsumentin ist, ihren Körper zu instrumentalisieren. Erleben Frauen diese medizinischen Techniken als „Fortschritte“ oder zumindest als janusköpfig? Medizinische Technologien versprechen Selbstbestimmung. Dies ist das Verkaufsargument, das einen Teil des Markterfolges erklärt. Aber sie berauben uns gleichzeitig

auch unserer Autonomie, indem sie von der Medizin abhängig machen. Das heißt, wir müssen die „Selbstbestimmung“ im gesellschaftlichen Kontext betrachten.

Beispiel Reproduktionsmedizin: Frauen würden nicht auf diese technischen Angebote zurückgreifen, wenn das Zeitfenster, das ihnen die Gesellschaft zugesteht, um im Beruf Fuß zu fassen und um Kinder zu bekommen, größer wäre und sich nicht alles auf zehn Jahre verdichtete. Entscheiden sich Frauen für eine Reagenzglasbefruchtung, müssen sie sich in das Management der Fortpflanzungsmediziner einpassen und ihr gesamtes Leben darauf einstellen, ganz abgesehen von den gesundheitlichen Risiken und Strapazen. Ist das die Selbstbestimmung, von der Frauen träumen?

Beispiel: Verhütungspille. Die Pille hat ein neues Zeitalter eingeleitet – zu dessen zentraler Denkfigur die Optimierung des Menschen (auch der Männer) gehört. Ihre Botschaft: Naturvorgänge bedeuten Entfremdung. Das Richtigere, Angesehenere ist das technisch Hergestellte, das Kulturprodukt. Dies führt dazu, dass sich Frauen oft nicht mehr mit ihren leiblichen Gegebenheiten abfinden wollen. Die eigene weibliche Biologie zu manipulieren, verspricht eine bessere Ausgangslage im Kampf mit Männern um den Arbeitsplatz, um eigenes Geld, um gesellschaftlichen Einfluss. Frauen orientieren sich an der männlichen Normalbiografie und wollen alles Zyklische ausblenden. Auf jeden Fall scheint es einfacher zu sein, den Körper in den Griff zu nehmen – als soziale und politische Veränderungen zu initiieren. Frauen verlagern also ihre Anpassungsleistungen in den Körper hinein. Was ist zu tun? Der Natur ihren Lauf lassen? So möchte ich diese Ausführungen nicht verstanden wissen.

Doch würde ich gerne darüber mehr mit jüngeren Frauen ins Gespräch kommen. Ich will erfahren, wie sie medizinischen Technologien wahrnehmen, ob sie ihren Körper wertschätzen und ob die Biologie überhaupt noch eine Kategorie ist, über die sie nachdenken.

Persönlich plädiere ich dafür, Visionen eines guten Lebens zu entwickeln. Und zwar Visionen für das persönlichen Leben: Was tut uns gut, woran orientieren wir uns, wie wollen wir leben?

Darüber hinaus müssen Frauen auch die Konsequenzen des eigenen Handelns für andere mitreflektieren: Zum Beispiel die Frage, wie die Art des Umgangs mit Schwangerschaft und Geburt die Kinder, Partner, unser gesellschaftliches Zusammenleben beeinflusst. Führt die Norm des fötalen Durchcheckens zur Entsolidarisierung? Macht es unsere Gesellschaft kälter?

Wir sind aber auch gefordert, und da spreche ich gerade Sie, als politisch aktive Frauen, an, politische Grenzen zu ziehen. Meines Erachtens sind wir inzwischen an einem Punkt angekommen, wo der Zugewinn an Freiheit umzuschlagen droht in neue gesellschaftlich vermittelte Normen und neue Zwänge. Ich plädiere dafür, soziale und politische Lösungen anzustreben, statt medizinisch-technischer und nicht so zu tun, als hätten wir alles im Griff. Um mit dem Titel der

Veranstaltung zu schließen: Alles unter Kontrolle? Ich sage Nein!

Dr. Eva Schindele ist Journalistin mit den Schwerpunkten Medizin, Ethik und Frauengesundheit.

Literaturhinweise:

Braun, Bernard: Geburtenentwicklung und Geburtshilfe in Deutschland, herausgegeben von der GEK – Gmünder Eratzkasse, 2005

Duden, Barbara: ie Einstellung des eigenen Zustands: „die Pille“, in: Duden, Die Gene im Kopf – der Fötus im Bauch, Historisches zum Frauenkörper, Hannover 2002,

Schindele, Eva, Koppermann Silke: uch eine Botschaft der Pille – Selbstbestimmung durch Medikalisation unseres Körpers? In: Repokult (Hg.) Reproduktionsmedizin und Gentechnik – Frauen zwischen Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Normierung, Dokumentation der Fachtagung 15.-17. November 2001, siehe: www.repokult.de

Schindele, Eva: Weibliche Lebensentwürfe im Kontext von Fortpflanzungsmedizin und Pränataldiagnostik. In: Graumann, Sigrid (Hg.): Die Genkontroverse, 2001

Schücking, Beate, Schwarz, C; Adieu, normale Geburt? Ergebnisse eines Forschungsprojektes. In: Dr. med. Mabuse, Nr. 148, 2004

Schwerpunkt: Fundamentalismen und Geschlechterordnung

Christlicher Fundamentalismus

Elfriede Harth

Fundamentalismus ist eine extremistische Bewegung der Ablehnung der Moderne, jedoch gleichzeitig ein Kind der Moderne. Christlicher, und spezifisch katholischer Fundamentalismus ist eine patriarchale Auslegung christlicher Glaubenssätze und Werte. Die Führer fundamentalistischer Bewegungen behaupten, den wahren, rechten Glauben und das wahre, rechte Verhalten zu bewahren und die religiöse Kultur, die Traditionen und die überlieferten Lebensformen vor Zersetzung durch die Säkularisierung zu schützen. In Wirklichkeit jedoch entwickeln sie neue Kontrollmethoden, neue Ideologien und machen sich die neuesten Technologien und Organisationsstrukturen zunutzen, um ihre Glaubenssätze in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Fundamentalismus ist nicht ein spirituelles, sondern ein politisches Phänomen.

Was Fundamentalismus grundsätzlich charakterisiert, sind seine zutiefst patriarchalen und radikal frauenfeindlichen Einstellungen. Alles, was mit Geschlechterverhältnissen zusammenhängt, mit Sexualität, Familie und mit menschlicher Fortpflanzung, hat für FundamentalistInnen größte Priorität und wird eingesetzt als Mittel, um Frauen zu kontrollieren und zu unterdrücken. Christliche fundamentalistische Organisationen versuchen, die Gebärfähigkeit von Frauen zu kontrollieren. Das Bedürfnis, das zu tun, entspringt den Strukturen männlicher Herrschaft, die alle bekannten großen Religionen charakterisiert, natürlich auch das Christentum und den Katholizismus.

Christliche FundamentalistInnen sind allen politischen Institutionen pluralistischer Demokratie gegenüber feindselig gesinnt und sehen diese als durch das Böse korrumpiert. Sie sind AnhängerInnen von Verschwörungs-

theorien, in der das Böse sich gegen Gott und Christentum verschworen hat. Sie sind überzeugt davon, dass ihr Auftrag Gottes Auftrag ist, die Welt vor diesem Bösen zu retten. Besonders anfällig für Fundamentalismus sind Menschen und Gruppen, die vor den Widersprüchen der Moderne Angst haben und sich in ihrer Existenz sehr bedroht fühlen. Sie suchen nach einfachen Erklärungsmustern, um mit der psychischen Belastung fertig zu werden, die die Komplexität gerade des modernen Lebens mit sich bringt.

Christlicher Fundamentalismus ist in den letzten dreißig bis vierzig Jahren besonders in der Form amerikanischer Evangelikaler sichtbar geworden. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch im Katholizismus fundamentalistische Züge gibt, und sich Gruppen herausgebildet haben, die diese fundamentalistischen Tendenzen tragen, und die bis in die höchsten Strukturen hinein wirken.

Fundamentalismus in der römisch-katholischen Kirche

So hat sich z.B. seit einiger Zeit die Leitung der römisch-katholischen Kirche neue Strategien zugelegt, um traditionelle Familienrollen zu erhalten – insbesondere, was Frau und Mutterschaft anbelangt – und sie versucht, ihre Position in Sachen Reproduktionsgesundheit und -rechte auch NichtkatholikInnen aufzuzwingen. Auf der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung 1994 verbündete sich der Heilige Stuhl (der dank der Vatikanstadt ein Abstimmungsprivileg bei UN-Konferenzen genießt) mit den VertreterInnen der reaktionärsten Regierungen der Welt und anderen fundamentalistischen Organisationen, um das Selbstbestimmungs-

recht der Frauen zu untergraben. Mit der Behauptung, der Konferenzentwurf würde Promiskuität, Abtreibung und Homosexualität fördern und über die ärmeren Länder Geburtenkontrollen verhängen, bildete der Heilige Stuhl mit Islamischen Staaten wie Iran und Libyen, die die Positionen des Heiligen Stuhls teilten, eine Art „Ökumene der internationalen Frauenfeindlichkeit“, von einigen als „Unheilige Allianz“ bezeichnet. Bei der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 lehnte der Heilige Stuhl das gesamte Kapitel über Frauen und Gesundheit der Aktionsplattform unter eben diesen Vorwänden mit einem offiziellen Vorbehalt ab (Kapitel 4, Abschnitt C).⁷

Fünf Jahre nach der Kairokonferenz, auf der Bilanzkonferenz Kairo+5, verbündete sich der Vatikan einmal mehr mit anderen ultrakonservativen Regierungen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, nämlich mit Argentinien, Guatemala, Libyen und Sudan. Der Vatikan gab dabei eine Erklärung ab, die, wie zu erwarten, die modernen Verhütungsmethoden, aber auch den Gebrauch von Kondomen im Kampf gegen die Ausbreitung von HIV/AIDS verurteilte.

Während der Kairo+5-Konferenz trat Argentiniens Präsident Menem – gegen den ein Richter einen Haftbefehl wegen Korruption ausgestellt hatte – der Anti-Schwangerschaftsabbruch-Kampagne des Vatikans bei und dekretierte den „Tag des ungeborenen Kindes“, das am 25. März gefeiert werden sollte, also am Fest Mariä Verkündigung (neun Monate vor Weihnachten). Einige sprachen hier von der „berechnenden Allianz“, die die Widersprüche der argentinischen Politik aufzeigte: Zwar werde die Mutterschaft als abstrakter positiver Wert unterstützt, es wurde jedoch nichts unternommen, um die Gesundheit von Schwangeren, von Neugeborenen und Kindern zu schützen, die in bitterer Armut leben. Gleichzeitig zeigte die Allianz die Bereitschaft des Vatikans, Politike-

rinnen zu gestatten, sich der katholischen Religion für ihre politischen Zwecke zu bedienen.

Im Jahr darauf stand Peking+5, die Nachfolgekonzferenz zur 4. Weltfrauenkonferenz, auf der Tagesordnung. Die Machenschaften der Delegation des Heiligen Stuhls kommentierend, gab der damalige Generalsekretär von amnesty international dem Frust der Zivilgesellschaft und der Mehrheit der Regierungsdelegationen Ausdruck und sprach wieder von einer „unheilige Allianz“ – bestehend aus den Heiligen Stuhl, Iran, Algerien, Nicaragua, Syrien, Libyen, Marokko und Pakistan – die es darauf abgesehen hatte, die Rechte der Frauen zu boykottieren und jeglichen Konsens zur Förderung der Rechte der Frauen zu untergraben.

Neben diesen Bemühungen, das Selbstbestimmungsrecht von Frauen auf internationaler Ebene zu beschneiden, verfügt die katholische Kirche über bedeutenden Einfluss auf nationaler Ebene durch die Tätigkeit ihrer Bischöfe und Priester. In Ländern mit vorwiegend katholischer Bevölkerung, wie Mexiko oder Polen, zwingt die Kirche Frauen ihre Position auf mittels erfolgreicher Lobbyarbeit für höchst restriktive Abtreibungsregelungen und eingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln.

Eine Folge der Überzeugungsmacht der Kirchenleitung ist die Gefährdung des Zugangs zu Dienstleistungen auf dem Gebiet der Reproduktionsgesundheit nicht nur katholischer, sondern aller Frauen. Das Selbstbestimmungsrecht von nicht-katholischen Frauen weltweit wird gefährdet, weil der Heilige Stuhl unentwegt Druck ausübt sowohl auf Regierungsdelegationen bei UN-Konferenzen als auch auf nationale und örtliche Regierungen und Behörden, um Dienstleistungen auf dem Gebiet der Fortpflanzungsgesundheit einzuschränken, wenn nicht gar völlig abzuschaffen.

⁷ Mary Ann Glendon, „Reservations and Statements of Interpretation of the Holy See“ (statement by the head of the delegation of the Holy See at the concluding session of the fourth World Conference on women, Beijing, P.R. of China, September 15, 1995).

Selbstbestimmungsrecht und Geschlechterordnung

Was alle Fundamentalismen teilen und was sie wesentlich bestimmt, ist ihr radikaler Widerstand gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Sie versuchen, die Gebärfähigkeit und die Sexualität von Frauen zu kontrollieren. Das ist besonders problematisch für Frauen, weil Politiker und Regierungsbeamte sehr häufig Männer sind, die innerhalb patriarchaler Religionen sozialisiert wurden. Wenn nun die AnführerInnen fundamentalistischer Organisationen sich mit politischen Mitteln dafür einsetzen, dass Frauen der Zugang zu Dienstleistungen im Bereich der Fortpflanzungsmedizin versperrt wird, dann neigen die PolitikerInnen und Regierungsbeamte dazu, die fundamentalistische Variante ihrer religiösen Tradition zu akzeptieren. Diese Variante ist ihnen vertraut, sie haben z.B. selten von feministischer Theologie gehört, und falls sie Männer sind – was ja meistens der Fall ist – schützt diese Variante ihre männlichen Privilegien.

Fundamentalistische Bewegungen und Organisationen versuchen, die Menschenrechte den Gruppeninteressen zu unterstellen. Nicht das Individuum ist das höchste Gut, das durch die Gesetzgebung geschützt werden soll, sondern die Gruppe. Menschenwürde, der höchste Wert des Christentums und auch der modernen Demokratie, wird anderen, kollektiven Werten geopfert, z.B. dem biologischen Überleben einer bestimmten, klar definierten Gruppe und dem Weiterbestehen einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung. Frauen wird ihre Autonomie verweigert und der Sinn ihres Daseins darauf reduziert, Trägerinnen der Gruppenidentität zu sein. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, für das biologische Weiterbestehen der patriarchal organisierten „auserwählten“ Gruppe zu sorgen, konkret durch Gebären von Nachkommen für die (männlichen Mitglieder der) Gruppe. Hier liegt auch die Wurzel für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von Fundamentalismen, ihre Angst vor dem „Anderen“, vor „Überfremdung“, vor der Verwässerung der biologischen Identität. Dieser Rassismus und diese Fremdenfeindlichkeit werden z.B. sichtbar in

ihren Einstellungen zur Immigration. Rocco Buttiglione, italienischer Kandidat für das Amt des Europakommissars für Justiz und Menschenrechte, und ein Vertreter der Neo-Konservativen und der Theo-Konservativen, wurde im vergangenen Oktober auch wegen seiner fundamentalistischen politischen Positionen in Sachen Einwanderung vom Europaparlament abgelehnt. Es war keine Entscheidung gegen den Katholizismus, sondern gegen Fundamentalismus, der im katholischen Gewand daher kommt.

Engagement und Bündnismöglichkeiten gegen Fundamentalismen

Die Auseinandersetzung mit religiösen Organisationen verläuft nicht ohne ein Aufwühlen widersprüchlicher Gefühle. Niemand will als NestbeschmutzerIn der eigenen Tradition erscheinen oder respektlos über andere Religionsgemeinschaften urteilen. Und es ist grundlegend wichtig, sich für allgemeine Religionsfreiheit einzusetzen. Artikel 18 der Allgemeinen UN-Menschenrechtserklärung besagt, dass jeder Mensch das Recht auf Gedanken-, Religions- und Gewissensfreiheit hat. Wie also geht man auf angemessene Weise mit religiös-fundamentalistischen Organisationen um?

Zunächst gilt festzuhalten, dass keine Religion monolithisch ist. Jede Religion ist in sich selbst ein plurales, vielfältiges Phänomen. In jeder Religion gibt es befreiende und unterdrückende Tendenzen, gibt es frauenfeindliche patriarchale und frauengerechte Strömungen. Warum sollten Staaten und Regierungen fundamentalistische Tendenzen einer Religion unterstützen und fördern und ihnen den Vorzug geben vor den befreienden, frauengerechten? Warum sollen z.B. in der katholischen Kirche nur Bischöfe als religiöse Autorität in der Öffentlichkeit anerkannt werden, wenn Frauen aufgrund der existierenden frauenfeindlichen Zulassungsbedingungen zum Amt niemals Bischöfin werden können? Wenn wir an das Selbstbestimmungsrecht von Frauen denken, so wird klar, dass es dem Vatikan nicht um Theologie geht, sondern um Macht und Kontrolle.

Der beste Schutz gegen Fundamentalismus ist eine konsequente Demokratie und der Respekt des Allgemeinwohles. Demokratie baut auf dem Wert des Individuums auf. Der einzelne Mensch ist das kostbarste Rechtsgut, das es durch das Recht zu schützen gilt. Dabei sind alle Menschen frei und vor dem Gesetz gleich, ohne Ansehen des Geschlechts, der Herkunft, der Religionszugehörigkeit, der sexuellen Orientierung, der Staatsangehörigkeit, etc. Natürlich hat diese Freiheit auch Grenzen, nämlich die Würde und das Recht des anderen. Die gilt es zu respektieren und das geschieht durch Solidarität. Demokratie ist nur möglich, wenn es auch gleichzeitig Solidarität gibt, weil wir Menschen große Teile unseres Lebens abhängig sind von anderen, nämlich zum Beispiel als Kinder, als Alte, als Kranke. Wo Solidarität als Menschenrecht anerkannt und geschlechtergerecht gesellschaftlich institutionalisiert und organisiert, und die individuelle Würde als Rechtsgut geschützt wird, entzieht man dem Fundamentalismus den Boden. Und wo umgekehrt Fundamentalismus gedeiht, ist es höchste Zeit, dass die betreffende Gesellschaft nachprüft, wo diese Balance zwischen Freiheit, Gleichheit und Solidarität aus dem Gleichgewicht gekommen ist.

Alle Menschen und Organisationen, ob Kirchen, Parteien, Nichtregierungsorganisationen, die sich dafür einsetzen, dass Demokratie und Menschenrechte verwirklicht werden, angefangen bei den Rechten der Frauen, arbeiten gegen den Fundamentalismus. Lackmusestest für Bündnisfähigkeit einer Person oder Organisation im Kampf gegen den Fundamentalismus ist ihre Einstellung zu Geschlechtergerechtigkeit und zu Frauenrechten.

Zum Abschluss einige Kriterien, die politischen EntscheidungsträgerInnen helfen, auf institutioneller Ebene Fundamentalismus abzuwehren.⁸

Bei der Bewertung politischer Positionen, die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen betreffen, gleich, welche Gruppe sie vorbringt, sollten folgende Fragen beantwortet werden:

1. In wessen Namen behauptet diese Gruppe zu sprechen? Sind die, in deren Namen diese Gruppe spricht, einverstanden mit der vorgebrachten Position?
2. Entsprechen die vorgelegten Fakten der Wirklichkeit?
3. Respektieren die Vorschläge der Gruppe die Rechte aller in der Gesellschaft und dienen sie dem Allgemeinwohl? Respektieren die Vorschläge andere Religionen und Weltanschauungen, Pluralismus und Toleranz?
4. Sind die Vorschläge operativ?

Darüber hinaus sollten als Mitglieder von Regierungsdelegationen und NGOs, die z.B. in der UNO tätig werden, Personen ernannt werden, die ein klares Verständnis davon haben, wie Fundamentalismus das Selbstbestimmungsrecht von Frauen gefährdet. Fundamentalistische Regime, die Frauen unterdrücken, sollten streng verurteilt werden.

Elfriede Harth ist europäische Vertreterin von Catholics for a Free Choice.

⁸ Eine ausführliche Erläuterung dieser Kriterien in Frances Kissling, *The Vatican and Politics of Reproductive Health* (Catholics for a Free Choice, 1997).

Jüdischer Fundamentalismus

June Jacobs

Merkmale und AnhängerInnen

Jüdische FundamentalistInnen halten die Bibel in der Interpretation der rabbinischen Tradition für unfehlbar. Es wird also jegliches Konzept einer historischen Entwicklung abgelehnt. So wie jüdische FundamentalistInnen die rabbinische Tradition verstehen, darf es in der Bibel keine Anerkennung eines menschlichen Elements geben. Die Institutionen und Führer dieser Denkrichtung sind Oberrabbiner, Dayanim-Rabbiner (Religionsrichter), die Beth Din (jüdische Religionsgerichte) und die weltweiten orthodoxen Jeschiwot (jüdische Einrichtungen höherer Bildung), in denen (nur Männer) in der rabbinischen Lehre unterrichtet werden. Es ist allerdings wichtig zu wissen, dass es, anders als im Christentum und im Islam, im jüdischen religiösen Leben keine erkennbare organisierte Gruppe gibt, die bewusst die fundamentalistische Position einnimmt, um sich vom Rest der Glaubensgemeinschaft abzugrenzen.

Bei den AnhängerInnen muss zwischen der jüdischen Diaspora und dem Staat Israel unterschieden werden. In Israel überschneiden sich religiöser Fundamentalismus und Politik; es gibt religiöse politische Parteien und einige extreme Religionsführer, deren Lehren tragische Folgen haben können, wie die Ermordung von Premierminister Jitzak Rabin durch einen jüdischen religiösen Fanatiker vor zehn Jahren zeigt. Üblicherweise sind allerdings die AnhängerInnen der orthodoxen und ultra-orthodoxen Rabbiner und Lehrer deren SchülerInnen und Gemeinden, die wie eh und je ihrer Linie folgen und an ihre Lehren glauben. Unter gewissen extremen Bedingungen, wie beim jüngsten Rückzug aus den Siedlungen in Gaza, kann das Verhalten einer Minderheit hysterische und gewaltsame Formen annehmen.

Die 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels sind mehrheitlich säkular, nur eine Minderheit ist religiös, es besteht jedoch ein allgemeines Bedürfnis, bestimmte grundlegende jüdische Prinzipien und Praktiken aufrecht zu erhalten, die für das Fortbestehen des jüdischen Staatscharakters grundlegend

sind. Die offizielle Sprache ist hebräisch, die öffentlichen Feiertage richten sich nach dem jüdischen Kalender, und am Sabbat verkehren keine öffentlichen Verkehrsmittel. Es gibt also keine Trennung von Religion und Staat wie in den meisten anderen Demokratien.

Um sich ein Maximum an Einfluss auf die Gesetzgebung zu sichern, haben verschiedene Strömungen der jüdischen Religionsgemeinschaft in Israel politische Parteien gegründet, die im Lauf der Zeit ihre Position in der Knesset (dem israelischen Parlament) festigen konnten. Die religiösen Parteien verfügen heute über genügend Macht, um zu gewährleisten, dass, egal welche Partei im proportionalen Vertretungssystem bei Wahlen die Mehrheit erringt, auf jeden Fall einige ihrer Forderungen übernommen werden müssen, um sich bei der Bildung einer Koalitionsregierung die Unterstützung der Religiösen zu sichern. Diese Forderungen sind sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur. Das ultimative Ziel der Extremere unter den Religiösen ist die Etablierung einer Theokratie.

Die Religionsgerichte haben das alleinige Sagen zu Personalstandsfragen. Eheschließungen etwa müssen orthodox erfolgen und werden vom Innenministerium, das immer in der Hand von VertreterInnen der einen oder der anderen religiösen Partei ist, anerkannt. Während die Knesset Gesetze zu einigen Aspekten des religiösen Lebens und der religiösen Praxis erlassen kann, wie etwa die Arbeitszeitregelung für den Sabbat, liegt das Gros der gesetzgeberischen Kompetenz in den Händen des Oberrabbinats, des Oberrabbinatsrates, der lokalen und regionalen Religionsräte und -gerichte, deren Gehalt vom Staat bezahlt wird und deren sämtliche Mitglieder orthodoxe Männer sind.

Selbstbestimmungsrecht und Geschlechterordnung

Diese spezifische Orthodoxie hat in der jüdischen Diaspora und in Israel unterschiedliche, aber nicht grundsätzlich andere Auswir-

kungen. Sehr orthodoxe jüdische Frauen bedecken ihren Kopf nach der Eheschließung mit einem Tuch, einem Hut oder dem Scheitel (Perücke) und kleiden sich stets bescheiden, mit langen Ärmeln und Röcken. Und sie gebären voller Stolz viele Kinder. In Israel haben einige fundamentalistische Rabbiner die Verwendung von Verhütungsmitteln und den Schwangerschaftsabbruch auch dann verboten, wenn es sich um eine medizinische Indikation handelt und die Gesundheit oder sogar das Leben der werdenden Mutter auf dem Spiel steht. Dies widerspricht der Halacha (dem jüdischen Gesetz). Frauen in der orthodoxen Gemeinschaft haben immer gearbeitet, um ihr Einkommen, ihre Waren und ihre Fürsorge der Familie, dem Heim und dem Ehemann zur Verfügung zu stellen, damit dieser seine Tage mit dem Studium verbringen kann.

In den weniger radikalen orthodoxen Gemeinschaften sitzen die Frauen in der Synagoge von den Männern getrennt, weil man glaubt, dass der Anblick und sogar die Stimme einer Frau die Männer in der Gemeinde zu sehr ablenken würden. Bis vor kurzem durften Frauen in diesen Gemeinschaften nicht bei den Synagogausschüssen dabei sein, obwohl diese keinen Teil des religiösen Ritus bilden. Natürlich bedeutet das alles nicht, dass die Frauen hinter den Kulissen nicht einflussreich und dynamisch waren und sind. Fragen der Heirat, der Scheidung und des Übertritts sind in der jüdischen Welt problembeladen und manchmal sehr schmerzhaft. In Israel sind wie bereits erwähnt nur orthodoxe Eheschließungen zwischen einem halachischen Juden und einer halachischen Jüdin zugelassen, was eine Menge von Problemen nach sich ziehen kann. Darunter: Wenn ein Teil des Paares ohne jüdische Mutter ist, eine geschiedene Frau, einen Mann heiraten will, der vom Priesterstamm der Cohens abstammt, oder ein Jude/eine Jüdin einer Nichtjüdin/einen Nichtjuden heiraten will. In der Diaspora begnügen sich immer mehr solcher Menschen mit einer standesamtlichen Ehe. Scheidungen können überall in der jüdischen orthodoxen Welt zum Problem werden. Abgesehen von einer zivilen Scheidung außer-

halb Israels ist eine jüdische Scheidung für orthodoxe Juden von grundlegender Bedeutung. Sie bewirkt, dass der Ehemann der Ehefrau eine Scheidungsurkunde (*get*) überreicht, die diese annehmen muss. In der Mehrheit der Fälle läuft es auch so ab, es gibt aber sowohl in Israel als auch in der ganzen Welt genügend Fälle von großer Trauer. Verweigert der Mann seiner Frau das *get*, dann ist diese eine *aguna*, eine „Frau in Ketten“. Sie kann nicht mehr heiraten, und bekommt sie von einem anderen Mann ein Kind, wird dieses arme unschuldige Wesen *mamzer* (Bastard) genannt und ist „bis ins zehnte Glied“ verflucht. Oder aber die Weigerung des Ehemanns dauert so lange, bis die Frau ein Alter erreicht, in dem sie keine Kinder mehr bekommen kann. Leider führt diese ganze Situation zu Erpressungsversuchen und viel Leid. Es stimmt zwar, dass auch die Frau die Annahme des *get* verweigern kann, was für den Mann gewiss unerfreulich ist, hat er jedoch mit einer anderen Frau ein Kind, so ist dieses Kind kein *mamzer*, und der Mann kann mit Hilfe einiger Unterschriften von Rabbinern wieder heiraten.

Aktivismus gegen fundamentalistische Ansichten und Bewegungen

Seit der Aufklärung erleben wir ein Anwachsen liberaler, nicht orthodoxer Bewegungen ebenso wie eine Stärkung der jüdischen und der nichtjüdischen liberalen und feministischen Frauenbewegung. Die wachsende Beliebtheit von konservativen, Reform- und liberalen jüdischen Religionsgemeinschaften und Synagogen hat den orthodoxen Zugriff auf die jüdische Gemeinschaft bereits geschwächt, und so wird es auch in Zukunft sein. Diese Bewegungen gibt es auch in Israel, wo sie sich immer größerer Mitgliederzahlen und Popularität erfreuen, auch wenn sie offiziell nicht anerkannt sind. In der Diaspora sind sie in der Mehrheit, insbesondere in den Vereinigten Staaten.

Von besonderer Bedeutung sind die enormen Fortschritte, welche die jüdische Frauenforschung im vergangenen Jahrhundert gemacht hat, nachdem Lernen und Wissen Jahrhunderte lang das Monopol jüdischer

Männer war. Jetzt können Frauen über die Nuancen und Interpretationen des jüdischen Gesetzes mitdiskutieren und zum Beispiel halachische Lösungen für die Probleme der Scheidung finden. Es gibt nun in der Reformbewegung und in den liberalen Gemeinden viele Rabbinerinnen, die diesen Teil der jüdischen Welt maßgeblich verändern. Auf diese Entwicklung reagieren die Ultraorthodoxen freilich mit noch größerer Radikalität. Doch mit der Zeit und mit einem hoffentlich wachsenden Verständnis mag sich eine Anpassung hin zu einer toleranteren jüdischen Welt vollziehen, in der die aufrichtigen, wenn auch unterschiedlichen Glaubenswelten eines jeden Menschen Anerkennung finden. Wenn

dieser glückliche Tag eintritt, dann wird, glaube ich, auch der Messias kommen.

June Jacobs ist Vertreterin des International Council of Jewish Women bei der Europäischen Frauenlobby.

Übersetzung aus dem Englischen: Erica Fischer

Literaturhinweise

Rabbinerin Dr. Louis Jacobs: The Jewish Religion: A Companion. Oxford University Press, 1995.

Prof. Alice Shalvi: Religious Fundamentalism and Social Change in the Jewish State, in: Gerrie Ter Haar, James Busutt Hrsg.): The Freedom to do God's Will. Routledge Verlag, 2002.

Ethnischer Fundamentalismus in Serbien

Staša Zajović

Nach Titos Tod 1980 und insbesondere gegen Ende der 1980er Jahre befand sich die Sozialistische Bundesrepublik Jugoslawien in einer schwerwiegenden politischen und sozioökonomischen Krise. Die regierende Elite, die Liga der Kommunisten, war dabei, die Legitimation für ihre Autorität einzubüßen. Die kommunistische Ideologie war am Zerbrechen, und ihre VertreterInnen entdeckten eine neue Legitimation in den angeblich gefährdeten nationalen Interessen. Diese Argumentationslinie diente ausschließlich dem Machterhalt, wobei Serbien die Avantgarde bildete, nicht nur weil die Serben die größte Nationalität in Ex-Jugoslawien stellten, sondern auch weil Serbien über die größte militärische Streitmacht verfügte. Serbien ist der Staat, der die größte Verantwortung für den Zusammenbruch Jugoslawiens trägt, der Staat, der mehrfach Angriffskriege durchführte (gegen Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo). Die Interessen der „Nation und des Vaterlands“ bildeten nicht nur das Werkzeug, sondern auch den Vorwand für die kriminelle, von Raub, Mord und Todesschwadronen geprägte Politik des serbischen Regimes.

Die Folgen des Krieges in Ex-Jugoslawien waren katastrophal. Mehr als 200.000 Menschen wurden getötet, überwiegend in Bosnien-Herzegowina; in Kroatien liegt die Gesamtzahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen bei 513.000; in Ex-Jugoslawien mussten an die 20 Prozent der Menschen ihren Wohnort wechseln. Der indirekte durch den Krieg verursachte wirtschaftliche Schaden für die gesamte Region wird auf etwa 125 Milliarden Dollar geschätzt.

Die Erfahrung des Krieges in Ex-Jugoslawien hat diverse Aspekte veranschaulicht:

- Ethnische Säuberung ist keine Folge, sondern eines der Hauptziele des Krieges.
- Nationalistische und militaristische Oligarchien, vor allem serbischer, dann kroatischer und anderer Provenienz haben gegen die Zivilbevölkerung Krieg geführt, insbesondere gegen jene, die ethnisch „gemischt“ oder „unrein“ waren.
- De facto wurden ethnisch reine Staaten geschaffen: Die neu gebildeten Staaten in der Region Ex-Jugoslawiens wurden mittels militärischer Operationen und krimineller Machenschaften von „ethnisch Un-

reinen entleert“ und mit Hilfe verschiedener Methoden „ethnischer Manipulation“ mit Mitgliedern der eigenen Nation angefüllt. So hat zum Beispiel Kroatien heute eine Bevölkerung, die zu 91 Prozent aus Kroaten besteht, während es vor dem Krieg etwa 77 Prozent waren; in Serbien wurde die Zahl der ethnischen Minderheiten, die vor dem Krieg ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, drastisch gesenkt.

- In den neu geschaffenen Staaten dominiert die Blut-und-Boden-Ideologie: Bei Wahlen gewinnen regelmäßig die nationalistischen Kräfte; die ethnische Distanz hat sich nach den Kriegen vergrößert; die Opfer von gestern übernehmen die Methoden der VollstreckerInnen und führen ethnische Säuberungen durch (z.B. im Kosovo gegen die nichtalbanische Bevölkerung).
- In den neu geschaffenen Staaten vollzieht sich eine Abkehr vom säkularen Charakter des Staates und eine Klerikalisierung des gesamten sozialen Lebens.
- Es herrscht ein so genannter negativer Frieden: ein Frieden ausschließlich als Abwesenheit von Krieg, ein bewaffneter Frieden (Bosnien-Herzegowina und Kosovo sind internationale Protektorate). Dem gegenwärtigen „Friedenszustand“ folgen ökonomisches Elend, ethnischer Hass und eine Stärkung klerikal-nationalistischer und klerikal-faschistischer Tendenzen.

Merkmale und AnhängerInnen des ethnischen Fundamentalismus

An der Schaffung eines auf ethnischem Fundamentalismus basierenden Staates in Serbien – im Sinne des Missbrauchs von Religion, Ethnizität und kultureller Tradition mit dem Ziel des Machterhalts und der sozialen Kontrolle – haben sich fast alle relevanten Einrichtungen von Staat und Gesellschaft beteiligt. Sie haben mittels permanenter und systematischer Propaganda den politischen, kulturellen und geistigen Raum durch die Schaffung kultureller Leitbilder und Denkmuster mit verheerenden Folgen vergiftet, ein Vorgang, der weiter anhält.

Diese Leitbilder und Denkmuster sehen wie folgt aus:

- Hass gegen die Anderen, vorwiegend gegen Frauen und besonders gegen jene, die sich den vorgeschriebenen patriarchalen Rollen verweigern; kultureller Rassismus und Chauvinismus – Hass gegen alle ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten.
- Dämonisierung und Entmenschlichung der Anderen: „Das sind Leute mit übelriechendem Schweiß; das sind arme Muslime, weil sie Talg essen; während wir, die Serben, einen wunderbaren Geruch haben“ (Zitat des serbisch-orthodoxen Bischofs Atanasije Jeftić).
- Hass gegen die eigenen Leute, die anders denken: Erfahrungsgemäß hassen Nationalisten jene, die zur eigenen Nation gehören und anders denken, noch mehr als die Mitglieder der anderen Nation. Sie gelten als „innere Feinde“.
- Weltweite Verschwörung gegen die serbische Nation: Die Verschwörer und der Gegenstand ihrer Verschwörung ändern sich, die Feinde ändern sich, die Matrix bleibt unverändert: Manchmal sind es ganze Nationen (die kroatische oder die albanische auf regionaler Ebene), manchmal ideologische Systeme: „Wir werden von den Kommunisten, den Neokommunisten, den Kosmopoliten angegriffen - sie sind alle gegen das serbische Volk.“ (Bischof Atanasije Jeftić).
- Antiwestliche Einstellung: Die Abwehr des „Westens“, früher ausschließlich die Abwehr Europas, heute der gesamten westlichen Kultur, insbesondere der USA, ist in den Theorien serbischer Theologen (Olivera Milosavljević) weit verbreitet.
- Die Schuld auf andere schieben und sich selbst zum Opfer stilisieren: die fortwährende Verurteilung anderer und die Selbstwahrnehmung als Opfer, die Perpetuierung des Mythos vom ewigen serbischen Leid („Wir Serben haben uns nur verteidigt“, „Die Serben führen einen gerechten Krieg“ oder „In Den Haag stehen nur Serben vor Gericht“, usw.).

Drei Prozesse erzeugen diese Muster: Zu allererst die Rückkehr zur Tradition mit ihrer

strengen Trennung der Geschlechterrollen. Frauen werden als Mütter und Ehefrauen gesehen, als jene, welche die Reproduktion der Nation sichern und als Wächterinnen von Moral, Keuschheit und nationaler Ehre fungieren. Im Gegensatz dazu gelten Männer als Soldaten und Krieger, als Beschützer des Heims und der kriegerischen Tradition „unseres Volkes“. Unterstützt wird dieser Prozess sowohl durch rückschrittliche, konservative säkulare Kräfte (so genannte Schattenfundamentalisten) als auch durch religiöse fundamentalistische Führer (offene Fundamentalisten). Zweiter Schritt ist die Klerikalisierung des sozialen Lebens, die Entsäkularisierung und die massenhafte Hinwendung zur Religion. Dank des Populismus der 1980er Jahre und später der Kriege, der Krise und der Armut haben die 90er Jahre eine offene Entsäkularisierung und eine Erneuerung religiöser Identifikation gebracht. 1982 bekannten sich 23,8% der Bevölkerung zu einer religiösen Weltanschauung, während es 1993 schon 71,3% waren; 1999 bezeichneten sich 96,7% der Bevölkerung als serbisch-orthodox. Der dritte Schritt bedeutet die Theokratisierung des Staates und damit den Verlust seines säkularen Charakters. Die serbisch-orthodoxe Kirche wird zu einem politischen Faktor und Schiedsrichter, eine Verletzung des grundlegenden Verfassungsprinzips der Trennung von Kirche und Staat.

Institutionen und Führer des ethnischen Fundamentalismus

Obwohl die Aktivitäten der vereinten rückschrittlichen Kräfte – offene und Schattenfundamentalisten – ineinander übergehen, sind die Pfeiler dieser Politik in Serbien klar erkennbar. Als wichtigste Kirche im heutigen Serbien bündelt die serbisch-orthodoxe Kirche (SOK) fast alle Institutionen, Gruppen und PolitikerInnen, die sich vom Anfang an dem Projekt „Großserbien“ verschrieben hatten. Die dominante Tendenz innerhalb der SOK vertritt offen die Entsäkularisierung der Gesellschaft und eine Theokratisierung des Staates. Kritische Theologen warnen, dass innerhalb der SOK die Häresie der Ethnophilie (Gott ist auf Seiten der Serben, auch wenn er kein Serbe ist – die Einheit von Glauben

und ethnischem Patriotismus) zur vorherrschenden Ideologie geworden ist.

Die SOK macht Verbrecher zu Heiligen und Helden: Nicht nur verurteilt die SOK Kriegsverbrechen nicht, sie veranstaltet sogar für jeden, der verdächtigt wird, sich an Kriegsverbrechen beteiligt zu haben, vor seiner Abreise nach Den Haag eine Abschiedszeremonie – in Anwesenheit des Premierministers. Sie stellt auch spezifische Forderungen an die derzeitige Regierung. SOK-Bischof Jovan, ein Staatsbürger Mazedoniens, versuchte, die Unabhängigkeit der mazedonisch-orthodoxen Kirche zu leugnen, wofür er nach mazedonischem Gesetz zu einer Haftstrafe verurteilt wurde. Anstatt den Kirchen zu erlauben, dieses Problem unter sich zu lösen, schlug sich die serbische Regierung auf die Seite der SOK. Es ist üblich, dass bei offiziellen Staatsbesuchen im Ausland Patriarch Pavle oder einer seiner Vertreter den Staatspräsidenten als Mitglied der „Staatsdelegation“ begleitet. Die SOK arbeitet auch daran, das ideologische, moralische und geistige Monopol in der Gesellschaft zu übernehmen. Patriarch Pavle präsentiert sich der Bevölkerung als überaus bescheiden, setzt aber seine Position und seinen Glauben zielstrebig in den Dienst bestimmter Ideologien. Vor Wahlen ruft er die Wähler regelmäßig auf, sich für rechte Parteien zu entscheiden, weil er sich von diesen eine Festigung seines oben erwähnten Monopols erwartet.

Die serbisch-orthodoxe Kirche beeinflusst auch maßgeblich die serbische Bildungspolitik. Die Einführung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen (seit 2001) ist rechtlich gesehen ein Verfassungsbruch. Geistig und kulturell hat dieser Schritt verheerende Folgen, weil die Orthodoxie die totale Unterordnung der Frauen vorschreibt; indem sie die Mehrheitskirche (SOK) bevorzugt behandelt, trägt die Religion zu einer Vertiefung der ethnischen Spaltung und Distanz bei. Der Religionsunterricht dient der Rekrutierung neuer Gläubiger und der dogmatischen Indoktrinierung der Jugend. Außerdem ist Religion der einzige Schulgegenstand, der keiner professionellen Kontrolle unterliegt. Die Einführung des Religionsunterrichts an öffentli-

chen Schulen ist auch ökonomisch profitabel für die serbisch-orthodoxe Kirche: Der Staat unterstützt ihr Personal, und alle ReligionslehrerInnen erhalten ein Gehalt, welches das durchschnittliche Monatseinkommen erheblich übersteigt.

Die SOK schützt außerdem Pädophile und Diebe in ihren eigenen Reihen, während sie Straßengewalt gegen Organisationen für Schwule und Lesben organisiert. Für die SOK ist Homosexualität eine Todsünde, was dazu führt, dass militantere Gläubige gewalttätige Angriffe gegen Schwule und Lesben veranstalten, wie etwa am Christopher Street Day im Juni 2001 in Belgrad. Die Einstellung der SOK zur Homosexualität von Priestern veranschaulicht in paradigmatischer Weise ihre Schizophrenie und Heuchelei: Die SOK leugnet die konkrete Homosexualität und pädophile Belästigung durch bestimmte Priester, indem sie jene, die dieses Verhalten ankreiden, exkommuniziert.

Das Bündnis zwischen der serbisch-orthodoxen Kirche und der Armee von Serbien und Montenegro geht auf den Beginn der Kriege zurück, als sie diese gemeinsam mit dem „genetischen Code des Kriegervolkes“ rechtfertigten, demzufolge „ein national angesehener, national bewusster und empfindender Serbe orthodox, soldatisch und kriegerisch sein muss“. Überdies unterstützt eine Gruppe der regierenden Parteien unter Führung der Demokratischen Partei Serbiens (DPS), deren Vorsitzender Vojislav Kostunica derzeit serbischer Premierminister ist, die von der SOK angeführte ethnisch-religiöse Homogenisierung in direkter Weise. Es verwundert nicht, dass die DPS und ähnliche Parteien in der regierenden Koalition (zum Beispiel Neues Serbien mit seinem Vorsitzenden Velimir Ilić) extremistische Jugendbewegungen und Gruppen tolerieren, einschließlich solcher, die sich als Anhänger Adolf Hitlers bezeichnen. Dank der logistischen Unterstützung durch die Kirche und den Apparat der sie anstiftenden und anleitenden Behörden haben sich kleine, unbedeutende Gruppen zu einem wichtigen Faktor im öffentlichen Leben entwickelt, die für den Straßenterror gegen „Verräter“ aller Art verantwortlich sind.

Selbstbestimmungsrecht und Geschlechterordnung

Die „Frauen in Schwarz“ führen seit Jahren Umfragen zum Schwangerschaftsabbruch in Serbien durch, der 1952 legalisiert wurde. Wir haben festgestellt, dass unter dem Einfluss der klerikal-nationalistischen Propaganda die Zahl der Frauen angestiegen ist, die Abtreibung als Mord erleben und Schuldgefühle entwickeln. Auch der Abstand in der Einstellung zur Abtreibung zwischen den Generationen vergrößert sich: Während sie für ältere Frauen unabhängig von ihrer ideologischen Orientierung seit der sozialistischen Zeit als ein Frauengrundrecht gilt, lehnen jüngere Frauen als Ergebnis der Kirchenpropaganda zunehmend den Schwangerschaftsabbruch ab. Überdies sind für die SOK Familienplanung, Sexualaufklärung und Empfängnisverhütung „blasphemisch, häretisch, antinational und antiserbisch“ (Jelka Imsirović-Kljajić). Für die SOK ist Abtreibung „eine Todsünde, schlimmer noch als Mord“ (Imsirović-Kljajić). Erwähnenswert ist, dass diese Propaganda im Einklang steht mit dem globalen Anwachsen von Fundamentalismen jeglicher Art, was die wechselseitige Abhängigkeit und Überschneidung fundamentalistischer Tendenzen veranschaulicht. Bekanntlich hassen Fundamentalisten verschiedener Treuegelübde einander gegenseitig, besteht jedoch die Notwendigkeit eines strategischen Bündnisses gegen Frauen, insbesondere gegen Abtreibung und Empfängnisverhütung, sieht man geflissentlich darüber hinweg. Die radikalsten Strömungen der islamischen Religionsgemeinschaft und der SOK arbeiten in Serbien in vollster Übereinstimmung und Harmonie zusammen, wenn es um die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen geht.

Manche internationalen Nichtregierungsorganisationen unterstützen und legitimieren fundamentalistische Projekte. USAID muss weltweit die „globale Maulkorbregel“ durchsetzen, welche die Bush-Administration unmittelbar nach ihrer Regierungsübernahme verhängte, die USAID verpflichtet, Organisationen und Programme nicht zu finanzieren, die „Abtrei-

bung fördern“ oder auch nur das Wort erwähnen. Auch regional handelt man entsprechend: Eines der USAID-Programme zur Empfängnisverhütung untersagte streng jede Erwähnung von Abtreibung. Das serbische Netzwerk der „Frauen in Schwarz“ lehnt diese Politik ab, da sie günstige Bedingungen für die Stärkung fundamentalistischer Tendenzen schafft, eine politische Erpressung darstellt und die Frauenbewegung spaltet. Wenn autonome Frauengruppen diese Projekte ablehnen, werden sie von konservativem medizinischen Personal übernommen, das bereit ist, diese Bedingungen und Erpressungen zu akzeptieren, was langfristig den Konservatismus insbesondere junger Frauen fördert (Svetlana Sarić).

Im Januar 1990 verabschiedete die serbische Nationalversammlung eine Resolution zur Bevölkerungspolitik mit einer doppelten Botschaft: Natalitätsförderung für Serbien und die Vojvodina, Antinatalität für den Kosovo. 1992 hat sich auch die SOK diese Resolution als später von neun nationalen Einrichtungen unterstütztes Kongressdokument zu Eigen gemacht. Es besagt wortwörtlich, dass „Albaner, Muslime und Roma mit ihren höheren Geburtenraten von der vernünftigen menschlichen Reproduktion abweichen und somit die Rechte anderer Völker beeinträchtigen“. Die Mobilisierung zugunsten serbischer Gebärfreudigkeit wird wie folgt begründet: Es sei „Teil der allgemeinen Verschwörung gegen die serbische Nation“, dass Frauen der genannten Nationalitäten aus separatistischen und fundamentalistischen Gründen gebären, sodass „serbische Frauen aus patriotischen und moralischen Gründen Kinder in die Welt setzen sollten“.

Ein weiteres Problem ist die patriotische Mobilisierung. Das Gebären, so wird argumentiert, rettet „nicht nur die Nation vor dem Aussterben, sondern dient auch der nationalen Sicherheit und Verteidigung“. Manche fordern aus Frauenkliniken so etwas wie Rekrutierungszentren zu machen und heroische Mütter zu ehren. Die serbisch-orthodoxe Kirche vergibt „Medaillen für fruchtbare Mütter“ und schlägt den Import orthodoxer Ukrainerinnen vor, die für eine Erhöhung der Geburtenrate

sorgen sollen. Sie fordert auch ChristInnen an ihrem Arbeitsplatz, ÄrztInnen und medizinisches Personal, auf, sich aus Gewissensgründen zu weigern, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, ein Missbrauch des Rechts auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

Aktivismus gegen fundamentalistische Ansichten und Bewegungen

Seit Beginn ihrer Tätigkeit im Jahre 1991 haben die „Frauen in Schwarz“ mit Straßenaktionen, der Initiierung von Kampagnen gegen rassistische Bevölkerungspolitik und mit Lobbyarbeit, zum Beispiel gegen die Entfernung von Darwins Evolutionstheorie aus den Schulbüchern, gegen jede Form von Fundamentalismus agitiert, insbesondere gegen die derzeit in Serbien vorherrschende Form. Wir leisten auch fortlaufend Bildungsarbeit mit Frauen im ganzen Land.

Wir sollten uns permanent gegen die Theokratisierung des Staates wehren und seinen säkularen Charakter einfordern – die Trennung von Kirche und Staat. Religionsgemeinschaften sollten sich nicht in staatliche Angelegenheiten einmischen, und die VertreterInnen von Religionsgemeinschaften sollten staatliche Angelegenheiten nur als BürgerInnen, nicht aber als KirchenfunktionärInnen kommentieren.

Außerdem sollten Religionsgemeinschaften keinen Einfluss auf die Erarbeitung von Bildungsprogrammen haben. Öffentliche Schulen und Einrichtungen müssen vor der Infiltrierung durch religiöse Gruppen geschützt werden. Religion sollte ausschließlich in religiösen Einrichtungen betrieben werden, wobei wir stets auf den säkularen Charakter der Gesellschaft bestehen müssen. Staatsangelegenheiten bedürfen keiner Übereinstimmung mit religiösen Prinzipien. Religion ist Privatsache, sodass es unangemessen ist, den eigenen Glauben in der Öffentlichkeit zu betonen oder ihn sogar als einen Pluspunkt einzubringen, wie es heute in Serbien bei der Religionszugehörigkeit des Mehrheitsvolkes der Fall ist.

Wir müssen auch die weltweiten Frauennetzwerke gegen Fundamentalismus stärken, uns gegenseitig unterstützen und jenseits nationaler, ethnischer und religiöser Grenzen solidarische Koalitionen eingehen. Seit Anfang ihrer Aktivitäten haben sich die „Frauen in Schwarz“ in solchen Netzwerken engagiert, insbesondere in den internationalen antifundamentalistischen Netzwerken „Frauen unter muslimischem Gesetz“ und „Frauen gegen Fundamentalismus“. Immer notwendig ist eine klare Analyse fundamentalistischer Strategien. Es gibt verschiedene Reaktionen auf die Politik des Ausschlusses und der Repression, sie können von extrem rechts oder von links kommen. Wir dürfen nicht Vielfalt (im Sinne von Wahlfreiheit) mit Vielfalt (im Sinne einer vorgeblich authentischen kulturellen Tradition) als etwas Auferlegtes und Homogenes verwechseln.

Und *last but not least* müssen wir fundamentalistische Mechanismen aufdecken: Abgesehen davon, dass sich die FundamentalistInnen fälschlicherweise als HüterInnen des Glaubens und der Tradition ausgeben, warnt uns Marie-Aimée Hélie-Lucas („Frauen unter muslimischem Gesetz“), dass sie sich heute als „Beschützer der Armen gegen die Reichen, als die Dritte Welt gegen den Westen,

als Basisbewegung des Volkes gegen den Kapitalismus“ präsentieren. „Ihr einziges Angriffsziel ist die interne demokratische Opposition, jene, die sich ihren theokratischen Projekten widersetzen, die darauf abzielen, alle Aspekte der Gesellschaft im Namen der Religion zu kontrollieren, einschließlich dem Bildungswesen und der Gesetzgebung. Wenn FundamentalistInnen an die Macht kommen, bringen sie ihre GegnerInnen zum Schweigen und löschen sie physisch aus – so wie es FaschistInnen tun. Als FaschistInnen beseitigen FundamentalistInnen die „Minderwertigen“ psychologisch und physisch: Ethnisch und religiös Andere, Homosexuelle, Lesben und Frauen werden dort eingeschlossen, „wohin sie gehören“ – in Zwangsjacken. Es geht nicht um einen Kampf der Kulturen, wie Bush und Bin Laden uns glauben machen wollen. In der heutigen Welt geht es um den Kampf zwischen FaschistInnen und AntifaschistInnen – unabhängig von staatlichen, ethnischen und religiösen Grenzen.“

Stasa Zajovic ist Mitbegründerin und Koordinatorin der „Frauen in Schwarz Belgrad“.

Übersetzung aus dem Englischen: Erica Fischer

Referentinnen und Expertinnen der Veranstaltung (in alphabetischer Reihenfolge)

Dr. Katajun Amirpur

ist Islamwissenschaftlerin und hat zahlreiche Publikationen zu den Themen „Islamische Zivilgesellschaft“, „Reformtheologie“ und „Islamischer Feminismus“ veröffentlicht. Daneben ist sie als freie Autorin und Publizistin tätig – vor allem für den Deutschlandfunk und den WDR.

Dr. Inge v. Bönninghausen

ist Journalistin und war 25 Jahre als Fernsehredakteurin beim Westdeutschen Rundfunk tätig. Sie leitete und moderierte dort das frauenpolitische Magazin *Frauen-Fragen* (später *Frau-TV*). Auch außerhalb des Senders engagierte sie sich auf vielfältige Weise für Frauen und ihre Rechte. Sie ist Mitgründerin des Journalistinnenbundes, eines bundesweiten Netzwerkes von Medienfrauen, und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes. Sie war von 2000 bis 2004 Vorsitzende des Deutschen Frauenrates. Die Pekinger Weltfrauenkonferenz hat sie als Journalistin begleitet.

Christina Deckwirth

ist Mitarbeiterin von „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung“ (WEED) für den Bereich internationale Handels- und Investitionspolitik. WEED ist eine entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation, die mehr Bewusstsein für die Ursachen der weltweiten Armut- und Umweltprobleme schaffen will und sich für soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit einsetzt.
www.weed-online.org

Henny Engels

ist Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrates. Die Sozialarbeiterin und Sozialwissenschaftlerin war Mitglied in Vorständen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend auf Diözesan- und Bundesebene und Referentin bei der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands.

Elfriede Harth

ist die europäische Vertreterin von Catholics for a Free Choice (CFFC), einer Nichtregie-

rungsorganisation mit Sitz in Washington, USA. CFFC ist auf dem Gebiet der Sexual- und Reproduktionsethik tätig und setzt sich für Gerechtigkeit und das Wohl von Frauen ein. Die Sozialwissenschaftlerin wurde in Kolumbien geboren, verbrachte ihre Jugend in Deutschland und lebt heute in Frankreich.
www.catholicsforchoice.org

Dr. Monika Hauser

ist Gründerin und politische Geschäftsführerin der Frauenhilfsorganisation *medica mondiale* e.V., die sich für traumatisierte Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten einsetzt. Die Organisation versteht sich als Anwältin für die Rechte und Interessen von Frauen, die sexualisierte Gewalt überlebt haben; sie ist unter anderem in Bosnien, Afghanistan, im Irak und Sudan aktiv. Monika Hauser erhielt für ihre Arbeit zahlreiche Auszeichnungen, darunter den Gustav-Heinemann-Preis, in den ARD-Tagesthemen wurde sie zur „Frau des Jahres 1993“ gewählt. Sie ist eine der nominierten „1.000 Frauen für den Friedensnobelpreis“.
www.medicamondiale.org

Ulrike Helwerth

ist Presse- und Öffentlichkeitsreferentin des Deutschen Frauenrates und Redakteurin seiner Verbandszeitschrift *FrauenRat*. Die Soziologin und Journalistin war von 1985 bis 1991 Redakteurin bei der *taz* (Inland, Frauen), anschließend als freie Journalistin und Autorin für Printmedien, Hörfunk und Buchverlage tätig. Veröffentlichungen u.a. zu Frauen und soziale Bewegungen in Lateinamerika und zu Frauenbewegung/Feminismus in der DDR. Von 1999 bis 2005 war sie Vorsitzende des Journalistinnenbundes.

Dr. Bettina Hollstein

ist wissenschaftliche Kollegreferentin des Max-Weber-Kollegs für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt. Sie hat sich besonders mit deutschen und französischen Ansätzen zu Wirtschaftsethik

und Umwelt beschäftigt und habilitiert zum Thema „Ökonomischer Arbeitsbegriff und Ehrenamt“. Darüber hinaus ist sie Mitherausgeberin der *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*.

June Jacobs

ist ehemalige Vorsitzende des International Council of Jewish Women und setzt sich vielseitig für die Rechte von Frauen ein. Zurzeit vertritt sie als Vorstandsmitglied die Europäische Frauenlobby und ist im Black Jewish Asian Forum und bei British Friends of Peace Now aktiv. Sie ist Gründungsmitglied der jüdisch-palästinensischen Dialoggruppe in Großbritannien und des Internationalen Zentrums für Frieden im Nahen Osten.
www.icjw.org

Barbara Lochbihler

ist Generalsekretärin von amnesty international Deutschland, einer internationalen Menschenrechtsorganisation. Als Generalsekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit war sie für die Organisation des Frauenfriedenszuges von Helsinki zur Pekinger Weltfrauenkonferenz verantwortlich. Sie ist Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung Menschenrechte und Mitglied im Kuratorium des deutschen Instituts für Menschenrechte.
www.amnesty.de

Dr. Anke Martiny

ist Mitglied im Vorstand von Transparency International Deutschland (TI) und zuständig für das Gebiet „Korruption und Gesundheit“. TI setzt sich international für die Bekämpfung von Korruption ein. Sie war von 1972 bis 1989 Mitglied des Deutschen Bundestages. Bevor sie die Leitung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel übernahm, war sie von 1989 bis 1991 Senatorin der Stadt Berlin. Sie ist Präsidiumsmitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages.
www.transparency.de

Claudia Meyer

ist Referatsleiterin für europäische und internationale Wirtschaftspolitik beim DGB Bundesvorstand. Die Volkswirtin war von 2001 bis 2003 als DGB-Bundesjugendsekretärin

Mitglied des bundesweiten Koordinierungskreises von attac Deutschland.

Dr. Bettina Musiolek

ist Studienleiterin der Evangelischen Akademie Meißen und dort für den Bereich Arbeitswelt und Wirtschaft verantwortlich. Ihre Schwerpunkte sind wirtschaftliche Globalisierung, soziale Unternehmensverantwortung und Frauenarbeit. Die Ökonomin koordiniert gemeinsam mit dem INKOTA-Netzwerk die Tätigkeit der Clean Clothes Campaign in Osteuropa. Die Kampagne setzt sich weltweit für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie und die Stärkung der ArbeiterInnenrechte ein.
www.cleanclothes.org

Dr. Edith Niehuis

ist die ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und war von 1987 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Als Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend war sie 1995 Mitglied der deutschen Delegation zur 4. Weltfrauenkonferenz. Darüber hinaus war sie in der Erwachsenenbildung tätig.

Margot Papenheim

ist Ökumenereferentin und Redakteurin der *Arbeitshilfe zum Weitergeben* bei der Evangelischen Frauenhilfe in Deutschland (EFHiD). Sie hat Katholische Theologie und Germanistik studiert und war unter anderem als Referentin für Seelsorge sowie für ökumenische und internationale Zusammenarbeit beim Bundesverband der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) tätig. Sie war in Peking Mitglied der deutschen Gruppe der 40 als kfd-Vertreterin.
www.kfd.de/frauenhilfe/index.htm

Marlene Parenzan

ist ständige Vertreterin der Internationalen Vereinigung der „Business and Professional Women“ bei der UN in Wien und Vorstandsmitglied des dortigen NGO-Friedensausschusses. Seit vielen Jahren setzt sich die Dolmetscherin und Expertin für Internationale Beziehungen als Vertreterin der Zivilgesell-

schaft bei den Vereinten Nationen für Frauenrechte ein. Sie war bei der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 und in Peking 1995 offizielle Konferenzbeobachterin und auch aktiv an der Planung und Durchführung der NGO-Foren beteiligt.

Irene Maria Plank

ist in der Abteilung Globale Fragen im Auswärtigen Amt tätig für die internationale Polizeizusammenarbeit mit Schwerpunkt Polizeiaufbau in Afghanistan. Die Juristin war unter anderem im diplomatischen Dienst in Marokko, Seattle/USA und in der Demokratischen Republik Kongo eingesetzt.
www.auswaertiges-amt.de

Hanne Pollmann

ist Rechtsanwältin und engagiert sich vielseitig für Frauenrechte. So war sie Gemeinde- und Stadträtin und hat zahlreiche Ehrenämter wahrgenommen. Von 1985 bis 1999 war sie Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrates und unter anderem verantwortlich für die Geschäftsstelle des Nationalen Vorbereitungskomitees zur 4. Weltfrauenkonferenz.

Brunhilde Raiser

ist Vorsitzende des Deutschen Frauenrates. Die Germanistin und evangelische Theologin hat als Lehrerin gearbeitet. Seit über zwanzig Jahren ist sie ehrenamtlich für die evangelische Kirche tätig: u.a. seit 2000 als Mitglied des Präsidiums der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland (EFD) und bereits seit 1996 als Vorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe EFHiD), des mitgliederstärksten Frauenverbandes in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Seit 2004 steht sie an der Spitze der Frauenlobby.

Christel Riedel

ist Rechtsreferentin des Deutschen Frauenrates.

Christel Riemann-Hanewinkel

ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Als Pfarrerin war sie seit 1981 aktiv in der DDR-Friedensbewegung und hat 1989 die SPD in Halle mitgegründet.

Seit 1990 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages.

Dr. Eva Schäfer

ist Referentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Politische Bildung und Geschlechterverhältnisse sowie freie Lektorin und Wissenschaftsberaterin. Die Literatur- und Sozialwissenschaftlerin ist Mitherausgeberin des Buches „Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende“. www.rosaluxemburgstiftung.de

Dr. Eva Schindele

ist Journalistin und arbeitet für den ARD-Hörfunk, verschiedene Zeitungen und Zeitschriften. Sie war auch im Kulturmanagement, in der Erwachsenenbildung und Stadtplanung tätig. Die promovierte Sozialwissenschaftlerin ist Autorin mehrerer Bücher und Aufsätze. Ihre Themenschwerpunkte sind Medizin, Medizinethik, Politik und Gesellschaft.

Birgitta M. Schulte

ist freie Journalistin für Hörfunk und Printmedien mit den Themenschwerpunkten Bildung, Frauen und Kulturhistorisches. Sie ist Buchautorin und in der Öffentlichkeitsarbeit für Bundesministerien tätig. Außerdem ist sie stellvertretende Vorsitzende des Journalistinnenbundes.

Daniela Setton

ist Referentin für internationale Finanzinstitutionen und Verschuldung bei WEED. WEED ist eine entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation, die mehr Bewusstsein für die Ursachen der weltweiten Armut- und Umweltprobleme schaffen will und sich für soziale Gerechtigkeit und ökologische Tragfähigkeit einsetzt. Von 2002 bis Anfang 2005 hat sie als Vorstandsreferentin bei der Heinrich-Böll-Stiftung gearbeitet.
www.weed-online.org

Tina Stadlmayer

ist Journalistin mit den Schwerpunkten Innenpolitik, Sozial- und Frauenpolitik. Sie hat als Redakteurin für die *taz*, den *Spiegel* und die *Financial Times Deutschland* über Parlament und Regierung in Bonn und Berlin be-

richtet. Anfang der Neunziger Jahre hat sie in Tokio gelebt und dort als Korrespondentin gearbeitet.

Brigitte Triems

ist stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrates und Geschäftsführerin einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft zur Integration von Migrantinnen in die deutsche Gesellschaft. Die Dolmetscherin und Politikwissenschaftlerin hat langjährige Erfahrungen in der internationalen Arbeit für verschiedene nicht-staatliche Organisationen im Kinder- und Jugendbereich. Von 1980 bis 1990 war sie Vertreterin der Internationalen Demokratischen Frauenförderung (IDFF) in der UN-Frauenrechtskommission. Seit 1994 ist sie Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V und war dessen Vertreterin auf der Pekingener Weltfrauenkonferenz.

Annette Weber

ist Koordinatorin des Ökumenischen Netzes Zentralafrika, ein Zusammenschluss verschiedener kirchlicher Hilfswerke. Das ÖNZ versteht sich als Lobbystelle, die politische Entscheidungsträger für den Bereich und die Anliegen der Organisationen der Großen Seen sensibilisieren möchte. Die Politologin war auch für amnesty international und als Dozentin an der European Peace University für den Bereich Feministische Konfliktforschung tätig.

Dr. Claudia Wörmann

ist Leiterin der Abteilung Außenwirtschaftspolitik im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die Grundsatzfragen der Außenwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik bearbeitet. Die Politologin war Professorin mit

dem Schwerpunkt Internationale Wirtschaftspolitik an der FU Berlin und hat zur deutschen und amerikanischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik publiziert. Sie war auch Programm-Direktorin des von der VW-Stiftung geförderten Berlin Program for Advanced German and European Studies.

Prof. Dr. Brigitte Young Ph.D.

ist Professorin für Internationale und Feministische Politische Ökonomie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Davor hat sie in den USA und an der Freien Universität Berlin gelehrt. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen Weltwirtschaft, Politische Ökonomie und Feministische Makroökonomie. Sie ist Autorin zahlreicher Publikationen und war Sachverständige der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“. Zurzeit forscht sie zur Rolle der EU im Prozess der Globalisierung und Regionalisierung.

Staša Zajović

ist Mitbegründerin und Koordinatorin der Organisation „Frauen in Schwarz Belgrad“ und des Friedensnetzwerkes „Internationales Netzwerk der Frauen in Schwarz“. Sie setzt sich auf vielfältige Weise für Frieden, Frauenrechte und Demokratisierung in Serbien ein und ist unter anderem Gründungsmitglied der Belgrader Frauenlobby, des Frauenparlaments und der Zivilen Widerstandsbewegung. Darüber hinaus ist sie im UNIFEM-Beirat tätig und publiziert in lokalen, regionalen und internationalen Medien. 2001 hat sie den UN-Millenniumsfriedenspreis im Namen der Frauen in Schwarz entgegengenommen.
www.womeninblack.net



**„Schon abgehakt?
Zehn Jahre 4. Weltfrauenkonferenz –
Zehn Jahre Pekinger Aktionsplattform“
vom 16. bis 18. September 2005, Berlin**

Die Veranstaltung und das Projekt Peking+10 wurden gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Mit freundlicher Unterstützung von Vattenfall Europe.

Wir danken dem Auswärtigen Amt für seine Unterstützung bei der Veranstaltungs-Ausstellung.

Redaktion: Anne Stauffer
Lektorat: Karin Nungeßer
Titelfotos: Anna Weise

Dezember 2005

Eine Veranstaltung des Deutschen Frauenrates

Deutscher Frauenrat – Lobby der Frauen e.V.
Axel-Springer-Str. 54a
D-10117 Berlin
Tel.: 030/20 45 69 0
Fax: 030/20 45 69 44
E-Mail: kontakt@frauenrat.de

